

# Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, R. Holtzmann, P. Joachimsen, H. Lietzmann, Ed. Meyer †, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.  
herausgegeben von Dr. E. Ebering.

===== Heft 205 =====

## Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789-91 in den Debatten der Nationalversammlung

Von

**Dr. Bernhard Schickhardt**

=====

BERLIN  
1931

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965




## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
Zweck der Arbeit 1. — Quellen 1. — Bearbeitungen 3.	
Erstes Kapitel: Zur Vorgeschichte der Erklärung	5
I. Die Frage der existenziellen Abhängigkeit	5
Die Parlamente 6. — Rousseau 7. — Physiokraten 8. — Die Theorie von Rees 9. — Die amerikanischen Erklärungen 10. — Ihr Bekanntwerden in Frankreich 10. — Condorcets Vermittlerrolle 11. — Mirabeaus Brief an die Holländer 13.	
II. Flugschriften und Cahiers	14
Die Flugschriften und ihre Beurteilung durch Rees und Klöve- korn 14. — Cahiers 16. — Einzelne Erklärungen in den Cahiers 17. — Flugschriften und Cahiers zur Abhängigkeitsfrage 17.	
Zweites Kapitel: Die Erklärungsprojekte	18
Die besprochenen Projekte 18. — Entwürfe von: Lafayette 19. — Sieyès: Exposition raisonnée 20. — Fassung in 32 Artikel 23. — In 42 Artikel 24. — Mounier 25. — Komiteefassung 25. — Plenum- fassung 26. — Target 27. — Servan 29. — Crenière 31. — Thouret 32. — D'Aravay 34. — Sinety: Rechteartikel 34. — Pflichten- artikel 36. — Uebereinstimmung mit der Erklärung des 6. Büros 37. — Bouche 38. — Rabaud de Saint-Etienne 40. — Gouges- Cartou 42. — Fünfer-Komitee 45. — Boislandry 47. — Zu- sammenfassung 50. — Inhaltliche Abhängigkeit 51.	
Drittes Kapitel: Die Debatten in der Nationalversammlung	52
A. Allgemeiner Teil 9. Juli bis 4. August	52
Allgemeine Andeutungen 52. — Mouniers Komiteebericht (9. Juli) 53. — Lafayette verliert sein Projekt 55. — Entgegnung Lally- Tollendal's 55. — Bildung des Verfassungskomitees 57. — Bericht von Champion de Cicé 58. — Von Clermont-Tonnerre 60. — Der 1. August 61. — Die Rede von Crenière 63. — Von Monmorency	

64. — Von Castellane 65. — Target 66. — Die Opposition 66. — Der 3. August 67. — Rede von Malouet 68. — Delandine 70. — Der 4. August und der Gedanke einer Pflichtenerklärung 72. — Rede Sinety's 74.	
B. Die Wahl eines Projekts als Verhandlungsgrundlage für die Beratungen der Nationalversammlung	75
Bildung des Fünfer-Komitees 75. — Rede Mirabeaus 75. — Diskussion des Entwurfs am 18. August 77. — Mirabeaus Ver- tagungsantrag 81. — Die Beurteilung Mirabeaus 82. — Der 19. August 83. — Rede Lally-Tollendals 83. — Annahme des Entwurfs des 6. Büros 85.	
C. Die Diskussion der einzelnen Artikel und die Fertigstellung der Endreaktion 20.—27. Aug.	86
Beratung der Präambel 86. — Die ersten 6 Artikel 87. — Artikel 7—10 88. — Die Zulassung zu den Aemtern 89. — Strafprozeß- bestimmungen 91. — Religions- und Kultfreiheit am 22. August 93. — Am 23. August 94. — Die Rede Rabauds 98. — Artikel über die Gedankenfreiheit 100. — Ueber die Steuerbewilligung 102. — Ueber die Beamtenverantwortlichkeit 104. — Ueber die Gewaltenteilung 104. — Ueber das Eigentum 105. — Abschluß der Erklärung am 27. August 105. — Annahme durch den König 106. — Die Endredaktion als Ganzes und ihre inhaltliche Abhängigkeit 106.	
Viertes Kapitel: Die Nationalversammlung und ihre Stellung zur Rechteerklärung	112
1. Die leitenden Ideen und politische Begriffe bei der Aufstellung der Rechteerklärung	112
Zweck der Erklärung 112. — Eindringen von Verfassungs- bestimmungen 114. — Innere Widersprüche 115. — Form der Erklärung 117. — Die Opposition 118. — Die Anglikaner 119. — Rechte- und Pflichtenerklärung 119. — Vorstellungen über Rechte und Pflichten 121. — Der Staat keine Rechte 121. — Pflichten gegen Mitmenschen 123. — Keine Pflichten gegen den Staat 125. — Zusammenfassung 127. — Nichtberücksichtigung realer Verhältnisse 128. — Fehlen historischer Erwägungen 130. — Die Anglikaner 130.	



	Seite
2. Die existenzielle und substanzielle Abhängigkeit der Erklärung	131
Existenzielle Abhängigkeit 131. — Ergebnisse aus den Debatten 132. — Stellungnahme der Zeitungen 134. — Stellungnahme Lafayettes 134. — Endergebnis 136. — Substanzielle Abhängigkeit 136. — Montesquieu 136. — Rousseau 137. — Physiokraten 141. — Parlamente 142. — Unterschiede zwischen der französischen und den amerikanischen Erklärungen 143. — Schlußwort 145.	
Anhang: Text der Rechte- und Pflichtenerklärung von Sinety und Gegenüberstellung mit dem Entwurf des 6. Büros	149



Digitized by the Internet Archive  
in 2024

## Quellen.

- A.P. = Archives Parlementaires de 1787 à 1860. éd. Mavidal, Laurent et Clavel. Première série. Paris 1867 ff.
- P.V. = Procès-verbal de l'Assemblée des Communes et de l'assemblée nationale imprimé par son ordre. Paris 1789.
- Journal = Journal des Etats-Généraux par M. Le Hodey. Seconde édition. Paris 1790.
- P.d.J. = Le Point du Jour ou résultat de ce qui s'est passé la veille à l'Assemblée nationale. Paris 1789 ff.
- Courrier = Le Courrier de Provence ou lettres de Mirabeau à ses commettants, Paris 1789 ff.
- Gorsas = Le Courrier de Versailles à Paris et de Paris à Versailles par M. Gorsas. Paris 1789.
- C.S. = Du Contrat Social par J. J. Rousseau. éd. Edmond Dreyfus-Brisac. Paris 1896.
- Constitutions des treize Etats-Unis de l'Amérique. A Philadelphia et se trouve à Paris. 1783.

## Bearbeitungen.

- Jellinek = Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von Georg Jellinek. 3. Aufl. Leipzig 1919.
- Walch = La déclaration des droits de l'homme et du citoyen et l'Assemblée Constituante. Thèse pour le doctorat par Emile Walch. Paris 1903.
- Marcaggi = Les origines de la déclaration des droits de l'homme de 1789. Thèse pour le doctorat par Vincent Marcaggi. Paris 1904.
- Klöve. = Die Entstehung der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von Dr. Fritz Klöveborn. Hist. Studien, hgg. v. Ebering. 1911. Heft 90.
- Rees = Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 von Wilhelm Rees. Beiträge zur Kultur- und Universalgeschichte, hgg. von Karl Lamprecht 17, 1912.





## Einleitung.

Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789/91 ist schon öfters Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Diese befaßten sich vorwiegend mit der Frage nach dem Ursprung und der Abhängigkeit oder Nichtabhängigkeit der französischen Erklärung von Amerika. Bei der Bedeutung, die aber der Erklärung für die französische Revolution und darüber hinaus für ganz Europa zukommt, muß es von Interesse sein, einmal darzustellen, was sich denn die Nationalversammlung eigentlich unter dem Begriff der Menschen- und Bürgerrechte vorstellte und was sie mit ihrer Erklärung bezweckte. Die Aufgabe der vorliegenden Arbeit soll es nun sein, die Reden und Projekte zur Rechte-Erklärung eingehend zu behandeln ohne Rücksichtnahme auf ihre positive oder negative Einstellung dazu, ohne Rücksicht auf ihren größeren oder geringeren Einfluß auf die Endreaktion. Dabei werden wir ein gutes Bild der damaligen Geistesverfassung bekommen und gleichzeitig eine unvoreingenommenere Antwort auf die Ursprungs- und Abhängigkeitsfrage erhalten, als dies bis jetzt der Fall war.

Was die Quellen über die Vorgänge in der Nationalversammlung angeht, so besitzen wir leider keinen authentischen Bericht darüber, da die Stenographie damals unbekannt war. Das offizielle Protokoll, der Procès-verbal, bringt nur die wichtigsten Anträge und Beschlüsse und ist daher für die Debatten von geringem Wert. Im Anhang zu den einzelnen Nummern finden sich jedoch eine Anzahl von Reden und Erklärungsprojekten, die auf Wunsch der Versammlung gedruckt wurden und als authentisch gelten dürfen. Für alles übrige sind wir auf die Zeitungen angewiesen, die mehr oder weniger vollständige Referate über die einzelnen Sitzungen geben. Die Wiedergabe einer lebhaften Aussprache mit raschem Wechsel von Rede und Gegenrede muß aber naturgemäß unzu-

reichend bleiben, vollends, wenn noch eine Verwechslung oder ungenaue Schreibung der Eigennamen hinzukommt.

Das Journal des Etats-Généraux par le Hodey ist bei weitem am ausführlichsten. Sein Verfasser ist sichtlich bestrebt, seinem Publikum ein möglichst vollständiges Bild über die Vorgänge zu übermitteln. Trotz einiger Ungenauigkeiten, namentlich in der Schreibung der Namen, ist das Journal unsere wichtigste und zuverlässigste Quelle. Im Gegensatz dazu bringt der Point du Jour mehr eine kritische Würdigung der Debatten. Er ist weit weniger ausführlich, gibt dafür aber mehr Namen an. Seinen Herausgeber Barrère de Vieuzac der versteckten Gegnerschaft gegen die Erklärung anzuklagen, wie Walch<sup>1</sup> es tut, ist unberechtigt. Er bemüht sich nur, beiden Parteien gerecht zu werden, obwohl er persönlich durchaus für eine Erklärung eintritt.

Wesentlich anderer Natur ist der Courier de Provence. Sein Herausgeber Mirabeau verzichtet von vornherein auf eine vollständige und objektive Berichterstattung. Seine persönliche Stellungnahme zu den Dingen und seine politischen Tendenzen stehen für ihn im Vordergrund, daher auch die häufigen Leitartikel und Zwischenbemerkungen. Seine eigenen Reden sind besonders ausführlich wiedergegeben, wobei es aber dahingestellt bleiben muß, wie weit nachträglich Aenderungen vorgenommen wurden.

Noch eine Stufe tiefer steht eine vierte Zeitung, die ich gelegentlich herangezogen habe, der Courier deVersailles von Gorsas. Ihn interessieren erregte Debatten, Zwischenfälle und ähnliche Dinge am meisten. In ihrer ausführlichen Schilderung beruht sein Hauptwert, nur sind seine Berichte sehr unübersichtlich, da die Schilderung einer Sitzung immer in mehreren getrennten Abschnitten erfolgt.

Auf Grund des Procès-verbal und der 3 erstgenannten Zeitungen hat der Moniteur, der erst ab Ende 1789 erschien, nachträglich einen Bericht über die vorhergehenden Ereignisse zusammengestellt. Dieser Bericht bildet auch die fast ausschließliche Grundlage für den entsprechenden Teil der Archives Parlementaires.<sup>2</sup> Dabei sind die Reden unter Bevorzugung des ausführ-

---

1. Walch, S. 13.

2. Die A. P. VIII entnehmen einzelnes direkt aus dem Anhang des P.V.

lichsten Textes wörtlich aus den Zeitungen übernommen worden. Die Zwischenbemerkungen und sonstigen Beobachtungen sind dagegen weggefallen und dadurch wird das lebendige Bild der Debatte beeinträchtigt. Außerdem sind bei der Zusammenstellung mancherlei Irrtümer unterlaufen, die Reihenfolge der Redner wurde verwirrt, indirekte Rede in direkte umgesetzt und versehentlich Zwischenbemerkungen in den Text der Reden hineingezogen. Für die Wiedergabe der Reden sind die Archives Parlementaires aber in allgemeinen ebenso authentisch wie die Zeitungen. Sie stellen zwar keine kritische Quellensammlung dar, aber sie bringen das wichtigste und umfangreichste Material in leicht zugänglicher Fassung. So wurde dieser Arbeit der 8. Band der Archives Parlementaires zu Grunde gelegt, aber jeweils zur Ergänzung und Kontrolle der übrigen zeitgenössischen Quellen herangezogen.

Außer diesen Quellen habe ich noch verschiedene Bearbeitungen benützt.<sup>3</sup> Die Arbeit von Jellinek bildet auch heute noch den Ausgangspunkt für die Frage der Abhängigkeit der französischen Erklärung von Amerika. Er führt diese auf die *declarations of rights* der amerikanischen Einzelstaaten zurück, und bestreitet namentlich jeden Einfluß des *Contrat Social* von Rousseau. Er kommt schließlich zu dem Resultat, daß nicht nur eine existenzielle, sondern auch eine ausschlaggebende substantielle Abhängigkeit von Amerika bestehe.<sup>4</sup> Auf französischer Seite hat seine These lebhaften Widerspruch gefunden.

Boutmy<sup>5</sup> sucht in einer mehr leidenschaftlichen als tiefgründigen Untersuchung, die Erklärung für Frankreich zu retten und Rousseau einen wesentlichen Anteil an ihrem Zustandekommen zuzuschreiben. Marcaggi weist endlich jeden Einfluß Amerikas zurück und sucht die Erklärung ganz aus der Lehre der Physio-

---

3. Eine ausführliche Literaturübersicht siehe bei Rees S. 2—18 und Jellinek S. 4—14.

4. Diese Formulierung stammt nicht von Jellinek sondern von Rees. Der Begriff der existenziellen Abhängigkeit soll zum Ausdruck bringen, daß der Gedanke an eine Erklärung nicht ohne das amerikanische Vorbild zustande gekommen wäre, während der Begriff der substantiellen Abhängigkeit zur Bezeichnung einer inhaltlichen Beeinflussung dienen soll.

5. *Annales des sciences politiques* 1902. P. 415—443. Darauf antwortet Jellinek in der *Revue du droit public* 1902. p. 385—400.



kraten abzuleiten. All diese Arbeiten befassen sich aber nicht mit den Debatten in der Nationalversammlung.

Anders 2 deutsche Untersuchungen von Klövekorn und Rees, die neben der Flugschriftenliteratur und den cahiers auch diese Debatten zu ihrer Beweisführung über die Abhängigkeitsfrage heranziehen. Klövekorn gelangt dabei im wesentlichen zu einer Bestätigung der Jellinek'schen These, während Rees sie ablehnt und die Grundlage der Erklärung in einem „fonds commun“ philosophisch-politischer Ideen sieht, deren Kern das Naturrecht bildet. Die Behandlung der Vorgänge in der Nationalversammlung ist in beiden Arbeiten unzureichend. Klövekorn berücksichtigt nur, was sichtbaren Einfluß auf die Endreaktion ausgeübt hat. Bei Rees nehmen die Debatten einen noch kleineren Raum ein, dafür bringt er aber eine ausführliche Würdigung der einzelnen Erklärungsprojekte.

Für Walch sind die Debatten endlich zum einzigen Gegenstand der Darstellung geworden und insofern deckt sich seine Arbeit mit der vorliegenden. Aber auch für ihn steht die Entwicklung und das Zustandekommen der endgültigen Fassung im Vordergrund und so kommen „die Gegner“ der Erklärung — ein Begriff, der bei Walch außerordentlich weit gefaßt ist — kaum zu Wort. Es fehlt eine klare Herausarbeitung der verschiedenen Ansichten über das Wesen einer solchen Erklärung. Außerdem läßt er eine genaue Prüfung der Abhängigkeitsfrage sowie der einzelnen Erklärungsprojekte vermissen. Diese Umstände machen eine Neubearbeitung in dem von uns geforderten Sinne notwendig. Die Arbeit von Walch, die in ihrer Art ausgezeichnet ist, soll uns dabei als Grundlage dienen.

Zum Schluß sei noch eine Spezialarbeit genannt, die sich mit der Stellung Mirabeaus zur Rechterklärung befaßt.<sup>6</sup> Die Verfasserin sucht hier zum ersten Mal wirklich Klarheit in das widerspruchsvolle Verhalten Mirabeaus zu bringen. Sie widerlegt die unzureichenden Ausführungen bei Walch, Mirabeau sei schon damals im geheimen im Dienst des Hofes gestanden und habe deshalb die Erklärung zu Fall bringen wollen.

---

6. Marie Albrecht: Mirabeau und die Erklärung der Menschenrechte. Diss. Marburg 1911.



## Erstes Kapitel.

### Zur Vorgeschichte der Erklärung.

Die Frage der existenziellen Abhängigkeit. — Flugschriften und Cahiers.

Die unmittelbare Vorgeschichte der Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers von 1789 beginnt erst mit dem Erwachen eines stärkeren politischen Interesses in Frankreich. Der Zusammentritt der Notabelnversammlung im Frühjahr 1787 bezeichnet diesen Zeitpunkt. Bis zur bestimmten Zusage der Generalstände im August 1788 und der damit verbundenen Aufforderung der freien Meinungsäußerung über diesen Gegenstand sind die politischen Forderungen noch ziemlich gemäßigt. Von da an nehmen die Reformbestrebungen aber einen heftigeren und leidenschaftlicheren Charakter an, es handelt sich plötzlich nicht mehr um die Abschaffung einzelner Mißbräuche oder um die bloße Neuordnung der Finanzen, sondern um eine grundlegende Umwälzung, um eine Revolution, wie die Bewegung ganz richtig von Anfang an genannt wird. Die Forderung nach einer Verfassung wird laut und es fallen auch die Worte von den Rechten der Menschen, der Bürger, der Nation, die der künftigen Verfassung zur Grundlage dienen sollen. Wir finden bereits Zusammenfassungen dieser Rechte unter dem Namen *déclaration des droits*. Kurz wir befinden uns unmittelbar auf dem Weg zur Erklärung von 1789.

Vor dem Studium dieser Vorgeschichte, die sich im wesentlichen in den Flugschriften und cahiers verfolgen läßt, müssen wir aber einen kurzen Blick auf die Entstehungsgeschichte der Erklärung werfen. Schon in der Einleitung haben wir zwischen der existenziellen Abhängigkeit d. h. dem Gedanken an die *Aufstellung* einer Erklärung der Menschenrechte einerseits und der sub-

stanziiellen Abhängigkeit d. h. dem Inhalt der Erklärung, den einzelnen Menschenrechten, andererseits unterschieden. Diese Zweiteilung soll für unsere ganze Untersuchung beibehalten werden. Diese Scheidung ist besonders dann von Bedeutung, wenn mit der Möglichkeit einer Beeinflussung von Amerika gerechnet werden muß, da in diesem Fall sehr wohl die Anregung und die Form von Amerika übernommen, dieser Rahmen aber mit französischen Gedanken ausgefüllt werden konnte.

Die Frage nach der inhaltlichen Abhängigkeit wird sich im Lauf der Untersuchung ganz von selbst beantworten. Schwieriger gestaltet sich das Problem der existenziellen Abhängigkeit. Betrachten wir deshalb zunächst die verschiedenen Vorbilder und philosophischen Systeme, aus denen man die Rechteerklärung hat ableiten wollen, und sehen wir, ob sich bei ihnen der Gedanke einer Aufstellung der Menschenrechte finden läßt. In Frankreich kommen dafür in Betracht die Staatsrechtslehre der Parlamente, die politischen Theorien des Contrat Social und die Lehre der physiokratischen Schule.

Die Parlamente, die obersten Gerichtshöfe Frankreichs, haben sich allmählich auf Grund der Tatsache, daß jedes Gesetz erst durch die Einregistrierung in die Parlamentsakten seine Gültigkeit erhielt, eine politische Machtstellung geschaffen, die unter Ludwig XV. und XVI. den Absolutismus der Krone maßgebend beschränkte. In diesem Kampf mit der Krone gebärdeten sich die Parlamente als die Hüter der Fundamentalgesetze, also der historisch-positiven Rechte der französischen Nation. Seit der Mitte des Jahrhunderts ziehen sie aber neben dem historisch-positiven Recht das Naturrecht zur Begründung ihrer Forderungen heran. Einmal finden wir sogar die Formulierung: „Das Recht des Eigentums, ce droit si précieux à l'homme, das der Franzose ebenso wie seine Freiheit nicht nur von der Natur sondern unmittelbar von der Verfassung des Staates und dem Gesetz erhält“.<sup>1</sup> Außer an dieser Stelle aber haben wir für das „natürliche“ Recht, das namentlich den Angeklagten zugebilligt wird, die Bezeichnung *droit de l'homme*

---

1. Flammermont, *Remontrances du Parlement de Paris* II. S. 575. Die Stelle stammt aus dem Jahre 1766. Vgl. Wahl, *Die polit. Ansichten des offiziellen Frankreichs im 18. Jahrhundert*. Tübingen 1903, S. 25.

oder etwas Ähnliches nicht gefunden. Auch wird das Naturrecht selten allein, sondern fast nur in Verbindung mit dem historischen Recht angerufen. Dabei bleibt seine Stellung zu letzterem unsicher, bald dient es zu seiner Begründung, bald scheint das Naturrecht durch das positive Recht legitimiert zu werden. Bemerkenswert ist ferner, daß das Naturrecht nur gegen die Willkür der Krone und nicht gegen das Gesetz angerufen wird.

Die Parlamente kennen also den Begriff des Naturrechts des gesamten 17. und 18. Jahrhunderts, das aber im Gegensatz zum Menschenrecht von 1789 nicht unveräußerlich ist. Es ist zwar ein Schutz gegen ungesetzliche Willkür, aber nicht gegen das rechtmäßige Gesetz. Für die Parlamente bildet das Naturrecht eine Waffe, die sie meist nur solange gebrauchten als sie sich nicht gegen ihre eigenen Privilegien wand. Dies zeigt sich deutlich im Kampf um die Reformen Turgots.<sup>2</sup> Waren die Parlamente schon keine konsequenten Verfechter des Menschenrechts, so findet sich bei ihnen noch viel weniger der Gedanke, eine Erklärung dieser Rechte aufzustellen, was bei ihrer im Grunde doch wieder sehr traditionalistischen Einstellung auch kaum zu erwarten gewesen wäre.

Noch eindeutiger muß die Antwort für den Contrat Social von Rousseau lauten. Der Gesellschaftsvertrag beruht für ihn auf einer einzigen Klausel, „der völligen Hingabe (aliénation) jedes Assoziierten mit allen seinen Rechten an die Gesamtheit“. „Da die Entäußerung rückhaltlos geschieht, ist die Vereinigung so vollkommen wie nur möglich und kein Assoziierter hat mehr etwas zu fordern“.<sup>3</sup> Der durch diesen Vertrag gebildete Souverän — die Gesamtheit der Assoziierten — kann sich kein Gesetz auferlegen, das er nicht überschreiten könnte. „Man sieht daraus, daß es keine Art von

---

2. Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt Friedrich Eppensteiner (Rousseaus Einfluß auf die vorrevolutionären Flugschriften und den Ausbruch der Revolution. Diss. Tübingen 1914), hinsichtlich der Parlamentspartei und ihrer Stellung zu Rousseau. Diese bediente sich einiger Ideen von Rousseau als Waffen im Kampf gegen die Krone, solange als eine Verwendung seiner Theorien gegen sie selbst von dritter Seite nicht zu befürchten war. Sobald dies aber doch eintrat, wendet sie sich von ihm ab und befiehlt ihn aufs heftigste.

3. C. S. I, 6.

Fundamentalgesetz gibt noch geben kann, das obligatorisch für das *corps du peuple* wäre, nicht einmal der Gesellschaftsvertrag“.<sup>4</sup> Daraus geht einwandfrei hervor, daß eine Erklärung von unveräußerlichen Menschenrechten in diesem politischen System völlig sinnlos wäre, da der Souverän ja gar nicht an sie gebunden wäre. Außerdem widerspricht aber auch der Gedanke des unveräußerlichen Rechts dem *Contrat Social* völlig. Freilich finden sich auch einige andere Stellen Rousseaus. Wie 1789 teilweise trotzdem versucht wird, den Widerspruch zwischen Rousseau und einer Erklärung der Rechte — wenn auch nicht der Menschenrechte — aus der Welt zu schaffen, wird sich später zeigen.

Wesentlich schwieriger liegen die Verhältnisse bei den Physiokraten. Das Haupt der Schule, Quesnay, führt einmal Folgendes aus:<sup>5</sup> Die Menschen in der Gesellschaft sind natürlichen und positiven Gesetzen unterworfen. „Alle Menschen und alle menschlichen Gewalten müssen diesen souveränen Gesetzen (gemeint sind die natürlichen) unterworfen sein, die vom *Etre suprême* geschaffen worden sind. Sie sind unabänderlich und unwiderlegbar, sie sind die bestmöglichen und bilden infolgedessen die Grundlage der vollkommensten Regierung und die fundamentale Regel aller positiven Gesetze“. „Das erste positive Gesetz, das fundamentale Gesetz aller anderen positiven Gesetze, ist die Einrichtung einer öffentlichen und privaten Unterweisung in den Gesetzen des „*ordre naturel*“, die die souveräne Regel aller menschlichen Gesetzgebung und jedes zivilen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhaltens bilden“. Ohne die Kenntnis dieser natürlichen Gesetze gibt es keine Evidenz des Gerechten und Ungerechten, des natürlichen Rechts, der physischen und moralischen Ordnung. „Die positive Gesetzgebung besteht also in einer „*déclaration*“ der natürlichen und wesentlichen Gesetze des Zustands, der den Menschen in der Gesellschaft den größtmöglichen Vorteil gewährt“.

Der Sinn des Worts „*déclaration*“ ist hier aber offensichtlich nicht der einer abstrakten Kodifizierung dieser „natürlichen Ge-

---

4. C. S. I, 7.

5. Quesnay, *Droit naturel* S. 53/54 in der collection des principaux Economistes II, 1.



setze“, sondern ihre Erklärung d. h. ihre Entwicklung geschieht durch die positive Gesetzgebung. „Erklärung“ und positive Gesetzgebung sind also geradezu identisch und der Gedanke einer von der Verfassung isolierten Erklärung fehlt noch durchaus. Es wird zwar eine „Instruction publique“ dieser natürlichen Gesetze verlangt, aber auch darin kann keine Erklärung im Sinne von 1789 gesehen werden.

Ein weiterer Unterschied zu dieser besteht aber in dem Inhalt dieser Gesetze des „ordre naturel“. Es handelt sich um wirtschaftliche Forderungen, und nicht um die politische Freiheit.<sup>6</sup> Dafür gibt es in der physiokratischen Regierungsform, dem aufgeklärten Absolutismus, keinen Platz. Außerdem ist die positive Gesetzgebung nicht die Erklärung der subjektiv natürlichen Rechte des Menschen, sondern der natürlichen Gesetze des ordre social oder wie Mercier de la Rivière es einmal treffend nennt, „l'exposition et le tableau fidèle aller gegenseitigen Pflichten und Rechte, die die Menschen naturgemäß und notwendigerweise untereinander haben“.<sup>7</sup> Den Gedanken einer von der Verfassung getrennten Rechteerklärung finden wir also auch bei den Physiokraten nicht, obwohl sie zur Vorbereitung dieses Gedankens sicher mehr getan haben als die Parlamente und Rousseau.

Ein letzter Versuch, das Zustandekommen einer Erklärung für Frankreich zu retten, ist der von Rees eingeschlagene Weg. Er sieht in der Berufung der Generalstände nicht nur den Anlaß, die verschiedenen Rechte des Menschen, des Bürgers, der Nation, des Königs usw. durch eine Verfassung zu garantieren, sondern auch den Anlaß zu einer selbständigen Erklärung der Rechte. Man habe diese Rechte als etwas von den Gesetzen Verschiedenes empfunden, sie von der Verfassung losgelöst und sei so zu einer isolierten Erklärung gelangt. Dieser von Rees vorgeschlagene Entwicklungsgang, der uns bei Besprechung der Flugschriften und später noch beschäftigen wird, wäre aber nur dann ohne Widerspruch anzu-

---

6. Am deutlichsten wird das in den Zusammenfassungen, die Quesnay in den *Maximes générales du gouvernement* und Dupont de Nemours in seiner *Table raisonnée de l'économie politique* gibt.

7. *Ordre naturel des sociétés politiques*. In *principaux Economistes* II, 617.

nehmen, wenn nicht bereits anderswo eine solche Erklärung zustande gekommen und in Frankreich bekannt geworden wäre.

Das letztere war aber in Amerika der Fall, in den Verfassungen der amerikanischen Einzelstaaten. Virginia hatte schon 1776 als erster Staat eine von der Verfassung getrennte Erklärung der Rechte erlassen. Ihm folgte eine Reihe anderer Staaten, so namentlich Pensylvanien, Maryland, Nord Carolina und Massachusetts. Die Unterschiede, die zwischen den amerikanischen Erklärungen und der späteren französischen bestehen, können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß hier zum ersten Mal eine von der Verfassung getrennte und ihr vorangestellte Erklärung der Rechte geschaffen wurde, die Frankreich als Vorbild dienen konnte. Der Begriff des Menschenrechts war ja in Frankreich nicht ganz unbekannt, unbekannt und infolgedessen einer Anregung bedürftig war aber die Idee, diese Rechte nicht nur durch die Verfassung zu schützen, sondern sie getrennt in eine Erklärung zusammenzustellen und zu proklamieren. Diese notwendige Anregung konnte aber sehr gut von Amerika ausgehen. Die einzige Frage bleibt die, ob sich eine solche Anregung tatsächlich nachweisen läßt und wenn, ob diese Anregung ausschlaggebend gewesen ist.

Die amerikanischen Verfassungen und damit die Rechteerklärungen haben in Frankreich bald Beachtung und Interesse gefunden. Diese Tatsache kann uns nicht Wunder nehmen, wenn wir uns vergegenwärtigen, welch stürmische Begeisterung für die Sache der amerikanischen Freiheit in Frankreich herrschte und welch große Zahl, namentlich junger Adelliger, sich noch vor Eintritt Frankreichs in den Krieg freiwillig nach Amerika begab, um für die Freiheit gegen das verhaßte England zu kämpfen. Amerika und die Sache der Freiheit waren identische Begriffe geworden und so fanden seine Verfassungen von Anfang an größte Beachtung. Deutlichen Ausdruck findet diese Stimmung in einem Brief Franklins aus dem Jahr 1787: Ganz Europa steht auf unserer Seite und die, die unter einer willkürlichen Herrschaft leben, lieben die Freiheit deshalb nicht weniger, sie verzweifeln daran, sie für Europa zu erobern, aber sie lesen mit Begeisterung die Verfassungen unserer frei gewordenen Kolonien.<sup>8</sup>

---

8. Aulard, Histoire politique de la révolution française S. 20.

Die Tatsachen bestätigen diese Ausführungen Franklins. Schon im Jahr 1778 erschien in der Schweiz eine französische Uebersetzung der Verfassungen der amerikanischen Staaten, die Franklin gewidmet war,<sup>9</sup> und im Jahr 1783 folgt bereits eine weitere Uebersetzung.<sup>10</sup> Durch diese Kenntniss der amerikanischen Erklärungen und Verfassungen war auch die Möglichkeit einer Beeinflussung gegeben. Die damaligen Verhältnisse machen diese Möglichkeit aber fast zur Gewißheit. Nach einer langen Reihe rein philosophischer Reformpläne, die das 18. Jahrhundert hervorgebracht hatte, war mit einemmal unter Mitwirkung Frankreichs die Verwirklichung der wichtigsten dieser freiheitlichen Ideen gelungen. Diese Tatsache konnte gar nicht ohne Rückwirkungen auf Frankreich bleiben. Die politischen Reformpläne wurden dadurch plötzlich aus dem Reich der Phantasie in das der Wirklichkeit versetzt. Mußten die „Amerikakämpfer“ für ihr Vaterland nicht die gleichen Vorteile zu erreichen suchen, für deren Verwirklichung sie eben jenseits des Ozeans ihr Leben eingesetzt hatten? Solange die politischen Verhältnisse in Frankreich eine Ausführung dieser Gedanken nicht zuließen, mußte der amerikanische Einfluß natürlich noch gering bleiben. Wenn aber einmal der Zeitpunkt dazu gekommen war, mußte sich das Beispiel Amerikas geradezu als Vorbild aufdrängen, als ein Vorbild, das gar nicht so fremd war, da ja die Franzosen an seiner Verwirklichung mitgeholfen hatten, da viele der französischen Forderungen dort Wirklichkeit geworden waren.

Ungemein interessant ist in dieser Hinsicht die Stellungnahme Condorcet's, des berühmten Philosophen, der wie wenige zur Verbreitung des Gedankens einer Rechteerklärung beigetragen hat. Schon 1786 beschäftigt er sich mit dem Einfluß der amerikanischen Revolution auf Europa.<sup>11</sup> Er sieht das Glück der Nation in dem

---

9. Recueil des lois constitutives des colonies anglaises confédérées sous la dénomination d'Etats-Unis de l'Amérique septentrional dédié à M. le docteur Franklin. En Suisse chez les Libraires associés.

10. In dieser Untersuchung ist die benützte Ausgabe Constitutions des treize Etats-Unis de l'Amérique.

11. De l'influence de la révolution d'Amérique sur l'Europe à M. le Marquis de Lafayette. Oeuvres de Condorcet publiées par A. Condorcet O'Conner et M. F. Arago. Paris 1847, Bd. VIII. Vgl. über Condorcet auch Klövekorn S. 81 ff.

freien Genuß der natürlichen Rechte und in der Verminderung der Uebel, denen die Menschheit von Natur unterworfen ist. Die natürlichen Rechte sind die Sicherheit der Person, die Sicherheit und der freie Genuß des Eigentums, Rechtsgleichheit und das Recht an der Aufstellung der Gesetze mitzuwirken. Aus diesen vier Grundrechten lassen sich alle übrigen ableiten. Es genügt aber nicht, daß sie in den Büchern der Philosophen geschrieben stehen, man muß sie in dem Beispiel eines großen Volkes lesen können. Amerika hat uns dieses Beispiel gegeben. Kein Volk hat diese heiligen und so lange vergessenen Rechte so gut gekannt und so rein erhalten. Trotz aller Unterschiede des Klimas und der Sitten ist dieses Beispiel für alle Völker wertvoll.

1787 beschäftigt sich Condorcet dann eingehender mit den französischen Forderungen.<sup>12</sup> Wir wollen eine Verfassung, die auf den natürlichen Rechten des Menschen begründet ist, die älter als sämtliche gesellschaftliche Einrichtungen sind. Ein erstes Gesetz soll sich mit der Bildung der legislativen Gewalt befassen, ein zweites die Grenzen ihrer Macht festlegen. „Man fühlt, daß dieses Gesetz eigentlich nichts anderes als eine Erklärung der Rechte des Menschen darstellt.“<sup>13</sup> In einer Fortsetzung dieses fingierten Briefwechsels<sup>14</sup> im Jahr 1788 geht er mehr auf Einzelheiten ein.

In seinen Ideen über den Despotismus<sup>15</sup> setzt er sich nun näher mit dem Gedanken einer Rechteerklärung auseinander: Das einzige Mittel gegen die Tyrannei ist eine Erklärung der Menschenrechte. Diese Rechte bestehen in der Sicherheit und Freiheit der Person und des Eigentums, sowie in der Gleichheit. Eine vollständige Erklärung der Menschenrechte ist für das ganze Menschengeschlecht eine Wohltat. „Die erste Erklärung, die diesen Namen verdient, ist die von Virginien“.<sup>16</sup> Aber keine dieser amerikanischen Erklärungen ist vollständig. Zum Schluß empfiehlt er ein Mittel, um zu einer guten Rechteerklärung zu gelangen. „Erleuchtete“ Männer

---

12. Lettres d'un bourgeois de New-Haven à un citoyen de Virginie. Oeuvres IX, S. 3 ff.

13. S. 28.

14. Lettres d'un citoyen des Etats-Unis à un francais sur les affaires présentes 1778. Oeuvres IX, S. 96 ff.

15. Idées sur le despotisme 1789. Oeuvres IX, S. 145.

16. S. 168.



sollen sich getrennt an diese Aufgabe machen und wie in der Erklärung von Virginien die Rechte einfach und in wenig Worten darlegen. Diese Entwürfe sollen dann der öffentlichen Meinung zur Begutachtung und Anregung vorgelegt werden.

Schließlich gibt Condorcet aber auch noch einen eigenen Entwurf für die Erklärung.<sup>17</sup> Diese zerfällt in 3 Teile. Der erste Teil bringt die Aufstellung der Rechte, die keine öffentliche Gewalt angreifen darf, der zweite die Verwerfung aller Eingriffe in diese Rechte, der dritte die Verpflichtung zur Schaffung aller notwendigen Gesetze, um den Bürgern den Genuß ihrer Rechte zu sichern. Unter diese 3 Gesichtspunkte werden dann die fünf verschiedenen Rechtegruppen behandelt.

1. Sicherheit der Person,
2. Freiheit der Person,
3. Sicherheit der Güter (biens),
4. Freiheit der Güter,
5. Natürliche Gleichheit.

Nach den vielen Hinweisen auf Amerika und die virginische Erklärung möchte uns dieser Entwurf fast befremden, da, abgesehen von geringfügigen Einzelheiten, von amerikanischem Einfluß nicht die Rede sein kann. Condorcet hat im Gegenteil ganz seinen physiokratischen Anschauungen Raum gegeben. Wir können dieser Erscheinung nur durch unsere Zweiteilung der Abhängigkeitsfrage gerecht werden. Es kann nach seinen Schriften keinem Zweifel unterliegen, daß Condorcet zu dem Gedanken einer Rechteerklärung durch Amerika angeregt wurde, den Inhalt hat er dagegen dem heimischen Boden entnommen. In dieser Hinsicht ist uns das Beispiel Condorcet's von größtem Wert, es zeigt uns die Notwendigkeit einer Scheidung für die Entstehungsgeschichte und das Verfehlte einer Methode, die aus dem Inhalt ohne weiteres Schlüsse auf die Existenz-Abhängigkeit zieht.

Viel weitgehender lehnt sich Mirabeau an die amerikanischen Vorbilder an. In seinem Brief an die Holländer<sup>18</sup> findet sich eine

---

17. Déclaration des droits 1789 Oeuvres IX, S. 175 ff.

18. Mirabeau, Aux Bataves sur le Stathoudérat 1788.

Aufstellung der Menschenrechte.<sup>19</sup> Diese Rechte sind unveräußerlich und unverjährrbar, sie bilden die gemeinsame und ewige Grundlage jeder politischen Vereinigung. Nach einem Hinweis auf Amerika werden diese Rechte dann in 26 Artikeln aufgezählt. Es handelt sich dabei meist um eine fast wörtliche Wiedergabe der amerikanischen Artikel. Die Aenderungen betreffen in der Regel nur Kürzungen und stilistische Abweichungen. Keine der späteren Erklärungen, auch nicht der Komitee-Entwurf, bei dessen Ausarbeitung Mirabeau das meiste leistete, steht den amerikanischen Erklärungen so nahe wie dieser Entwurf. Es ist fast keine selbständige Arbeit mehr, sondern nur ein Exzerpt aus den amerikanischen Vorbildern.

Damit sind wir am Ende der Untersuchung angelangt, deren Aufgabe es war, festzustellen, woher die Flugschriften und cahiers den Gedanken einer Erklärung der Rechte hatten nehmen können. Wir haben gesehen, daß nur in Amerika ein entsprechendes Vorbild überhaupt vorhanden war, das durch Uebersetzungen in Frankreich hinlänglich bekannt war. Dieses amerikanische Vorbild hatte in einzelnen Fällen die Anregung und für Mirabeau sogar den Stoff für eigene Rechteentwürfe geliefert. Es fragt sich nun, ob die Flugschriften und cahiers das bisherige Ergebnis — daß der Gedanke einer Erklärung aus Amerika übernommen wurde — bestätigen oder nicht.

Die Flugschriften, die sich seit 1787 in immer steigendem Maß über Frankreich und seine Hauptstadt ergossen, waren es, die zum ersten Mal in größerem Maßstab von Rechten des Menschen und Bürgers redeten und den Gedanken ihrer Erklärung in die Debatte warfen. Es war mir nicht möglich, diese umfangreiche und in Deutschland nicht ausreichend zugängliche Literatur selbst durchzuarbeiten. Eine solche Prüfung würde auch weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen. Uns interessiert hier nur, ob die Flugschriften eine klare Antwort auf die Frage nach der Entstehung der Erklärung geben können. Rees und Klöveborn, auf deren Untersuchungen ich im wesentlichen angewiesen bin, kommen zu ganz verschiedenen Resultaten. Rees bestreitet jede Einwirkung Ameri-

---

19. „Un tableau des droits qui vous appartiennent en qualité d'homme“, op. cit. S. 116.

kas, sowohl auf den Gedanken wie den Inhalt der Erklärung, während Klövekorn der Ansicht ist: „Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Idee einer Erklärung und der Grundstock derselben herübergenommen ist aus den amerikanischen declarations of rights“.<sup>20</sup>

Die Methode von Rees<sup>21</sup> erscheint mir besonders unzureichend. Er sucht in die ganze Broschürenliteratur seine Theorie über die Entstehung der Erklärung hineinzuinterpretieren: Sie sei entstanden aus dem Bedürfnis, die absolute Macht durch fundamentale Gesetze zu beschränken. Durch eine allmähliche Vermischung und Gleichsetzung des historisch-positiven Rechts mit dem Naturrecht seien aus diesen nationalen Kollektivrechten subjektive Menschenrechte geworden. Ihre Erklärung sei dann nach dem Vorbild dieser fundamentalen Gesetze verlangt worden. Dazu ist schon rein formal zu sagen, daß Rees zum Nachweis dieser Entwicklung notwendigerweise eine zeitliche Anordnung der Flugschriften hätte vornehmen müssen. Inhaltlich wäre zu bemerken, daß die subjektiven Menschenrechte schon vor 1787 in Frankreich bekannt waren und also nicht erst aus den nationalen Kollektivrechten abgeleitet werden müssen. Eine Vermischung zwischen beiden ist zwar eingetreten, darin aber die treibende Kraft für das Zustandekommen einer Erklärung der Menschenrechte zu sehen, ist eine Behauptung, die erst noch zu beweisen wäre, besonders da der Verfasser von vornherein jeden amerikanischen Einfluß zurückweist.

Auch Klövekorn<sup>22</sup> kann für seine These keine zwingenden Gründe anführen, da die Flugschriften sich kaum je zu unserer Frage äußern. Er weist mit Recht darauf hin, daß eine größere Zahl von Broschüren allgemeine Hinweise auf Amerika enthält und daß vereinzelt sogar die amerikanischen Menschenrechte erwähnt werden.<sup>23</sup> Außerdem sucht er aber auch eine inhaltliche Abhängigkeit durch Gegenüberstellung einzelner Artikel mit den entsprechenden amerikanischen darzutun.<sup>24</sup> Dieses Verfahren ist aber nicht immer ganz überzeugend.

---

20. Klövekorn S. 79.

21. Vgl. Rees S. 26—60.

22. Vergl. Klövekorn S. 29—79.

23. Klövekorn S. 63 ff.

24. Klövekorn S. 74 ff.

Aus dem Ganzen ergibt sich, daß von den Flugschriften eine klare Antwort auf unsere Fragestellung nicht zu erwarten ist. Sie widersprechen zwar keineswegs der Annahme, daß der Gedanke einer Erklärung aus Amerika stammt, andererseits vermögen sie diesen Gedanken aber nicht zur Gewißheit zu steigern.

Nicht günstiger liegen die Verhältnisse bei den cahiers.<sup>25</sup> Sind die Flugschriften eine persönliche Stellungnahme einzelner zu den augenblicklich aktuellen Fragen, so enthalten die cahiers die Beschwerden und Forderungen der drei Stände aus den einzelnen „baillages“ und „sénéchaussées“. Sie sind also der Ausdruck der Forderungen und Wünsche des Volks. Doch kann dies nur beschränkt und namentlich in Hinsicht auf die praktischen Einzelorderungen gelten. Den allgemeinen, politischen und mehr abstrakten Teilen kann diese Originalität nicht zukommen. Sie lassen öfters fertige Modelle erkennen, nach denen sie gearbeitet sind. Unter diesen Umständen ist eine selbständige Stellungnahme der cahiers zur Ursprungsfrage nicht zu erwarten und tatsächlich schweigen sie sich darüber auch vollständig aus.

Sehen wir die cahiers einmal näher an, so fällt uns sofort auf, daß die Zahl der eigentlichen Rechteerklärungen ganz verschwindend klein ist. Etwas häufiger finden sich Zusammenfassungen allgemein-politischer Forderungen unter dem Titel *droits de la nation*, oder noch häufiger unter dem von Fundamentalgesetzen, Verfassungsprinzipien und Regierungsmaximen. Die erste Aufgabe der Nationalversammlung soll es dann sein, diese Prinzipien festzulegen und feierlich zu erklären. Es handelt sich dabei vorwiegend um allgemeine Verfassungsbestimmungen, Rechte der Nation, und nur selten um ausgesprochen subjektive Menschenrechte. Formal ist hier der Abstand zur Enderklärung noch recht groß, während inhaltlich schon verschiedene Artikel vorgebildet sind. Rees will auch hier wieder eine deutliche Entwicklung von dieser Gruppe zu den eigentlichen Rechteerklärungen konstatieren. Was davon zu halten ist, habe ich schon bei den Flugschriften gesagt.

---

25. Ich habe die cahiers, die in Bd. 1—7 der *Archives Parlementaires* gesammelt sind, für diese Untersuchung herangezogen. Vergl. Klövekorn S. 95—118, Rees S. 61—101.



Von besonderem Interesse innerhalb der cahiers sind für uns die eigentlichen Erklärungsprojekte, die der Zahl nach sehr beschränkt sind.<sup>26</sup> Eine genaue Prüfung kann unmöglich unsere Aufgabe sein. Inhaltlich zeigen sie, mit einer Ausnahme,<sup>27</sup> keine deutlichen Spuren einer amerikanischen Beeinflussung. Wenn aber das cahier aus dem Wahlbezirk von Mirabeau eine Rechteerklärung enthält, warum soll hier nicht der Einfluß Mirabeaus zu Grunde liegen, der seine Abhängigkeit von Amerika schon in dem Brief an die Holländer gezeigt hat? Aehnliche Beispiele ließen sich noch manche anführen, aber wir können uns auf eine solche Beweisführung nicht einlassen. Es zeigt sich dabei nur, daß von den cahiers ebensowenige wie von den Flugschriften eine klare, direkte Beantwortung der Frage nach der existenziellen Abhängigkeit erwartet werden kann. Der Grund dazu liegt darin, daß sie dazu überhaupt nicht Stellung nehmen. Die Bedeutung der cahiers für die Ausbreitung des Gedankens einer Rechteerklärung im Volk d. h. in breiteren Schichten soll damit keineswegs bestritten werden.

Eine befriedigende Beantwortung der Ursprungsfrage kann also erst von der Nationalversammlung erwartet werden und zwar deshalb, weil hier weit mehr als bisher die Frage nach dem Wesen und Zweck einer solchen Erklärung aufgeworfen wird. Die ganze Entstehungsgeschichte der Erklärung wiederholt sich gewissermaßen noch einmal vor unseren Augen. Das Urteil, das wir aus den Vorgängen in der Nationalversammlung gewinnen werden, dürfen wir also auch auf die cahiers und Flugschriften übertragen, wenn diese dem Ergebnis nicht ausdrücklich widersprechen.

Für das Verfahren in der Nationalversammlung will ich aber anders als bisher vorgehen. Die Abhängigkeitsfrage darf nicht, wie dies bei Rees und Klövekorn der Fall ist, zum Gradmesser für den Wert einer vorgebrachten Meinung werden. Die Ereignisse, die Reden und Projekte sollen geschildert werden wie sie sind und ein abschließendes Urteil über die Ursprungsfrage erst am Ende der Debatte versucht werden.

---

26. Vergl. Klövekorn S. 102 ff., Rees S. 78 ff.

27. Cahiers die Tiers de Marsan AP IV, 33; vgl. Klövekorn S. 108 ff.

## Zweites Kapitel.

### Die Erklärungsprojekte.

Wenn auch die Mehrzahl der Erklärungsprojekte ohne größeren Einfluß auf die Vorgänge in der Nationalversammlung geblieben ist, so kann eine Geschichte der Erklärung der Menschenrechte trotzdem nicht ohne sie geschrieben werden, da sie eine unentbehrliche Ergänzung der Debatten darstellen und für manches erst das notwendige Anschauungsmaterial liefern. Eine eingehende Prüfung der Projekte verlangt ihre Loslösung von den Debatten, die im allgemeinen unschwer erfolgen kann. Selbst die wenigen Projekte, die in engerem Zusammenhang mit ihnen stehen, können vorweg genommen werden. Diese Behandlung vor den Debatten wurde mir außerdem noch dadurch nahegelegt, daß die Diskussionen über die einzelnen Artikel die genaue Kenntnis dieser Projekte voraussetzen. Ich habe die verschiedenen Entwürfe nach der zeitlichen Entstehung angeordnet, ein Verfahren, das auch für die Frage der gegenseitigen Abhängigkeit von Wichtigkeit sein dürfte. Rees begeht auch hier den grundsätzlichen Fehler, sie nach den vermeintlichen Quellen und dem Inhalt zu gruppieren.

Ueber die Zahl der Projekte, die der Nationalversammlung eingereicht wurden, herrscht auch heute noch Unklarheit. Das rührt einmal daher, daß wir manche Projekte nur noch dem Namen nach kennen,<sup>1</sup> und sich andererseits eine eindeutige Abgrenzung dieses Begriffs schwer vornehmen läßt. So können die Ausführungen Dèmeuniers am 3. August nicht als eigentlicher Entwurf gelten. Ich habe 15 Projekte in insgesamt 19 verschiedenen Fassungen, die vor dem 26. August eingereicht wurden und deutlich den Charakter einer Rechteerklärung besitzen, zur Untersuchung herangezogen.

---

1. Z. B. die Projekte von Turban und Ladebat, erwähnt PV Nr. 50. S. 2.

Es sind dies die Projekte von Lafayette, Sieyès (3), Mounier (2), Target, Servan, Crenière, Thouret, d'Aravay, Sinety, der Entwurf des 6. Büros, die Erklärung von Bouche, Rabaud de St. Etienne (2), Gouges-Cartou, der Entwurf des Fünfer-Komitees und von Boislandry. (Die Zahlen in Klammern bedeuten die Anzahl der Fassungen.)<sup>2</sup>

Als erster und zwar von sich aus hat Lafayette am 11. Juli eine Erklärung<sup>3</sup> eingereicht. Entsprechend dem Titel zeigt die Arbeit eine deutliche Zweiteilung in Rechte des Menschen und Rechte des Menschen in der Gesellschaft d. h. Bürgerrechte.

Der erste Artikel formuliert die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, die sozialen Unterschiede beruhen nur auf dem allgemeinen Nutzen. Der Vordersatz hat ein entsprechendes Vorbild in Massachusetts 1, während der Nachsatz aus dem cahier von Lafayette's Wahlbezirk entnommen ist.<sup>4</sup> Artikel 2 bringt eine knappe Zusammenfassung der einzelnen Menschenrechte, wie der Freiheit der Meinung, der Sorge für Ehre und Leben, des Eigentumsrechts, der Verfügung über die eigene Person und Fähigkeiten, der Mitteilung der Gedanken, des Strebens nach Wohlergehen und des Widerstandsrechts. Diese schlagwortartige Aufzählung zeigt sowohl amerikanische wie französische Vorbilder. — Die Rechte der Mitbürger bilden die einzige Schranke in der Ausübung dieser Rechte, ein Gedanke, der sich häufig bei den Physiokraten findet.

Mit dem 4. Artikel begibt sich Lafayette auf das Gebiet der Bürgerrechte. Niemand kann Gesetzen unterworfen werden, die

---

2. Rees S. 171 kommt bis zum 10. September zu einer Gesamtzahl von 31 Projekten bzw. Fassungen bei weitester Dehnung des Begriffs und unter Heranziehung der nicht erhaltenen Entwürfe. Seiner Bearbeitung legt er aber die gleichen Projekte zu Grunde wie wir. Es fehlt bei ihm das von Sinety, dafür behandelt er ein anonymes „Project de constitution des droits d'un citoyen français“ von Ende August, das uns unzugänglich blieb, aber auch ohne große Bedeutung ist. Walch zählt 15 Erklärungen auf, beschränkt sich aber auf die Prüfung der Entwürfe von Lafayette, Sieyès und Mounier, während Klövekorn nur die Projekte untersucht, die einen deutlichen Einfluß auf die Endredaktion gehabt haben.

3. Déclaration des droits de l'homme et de l'homme vivant en société. AP VIII, 222. Vergl. Rees S. 210. Klövekorn S. 177.

4. Lafayette war Abgeordneter des Adels von Riom. Für das cahier s. AP V, S. 563.

nicht seine oder die Zustimmung seiner Vertreter erhalten haben, die vorher veröffentlicht und rechtmäßig angewendet worden sind.

Die gleichen Gedanken finden sich in Virginia 7 und 9, doch kommen sie mit Ausnahme der Forderung nach vorheriger Veröffentlichung des Gesetzes auch in Frankreich vor. — Das Prinzip jeder Souveränität ruht in der Nation, keine Körperschaft, kein Individuum besitzt eine Autorität, die nicht von ihr ausgeht. Nord-Karolina 1 formuliert den Gedanken folgendermaßen: „Jede politische Autorität ruht einzig im Volk und jede politische Gewalt geht einzig von ihm aus.“ Der 6. Artikel sieht in dem allgemeinen Wohl das einzige Ziel jeder Regierung, dies verlangt a) die Gewaltenteilung, b) Volksvertretung, c) Verantwortlichkeit der „Agenten“, d) Unparteilichkeit der Richter. Zerstreut finden sich diese Gedanken in Amerika, ihre Ableitung aber aus dem allgemeinen Wohl als einzigem Regierungsziel ist originell. Der 7. Artikel verlangt klare, präzise und für alle Bürger gleiche Gesetze, der nächste das Recht der Steuerbewilligung und ihre proportionelle Verteilung. Hier braucht kein amerikanisches Vorbild vorzuliegen, wohl aber im letzten Artikel, der das Recht der Verfassungsreform bringt. Die Anregung dazu hat bestimmt Virginia 3 oder Pensylvania 5 geliefert.

Der geringe Umfang und die kurze, knappe Formulierung zeichnen diesen Entwurf vor allen späteren aus. Philosophische Erörterungen fehlen, ebenso Uebergänge auf Einzelheiten der Verfassung. Was die Abhängigkeit von Amerika angeht, so fehlt sie völlig in Artikel 3 und 7. Wörtliche Uebereinstimmungen finden sich kaum, dagegen ist die Anregung zu verschiedenen Artikeln und Gedanken deutlich spürbar. Außerdem trägt die Erklärung fast einen skizzenhaften Charakter, der — wie es später das Beispiel Mounier's zeigt, — geradezu zur weiteren Ausarbeitung anregen mußte.

Ganz anderer Natur ist die Arbeit von Sieyès, wie schon der Titel „Reconnaissance et exposition raisonnée“ zeigt.<sup>5</sup> Ueber seine Methode sagt er uns selbst:<sup>6</sup> Es gibt zwei Arten, große Wahrheiten

---

5. Reconnaissance et exposition raisonnée des droits de l'homme et du citoyen lu les 20 et 21 juillet 1789 au comité de constitution. AP VIII, 256 ff. PV Nr. 33. Zur Kritik der verschiedenen Texte siehe Walch S. 75. Die Reconnaissance und die Fassung in 32 Artikel ist sicher die älteste.

6. Vorbemerkung im PV Nr. 33.



darzulegen: „La forme raisonnée“, die der Wahrheit ihren wesentlichen Charakter, die Vernunft und Evidenz bewahrt“, und die gesetzmäßige Form, die die Wahrheit „als Glaubensartikel“ vorbringt, und „mehr das Gedächtnis als die Vernunft belastet“. Man weiß aber nur das richtig, was man durch die Vernunft weiß und so entscheidet sich Sieyès für die erstere Form. Auf Wunsch des Verfassungs-Komitees gibt er jedoch am Schluß eine Zusammenfassung in 32 Artikeln.

Die Grundgedanken seiner Reconnaissance sind folgende: Die Vertreter der Nation haben die Aufgabe, die Verfassung des Staates zu regenerieren und üben dazu das „pouvoir constituant“ aus. Da die gegenwärtige Vertretung aber nicht genau der Natur einer solchen Gewalt entspricht, so ist die Verfassung nur provisorisch und soll definitiven Charakter erst nach der Zustimmung eines neuen, eigens dazu berufenen pouvoir constituant erhalten. Das Ziel jeder gesellschaftlichen Vereinigung ist einzig die Bekanntmachung, Verbreitung und Sicherung der Rechte der Menschen und Bürger. Ihre „exposition raisonnée“ soll dem Plan der Verfassung vorausgehen.

Der Mensch hat von Natur Bedürfnisse, seine geistigen und physischen Fähigkeiten sind die „Mittel“ zu ihrer Befriedigung. Das Wohlergehen ist sein Ziel. Die Ausübung dieser „Mittel“ bringt ihn in Beziehung mit seinen Mitmenschen, die er entweder als Hilfsmittel (moyens) oder als Hindernisse (obstacles) betrachtet. Daher zweierlei Beziehungen der Menschen untereinander, erstens ungesetzliche Beziehungen, wenn sie auf der Gewalt beruhen, denn es herrscht zwar Ungleichheit der Mittel unter den Menschen, aber nicht Ungleichheit der Rechte. Entweder hat jeder das Recht, frei über seine Person zu verfügen oder hat es niemand. Zweitens gesetzliche Beziehungen, wenn sie aus einer wirklichen Verpflichtung entstehen, die auf dem freien Willen aller Kontrahenten beruht. Eine Gesellschaft, die auf gegenseitigem Nutzen begründet ist, bildet für den Menschen also „einen Vorteil und kein Opfer“, sie ist wie eine „Folge und Ergänzung des Naturzustandes“. Mit dem Eintritt in sie opfert der Mensch nichts von seiner Freiheit, denn niemand hat, auch außerhalb der Gesellschaft nicht, das Recht einem andern zu schaden. Die Freiheit ist vollständiger als im Naturzustande, da er seine Fähigkeiten ungestörter entwickeln

kann. Die Gesellschaft schützt die Gleichheit der Rechte gegen den natürlichen, aber schädlichen Einfluß der Ungleichheit der Mittel.

Das Eigentum der Person ist das erste aller Rechte, das „reale“ Eigentum (*propriété réelle*) ebenso wie die Gedanken, — Presse- und Wirtschaftsfreiheit ist nur eine Folge des ersteren, da sie sich aus der Anwendung der persönlichen Fähigkeiten ergeben. Die Grenze der individuellen Freiheit liegt dort, wo eine Schädigung der Freiheit eines Mitmenschen anfängt. Als Garantie gegen übelwollende Bürger, gegen die Exekutive oder ihre Organe, gegen den äußeren Feind braucht man eine geeignete Gesetzgebung, eine gute Verfassung und ein starkes Heer. Der Soldat darf aber nicht gegen den Bürger verwendet werden. Außerdem bietet die Gesellschaft aber noch andere Vorteile, wie Unterstützung Erwerbsunfähiger, Erziehung usw. Mit dem nationalen Wohlstand vermehren sich dann auch die „öffentlichen Mittel“.

Der Staat, das *établissement public*, bildet die Gesamtheit dieser „öffentlichen Mittel“. Er muß wie der Mensch, die Fähigkeit erhalten, zu wollen und zu handeln d. h. die legislative und exekutive Gewalt. Die Verfassung schafft die innere Organisation der öffentlichen Gewalten, ihre notwendigen Wechselbeziehungen und gegenseitige Unabhängigkeit. Da aber die öffentlichen Gewalten sich nicht selbst konstituieren können, können sie auch ihre Verfassung nicht ändern. Dies steht allein dem *pouvoir constituant* zu. Die Nation kann diese Gewalt Vertretern übertragen, die aber ihrerseits keine der konstituierten Gewalten ausüben dürfen.

Zu diesen zivilen oder passiven Rechten der Bürger kommen die politischen oder aktiven Rechte. Die Gleichheit der politischen Rechte ist ein fundamentales Prinzip, seine Verletzung würde bald ungerechte Privilegien entstehen lassen. Die Gesellschaft ist das Werk des einstimmigen Willens der Assoziierten, die Schaffung der öffentlichen Gewalten jedoch das Ergebnis der Stimmenmehrheit. Diese Mehrheit ist aber eine mittelbare Einstimmigkeit, denn wer die Vorteile der Gesellschaft will, will auch die notwendigen Mittel zu ihrer Erreichung. Alle öffentlichen Gewalten gehen vom Volk aus, sie können nie zum Besitz in der Hand der „*Mandataires publics*“ werden. Ihre Ausübung ist nie ein Recht, sondern immer eine Pflicht.

Die gleichen Grundgedanken, nur etwas mehr auf Einzelheiten eingehend, formuliert Sieyès in seiner Artikelfassung. Die Gesellschaft ist aus einem freien Vertrag hervorgegangen, ihr Ziel ist das Glück aller. Nach Artikel 3 und 4 ist jeder ausschließlicher Eigentümer seiner Person, die einzige Schranke in der freien Ausübung der persönlichen Fähigkeiten besteht darin, den Rechten anderer nicht zu schaden. Artikel 5 beschäftigt sich eingehend mit der Gedanken- und Pressefreiheit im weitesten Sinn, sowie der Bewahrung des Briefgeheimnisses. Ausführlich wird von der wirtschaftlichen Freiheit gehandelt: (Art. 6—8) freie Verwendung seiner Arme, seines Fleißes, seiner Kapitalien, keine Beschränkung der Arbeit, alles ganz nach physiokratischem Muster. Dazu kommt die persönliche Bewegungsfreiheit, das Recht, das Königreich zu verlassen.

Wie in der „Exposition“ werden Garantien gegen die verschiedenen Feinde gefordert (9—13). Artikel 14: Jeder ist gleichermaßen dem Gesetz unterworfen und hat keiner anderen Autorität zu gehorchen. — Das Gesetz kann nur das allgemeine Interesse zum Gegenstand haben, Privilegien müssen abgeschafft werden. 16—17 sichern die Rechtsgleichheit inmitten der Ungleichheit der Mittel. 18—23 enthalten Bestimmungen über die Strafjustiz. Gleiche Strafen für alle, wer im Namen des Gesetzes verhaftet wird, muß sofort gehorchen, durch Widerstand macht er sich schuldig. Verhaftung und Einkerkерung darf nur in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen erfolgen. Willkürliche Befehle sind ungesetzlich und dürfen mit Gewalt verhindert werden. Rasche Justiz wird gefordert. Artikel 24 und 25 bringen die übrigen Vorteile der Gesellschaft, 26 die Definition des Gesetzes als Ausdruck des Allgemeinwillens, doch wird im Gegensatz zu Rousseau die Volksvertretung gefordert. — Niemand braucht andere als die von der Nation bewilligten Steuern zu bezahlen. — Alle Gewalten gehen vom Volk aus, sie sind für das öffentliche Interesse da und werden nie zum Eigentum. Ihre Inhaber sind mit Ausnahme des Königs verantwortlich (28—31). Der letzte Artikel sieht dann das Recht der Verfassungsreform vor.

Wenn wir die Arbeit von Sieyès beurteilen wollen,<sup>7</sup> so müssen wir, wie sein Verfasser, den Hauptwert auf den ersten Teil legen.

---

7. Vergl. Klövekorn S. 140 ff., Rees S. 182 ff.

Auch die Zeitgenossen müssen offenbar ihn gemeint haben, wenn sie die philosophische Klarheit des Sieyès'schen Entwurfs rühmen. Seine Methode entspricht auch ganz dem Zeitgeschmack. Ausgehend von der Natur des Menschen, wird durch eine Reihe logischer Schlußfolgerungen und philosophischer Ableitungen aus ihr die Gesellschaft, ihr Wesen, Zweck und Einrichtung entwickelt. Sieyès hat dies in seiner Art vollkommen getan. Er verliert sich nicht in metaphysische Betrachtungen, sondern zeigt einen klaren Blick für das Politische. Trotz mancher Trugschlüsse ist sein System klar und bestimmt.

Fragen wir nun nach dem Ursprung seiner Gedanken. Aus Rousseau stammt der Gesellschaftsvertrag, die Betonung der Gleichheit an Rechten, die Definition und Zwecksetzung des Gesetzes,<sup>8</sup> die bloße Unterscheidung zwischen legislativer und exekutiver Gewalt,<sup>9</sup> die Volkssouveränität und die Stellung der Beamten. Er geht über Rousseau hinaus mit der Volksvertretung und der klaren Scheidung zwischen „pouvoir constituant“ und „pouvoirs constitués“. Vom Unterwerfungsvertrag findet sich dagegen keine Spur. Mit den Physiokraten stimmt die starke Betonung der wirtschaftlichen Freiheit, die Ableitung sämtlicher Menschenrechte aus dem Eigentum der Person überein. Auch darin, daß er in der Gesellschaft nur eine Fortsetzung des Naturzustandes sieht, deckt er sich mit ihnen. Von einer direkten Beeinflussung durch Amerika kann nicht die Rede sein.

Die Fassung in Artikel bringt sachlich keine Unterschiede, nur wird hier verschiedentlich auf die Erklärungen aus den Cahiers von Paris<sup>10</sup> zurückgegriffen. Sieyès hat also aus den Gedanken verschiedener philosophischer Systeme zusammen mit den allgemeinen Zeitforderungen einen originellen Entwurf geschaffen, der in seiner Bestimmtheit und Einheitlichkeit einen hervorragenden Platz unter den Projekten einnimmt.

Eine spätere Redaktion in 42 Artikeln<sup>11</sup> vom 17. August bringt außer den alten, noch eine Reihe von neuen Sätzen. Zwei ein-

---

8. Art. 15 „Das Gesetz hat nur das allgemeine Interesse zum Gegenstand“. Vergl. C. S. II, 4.

9. C. S. III, 1.

10. Siehe AP V, 238—281.

11. AP VIII, 422. Ich zitiere sie als Sieyès B im Gegensatz zu Sieyès A der Fassung in 32 Artikeln.



leitende Artikel sollen das Zustandekommen der Gesellschaft motivieren. Die Gleichheit wird stärker betont (Art. 18 und 30). Die meisten Neuerungen weist der Schluß auf, der die Einschränkung der Ämter, die Abschaffung unnötiger Pensionen und öffentlicher Unterstützungen verlangt. Bei der Beamtenverantwortlichkeit ist der König jetzt nicht mehr ausgeschlossen.

Ebenso wie die Arbeit von Sieyès wird die von Mounier, des Führers der Anglikaner<sup>12</sup> in der Nationalversammlung, zunächst dem Verfassungskomitee eingereicht und nach einigen Abänderungen in dessen Namen am 27. Juli im Plenum verlesen. Die beiden Fassungen,<sup>13</sup> die ursprüngliche in 16 und die abgeänderte in 23 Artikeln, sind im Gegensatz zu Walch<sup>14</sup> deutlich zu scheiden, da die letztere nicht ohne weiteres als ein Werk Mouniers gelten kann. Die Einleitung ist zu beiden die gleiche, doch wird in der Plenumfassung für die Verfassung und, da die Erklärung nur ein Bestandteil von ihr darstellt, auch für sie die ausdrückliche Sanktion des Königs verlangt.

Behandeln wir zunächst die ursprüngliche Fassung. Der Eingang stimmt fast wörtlich mit Lafayette 1 überein, doch ist die Gleichheit schärfer als „égalité en droits“ formuliert. — Der Zweck der Regierung ist das allgemeine Glück, sie ist nicht für das Interesse der Regierenden, sondern das der Regierten da. Hier liegt vielleicht Anregung von Massachusetts 7 oder Pennsylvania 5 vor. Art. 3 über die Volkssouveränität stammt wieder von Lafayette. Die Aufzählung der einzelnen Rechte (4) und die Forderung nach klaren, einheitlichen Gesetzen, die die Rechte schützen, die Pflichten vorschreiben und die schädlichen Handlungen bestrafen sollen (5), zeigen ebenfalls Anlehnung an ihn. — Die Gesetze bedürfen der freien Zustimmung aller Bürger oder ihrer Vertreter und

---

12. Die Anglikaner waren konstitutionelle Monarchisten, die eine Reform nach englischem bzw. nach dem Muster Montesquieu's erstrebten.

13. *Projet de déclaration des droits de l'homme et du citoyen présenté au comité de constitution . . .* AP VIII 289, PV no 33 u. *Projet des premiers Articles de la constitution lu dans l'assemblée nationale*, die Fassung in 23 Art. enthaltend. AP VIII, 285 PV no 33. Ich zitiere die erstere mit Mounier A, die letztere mit Mounier B.

14. Walch S. 89, ebenso Rees S. 196 ff.; Klöveborn S. 152 ff. nimmt zwar eine Scheidung vor, ohne ihre Bedeutung aber ganz zu erkennen.

in diesem Sinne sind sie der Ausdruck des Allgemeinwillens. (Vergl. Laf. 4. Sieyès A. 14.) Artikel 7 umschreibt den Begriff der Freiheit. „Sie besteht darin, alles tun zu dürfen, was anderen nicht schadet. Was durch das Gesetz nicht verboten ist, kann nicht verhindert werden und niemand kann zu etwas gezwungen werden, was das Gesetz nicht befiehlt“. Der erste Satz ist uns bereits bekannt, der zweite stimmt auffallend mit Montesquieu überein.<sup>15</sup> Artikel 8 wendet sich gegen die rückwirkende Kraft der Gesetze (vergl. Virginia 9, Delaware 11). Artikel 9 bringt die Gewaltenteilung, die Sätze 10—12 enthalten Strafprozeßbestimmungen. Gleich der erste Artikel von der Zuflucht zu den Gesetzen bei Verletzung des Eigentums, der Güter oder der Ehre und bei Hindernissen in der Ausübung der Freiheit stammt aus Amerika.<sup>16</sup> Des weiteren dürfen Verhaftungen und Einkerkierungen nur kraft des Gesetzes vorgenommen werden (vergl. Sieyès A. 20). Die Strafen sollen für alle die gleichen sein (Sieyès A. 18). Der Artikel 13 begründet die Steuern als Gegenleistung für den Schutz der Gesellschaft. Auch hier liegt Anregung aus Amerika vor.<sup>17</sup> Die Freiheit der religiösen Meinung wird gewährleistet, wenn sie den „culte public“ nicht stört. Die Freiheit der Presse zeigt im Gegensatz zu Amerika starke Einschränkungen. Der letzte Artikel befaßt sich mit dem Heer. Es darf zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nur auf Befehl der Zivilbehörden verwendet werden (Mass. 17. Pens. 13).

Die Plenum-Fassung enthält 7 Artikel mehr, und faßt außerdem einige Gedanken anders zusammen. Gleich der erste Artikel ist neu und leitet die Gesellschaft aus dem Streben nach Glück ab. In anderer Reihenfolge kommen dann Artikel 1—3 der ersten Fassung. Neu sind Artikel 4 und 5: Das Glück der Menschen beruht auf der freien Ausübung seiner physischen und moralischen Fähigkeiten. Um diese zu sichern, muß er den Mitmenschen die

---

15. Montesquieu, *Esprit des Lois* XI, cap. 3—4.

16. Mass. 11: Tout sujet de la République doit trouver un remède certain dans le recours aux lois, pour tous les torts ou injures qu'il peut éprouver dans sa personne dans sa propriété, dans sa réputation . . . . Carol XIII: Tout homme libre qui éprouve un obstacle à l'exercice de sa liberté a droit d'obtenir une réparation . . . .

17. Pens. 8. Mass. 30.

gleichen Rechte zugestehen. Bis hierher zeigen die Zutaten deutlichen Einfluß der Exposition raisonnée von Sieyès. Die Sätze 6—8 beschäftigen sich ausführlicher mit den Pflichten. Aus der Anerkennung der Rechte seiner Mitmenschen folgt die „double relation des droits et des devoirs“ (6). Neu sind noch die Artikel 16: Wiederaufnahme des Widerstandsrechts in Anlehnung an Sieyès A 22, 18: Verurteilung eines Angeklagten nur in dem ihm vom Gesetz zugewiesenen „Ressort“ und 22: Das Recht der freien Auswanderung ähnlich wie in Pensylvania 15: Dafür fehlt hier die Bestimmung über das Militär (Mounier A 16).

Die Zutaten der Plenumfassung sind zunächst Entlehnungen allgemeiner Natur aus Sieyès, dann eine stärkere Betonung der Pflichten und ihre Wechselbeziehungen mit den Rechten. Dies letztere ist kennzeichnend für den konservativen Teil der Nationalversammlung, dem eine reine Rechteerklärung zu gefährlich schien. Auffallend ist das Fehlen der Militärparagraphen in der 2. Fassung. Der erste Entwurf ist im ganzen einheitlicher und ein konsequenter Ausbau des Lafayette'schen Projekts. Die Zusätze der zweiten Fassung tragen dagegen einen verallgemeinernden, fast „philosophischen“ Zug. Als Ganzes ist die Arbeit wenig selbständig. Lafayette und Sieyès und teilweise die amerikanischen Erklärungen bilden die Grundlage für sie. Aber gerade in dieser Mittelstellung und der Weiterführung des Lafayette'schen Projekts liegt ihre große Bedeutung, die sich namentlich auch in dem starken Einfluß auf die Endreaktion zeigen sollte.

Außer den zwei schon erwähnten Arbeiten wurden dem Verfassungskomitee noch die Erklärungen von Target und die später zu besprechende von Thouret übergeben, ohne daß dieses aber dazu Stellung genommen hätte. Die Erklärung von Target<sup>18</sup> trägt wie die von Mounier das Datum des 27. Juli, doch hat der Verfasser die letztere noch benützt. Sie zeigt außerdem eine genauere Kenntnis von Sieyès und verschiedener cahiers, an deren Redaktion Target beteiligt war.<sup>19</sup>

---

18. Projet de déclaration des droits de l'homme en société présenté au comité de constitution. AP VIII 288. PV no 33. Vergl. Rees S. 100.

19. Siehe die Cahiers v. Paris intra muros AP V, 282, Paris hors les murs AP V, 238, Paris, Blancs Manteaux AP VI, 687. Target war Abgeordneter v. Paris hors les murs.

Der Inhalt der 31 Artikel ist kurz folgender: Die Regierungen sind für das Glück der Menschen eingesetzt, ihre Aufgabe ist der Schutz der Menschenrechte. Sie sind für das Interesse der Regierten da und bilden kein Eigentum der Regierenden (vergl. Mounier A 2). Das Leben, sein Körper, seine Freiheit, seine Ehre und alle Dinge, über die der Mensch ausschließlich verfügen kann, bilden sein Eigentum und seine Rechte. Die Regierung ist verpflichtet, jedermann gegen die Attentate auf sein Leben und seine Person zu schützen. Sie schuldet jedem die Mittel zum Unterhalt, sei es durch Eigentum, Arbeit oder Unterstützung. Artikel 7 enthält in Anlehnung an Sieyès A 5 und 7 Gedankenfreiheit, wirtschaftliche Freiheit, Bewegungsfreiheit mit den gleichen Einschränkungen wie dort. Artikel 8 ist sehr originell. Im „ordre moral“ gibt es Handlungen, die zwar erlaubt, aber nicht ehrenhaft sind, im „ordre civil et politique“ ist aber alles erlaubt, was nicht verboten ist.<sup>20</sup> Das Gesetz ist auch hier der Ausdruck des Allgemeinwillens. Den Inhabern der öffentlichen Gewalt ist alles verboten, was ihnen nicht erlaubt ist (Art. 11). Die natürliche Freiheit des Menschen hat keine andern Schranken als die Rechte der Mitmenschen, selbst das Gesetz kann ihr keine andern Grenzen setzen. Alle Menschen haben ein Recht auf Ehre, und das Gesetz soll sie vor Verleumdung und Beschimpfung schützen. Artikel 15—20 beschäftigen sich ausführlich mit dem Eigentum. Es ist unverletzlich. — Niemand braucht sein Eigentum zu opfern, selbst der Gesellschaft nicht; nur im Falle einer dringenden Notwendigkeit kann die Gesellschaft sich seiner bemächtigen, jedoch nur nach vorheriger, zum mindesten gleichwertiger Entschädigung (Paris hors 19, Blancs Manteaux 3). — Nur nach Zustimmung der Nation kann ein Teil des Eigentums zum öffentlichen Unterhalt verlangt werden (Art. 17).

Die Sätze 20 und 22 erinnern stark an Sieyès A 30, 31. Alle Ämter sind Eigentum der Gesellschaft und jeder Inhaber, der sich gegen die Rechte der Menschen vergeht, ist strafbar. Ausgenommen ist allein die Person des Königs. Art. 22: Die Verschiedenheit der Mittel kann keine Ungleichheit der Rechte herbeiführen. Privilegien sind unnatürlich. Die Strafen müssen für alle die gleichen

---

20. Für den 2. Teil s. Mounier A 7.



sein (Sieyès A 15—18). Der nächste Satz fordert die freie Zulassung zu den Aemtern allein auf Grund der Talente und Fähigkeiten. — Kein Beruf kann für „vil ou dérogeant“ angesehen werden (Art. 24). Die Rechte des Menschen sind unveräußerlich und unverjährbar. Kein Mensch, kein Volk kann oder will diese Rechte jemals aufgeben. Jede politische Körperschaft, in der diese Rechte in Gefahr sind, hat keine Regierung, sondern ist eine Räuberbande (brigandage). (Art. 25.) Art. 28—31 zeigen dann deutlichen Einfluß der Exposition raisonnée von Sieyès. Wie der Mensch, so hat auch jede Gesellschaft die Fähigkeit, zu wollen und zu handeln d. h. die legislative und exekutive Gewalt. Die Definition der Verfassung deckt sich fast genau mit der von Sieyès. Artikel 30 enthält die Verteilung der beiden Gewalten. Die Exekutive muß stark genug sein, um schädliche Handlungen anderer unterdrücken zu können, aber zu schwach, um auf die Legislative übergreifen zu können. Der letzte Artikel bringt dann die Unterscheidung von *pouvoir constituant* und *pouvoirs constitués*.

Bei Target siegt der Individualismus auf der ganzen Linie. Der Staat wird nur noch als Versicherungsinstitut für die Menschenrechte geduldet. Das Gesetz darf nur das verbieten, was einem andern Menschen schadet. Ueberall wittert Target ein Attentat oder die Möglichkeit eines Attentates auf die Freiheit des Individuums und sucht Abwehrmaßnahmen dagegen. Den schärfsten Ausdruck findet dies in der Formulierung, daß jede Vereinigung, in der die Menschenrechte auch nur in Gefahr sind, eine Räuberbande sei. Bezeichnend ist auch der Unterschied, der zwischen dem Bürger und dem ausführenden Organ des Staats gemacht wird. Dem ersteren ist alles erlaubt, was nicht verboten ist und dem letzteren alles verboten, was ihm nicht ausdrücklich erlaubt ist. Dieser fast feindseligen Stimmung gegen den Staat entspricht es auch, wenn das Wort „citoyen“ ängstlich vermieden wird, und dafür stets „homme“ gebraucht wird, auch da, wo man unbedingt das erstere erwarten würde.

Fast auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht Servan, der einzige Nichtdeputierte, der der Nationalversammlung eine Erklärung<sup>21</sup> einreichte. Sie wurde schon am 30. April in den Büros

---

21. *Projet de déclaration des droits de l'homme et du citoyen*. AP VIII, 306, Journal II, 237, vergl. Rees S. 205 ff.

diskutiert. Ihr Verfasser war Advokat am Parlament in Grenoble und ein begeisterter Anhänger Rousseaus. Jede Gesellschaft ist nach ihm das Ergebnis eines Vertrags aller ihrer Mitglieder. Der Gesellschaftsvertrag ist und kann nichts anderes sein als die Vereinigung aller zum Vorteil der einzelnen (C. S. II, 5). Alles, was das allgemeine Wohl betrifft, kann nur durch den allgemeinen Willen, das Gesetz, bestimmt werden (C. S. II, 4). Niemand ist verpflichtet einer anderen Autorität zu gehorchen als der des Gesetzes. Da das Gesetz der Ausdruck des allgemeinen Willens ist, so gehört die legislative Gewalt allen (C. S. II, 6). Wenn diese Gewalt auch nicht gut durch alle ausgeübt werden kann, so kann sie es auch nicht unwiderruflich durch einen Einzelnen. Auch Vertretern kann sie nur unter Bedingungen anvertraut werden, die genau dem Ziel jeder Gesellschaft entsprechen. Dieses Ziel läßt sich zusammenfassen in die „liberté civile“, die in der vollen Ausübung der eigenen Fähigkeiten besteht, soweit sie nicht durch das Gesetz untersagt ist. Diese Fähigkeiten reduzieren sich auf die Verfügung über seine Gedanken, seine Person und sein Eigentum.

Die „liberté civile“ ist der Angelpunkt jeder wahren Gesetzgebung. Der 11. Artikel zeigt nun, wie die verschiedenen Gesetze diese „liberté civile“ schützen sollen. Die Gliederung in politische, zivile, kriminelle und religiöse Gesetze schließt sich wieder eng an Rousseau an.<sup>22</sup> Die politischen Gesetze beschäftigen sich mit der legislativen und exekutiven Gewalt. Der Exekutive soll es nie an Macht fehlen, Gehorsam gegen die Gesetze zu erzwingen, aber immer daran sie zu verletzen. Die zivilen Gesetze sollen den uneingeschränkten Gebrauch des Eigentums insoweit einschränken, als es das öffentliche Interesse verlangt; die Strafgesetze sollen so beschaffen sein, daß niemand eine ungerechte Strafe befürchten muß. Die religiösen Gesetze entsprechen der bürgerlichen Freiheit, wenn sie für die Moral allgemein nützliche Handlungen vorschreiben, aber die Freiheit der Menschen durch Dogma und Kult nur so weit beschränken, als es zur Aufrechterhaltung der Moral nötig ist (C. S. IV, 8). Artikel 12 verlangt, daß jeder Bürger seine Gedanken frei mitteilen und veröffentlichen, frei über seine Person, seine Fähigkeiten und sein Eigentum verfügen dürfe, soweit das

---

22. C. S. II, 12.

Gesetz es nicht verbiete. Da die Rechte des Menschen und Bürgers illusorisch würden, sobald nicht die Gesamtheit über ihre Aufrechterhaltung wacht, so ist die Bildung von Nationalversammlungen die einzige Gewähr für die „liberté civile“.

Nach dem Ursprung dieser Gedanken brauchen wir nicht zu fragen, sie stammen aus dem *Contrat Social*.<sup>23</sup> Es handelt sich dabei aber nicht um bloße Entlehnungen einzelner Gedanken, sondern um die Herübernahme des ganzen Systems. Servan lehnt die Volksvertretung zwar nicht ab, schränkt sie aber doch wesentlich ein. Auch die ausdrückliche Formulierung des Unterwerfungsvertrags vermessen wir, aber er ist stillschweigend vorausgesetzt, wenn es z. B. heißt: „Jeder Bürger soll die Freiheit besitzen, sein Eigentum in der ganzen Ausdehnung zu genießen, die die Gesetze ihm gelassen haben (*lui auront laissé*)“.<sup>24</sup> Das ist deutlich, nicht mehr das Gesetz wird beschränkt wie beim eigentlichen Menschenrecht, sondern gerade umgekehrt. Servan gebraucht auch nie den Ausdruck natürliche Freiheit, sondern immer nur „liberté civile“, ein Begriff, der deutlich aus Rousseau<sup>25</sup> stammt und die der Mensch nicht von der Natur empfängt, sondern dem Staate verdankt. Auffallend ist noch, daß die Gleichheit keinen besonderen Ausdruck gefunden hat, sie scheint so selbstverständlich zu sein, daß er sie gar nicht besonders betont. Sie ist aber überall deutlich vorausgesetzt.

Auf der gleichen Linie liegen die Ausführungen Crenière's vom 1. August, die er in 9 Sätze zusammenfaßt<sup>26</sup> und die ebenfalls als Erklärungsprojekt gelten sollen: Die Beauftragten, nicht die Vertreter der französischen Nation, erklären für immer folgende Rechte: Da der Wille der Mehrheit das Gesetz für alle ist, so hat jeder Bürger das Recht an seiner Bildung mitzuwirken. Jeder Bürger ist dem Gesetz unterworfen und darf keinesfalls gezwungen werden, einem privaten Willen zu gehorchen. Er hat das Recht an der „Institution“ der exekutiven Gewalt mitzuwirken, die Erhaltung, Abschaffung bestehender Gesetze oder Institutionen und die Schaf-

---

23. Die Erklärung ist noch stärker von Rousseau beeinflusst als Rees S. 205 meint. Klövekorn begnügt sich damit, das Projekt gerade zu erwähnen.

24. Artikel 12.

25. C. S. I, 8.

26. Vergl. AP VIII, 319, PV no. 38.

fung neuer zu verlangen. Da die exekutive und institutive Gewalt dem Volk gehören, hat jeder Bürger das Recht an ihrer Organisation mitzuwirken. Die Ausübung der Gewalten kann Beauftragten übergeben werden. Zeitpunkt und Dauer der Nationalversammlungen können durch den Willen der Bürger oder ihrer Beauftragten festgesetzt werden. Da diese Rechte natürlich und unveräußerlich sind, sollen sie auch unverletzlich und heilig sein. Ihre Verletzung ist ein Nationalverbrechen. Da diese Rechte allen Bürgern gehören, so sind alle vor dem Gesetz frei und gleich, haben alle die gleichen Rechte, die gleichen Pflichten und Verpflichtungen. —

Alle diese Rechte lassen sich zusammenfinden in das Recht der Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht, an seiner Bildung mitzuwirken. Dies ist wieder ganz wie bei Rousseau gedacht und es ist mir völlig unverständlich, wie Rees gerade von Crenière behaupten konnte, er stehe in schroffem Gegensatze zu Rousseau und zwar einzig deshalb, weil er dem Menschen im Naturzustand jegliches Recht abspricht.<sup>27</sup> Der Einfluß des *Contrat social* zeigt sich auch ganz deutlich in dem Begriffe der „Institution“ der exekutiven Gewalt.

Eine letzte Arbeit, die noch für das Verfassungskomitee bestimmt war, ist die von Thouret<sup>28</sup> vom 1. August. Der ganze Aufbau und zahlreiche Einzelgedanken lehnen sich, wie schon das Wort *reconnaissance* zeigt, eng an Sieyès an. Daneben dient als seine Hauptquelle das cahier seines Heimatbezirks Rouen.<sup>29</sup> In 7 Paragraphen entwickelt der Verfasser seine Gedanken.

§ 1. Die Natur hat den Menschen zum Streben nach Glück bestimmt. Die Gesellschaft führt ihn zu diesem Ziel. Die Regierung ist für den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte eingesetzt und darf diese nicht verletzen.

§ 2. Das erste Recht des Menschen ist der Besitz und die Freiheit seiner Person. Daraus werden abgeleitet a) niemand darf in seiner Tätigkeit eingeengt oder willkürlich verhaftet werden, b) das

---

27. Vergl. seine Rede vom 1. 8.; Rees S. 206.

28. *Analyse des idées principales sur la reconnaissance des droits de l'homme en société et sur les bases de la constitution présentée au comité de constitution* AP VIII, 325 no. 38.

29. AP V, S. 597. Die Artikel dieses „cahier“ werden im folgenden als Rouen 1 usw. zitiert.



Recht auf freie Arbeit, auf die Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses und Abschaffung der lettres de cachet (Rouen 2—4, Sieyès).

§ 3. Es ist ein Recht jedes freien Menschen, Eigentum zu erwerben, zu besitzen und es zu beschützen (Mass. 1).<sup>30</sup> Daraus folgt Verbot der Enteignung außer im Falle einer öffentlichen Notwendigkeit nach entsprechender Entschädigung (Rouen 5) und das Steuerbewilligungsrecht.

§ 4 bringt das Recht der Gleichheit. Im Naturzustand hat jeder das gleiche Recht auf alles, was zur Natur des Menschen gehört. In der Gesellschaft herrscht Gleichheit, da keiner mehr oder weniger Bürger sein kann. Alle haben das gleiche Recht auf die Vorteile der Gesellschaft, auf alle Aemter und werden auch gleichermaßen zu Steuern herangezogen. (Sieyès A 17, 24, Target 23). Im „ordre legal“ sind Gesetze und Strafen für alle die gleichen (Sieyès A 18).

§ 5. Aus der Verpflichtung, die individuellen Rechte zu schützen, ergeben sich für die Nation folgende Rechte: Die Gesetze gemeinsam mit dem König zu erlassen (Rouen 1), Regelung und Kontrolle der öffentlichen Ausgaben, Ueberwachung der Exekutive, aus der dann die Verantwortlichkeit der Beamten (agents) folgt.

§ 6. Um das Ziel der Gesellschaft zu erreichen, ist eine Organisation der öffentlichen Gewalten nötig. Diese gehen alle vom Volk aus und können sich weder selbst konstituieren, noch ihre Verfassung ändern. Das pouvoir constituant ruht allein in der Hand der Nation. Die Nation hat jedesmal, wenn ihre Sicherheit, ihr Eigentum, ihr Glück es verlangen, das unbestrittene Recht, die Verfassung zu reformieren. Der letzte Satz zeigt große Ähnlichkeit mit Virginien 3, während der ganze Abschnitt mit Sieyès übereinstimmt.

§ 7. Es gibt vier Gewalten: die Legislative, die der Nation zusteht, die Exekutive, die dem König gehört (Rouen 1), die Administrative in der Hand der Provinzial- und Munizipalversammlungen und die richterliche Gewalt in der Hand der Gerichtshöfe. Von der regelmäßigen Organisation, den Wechselbeziehungen, der

---

30. Mass. I, „Tous les hommes ont .... le droit d'acquérir des propriétés, de les posséder et de les protéger“.

Trennung und Unabhängigkeit der vier Gewalten hängt eine gute Verfassung ab (Sieyès).

Trotz der Einteilung in Paragraphen und der größeren Kürze entspricht der Plan der Arbeit ganz dem von Sieyès. Auffallend ist nur ihr konservativer Zug, der sich sowohl in den Artikeln über den König äußert, die wahrscheinlich von Montesquieu beeinflusst sind, wie in der Tatsache, daß die Erklärung nur einen Teil der Verfassungsprinzipien (*bases de la constitution*) darstellt. Die originelle Vierteilung der Gewalten rührt wohl daher, daß Thouret von der Praxis ausgeht und für den König, die Nationalversammlung, die Parlamente und Provinzialstände je eine entsprechende Gewalt sucht.

Im Zusammenhang mit der Forderung einer Rechte- und Pflichtenerklärung liegen uns vom 4. August zwei Arbeiten vor, die diesem Wunsch gerecht zu werden suchen. D'Aravay, ein Mitglied des Klerus, schlägt 5 Artikel<sup>31</sup> vor, die die Hauptpflichten jedes Franzosen enthalten sollen: er verlangt Achtung vor Gott und der Religion (1), Achtung vor dem König, dessen Person geheiligt und unverletzlich ist (2). Die erste Tugend ist die Unterwerfung unter das Gesetz, jeder Widerstand dagegen ist ein Verbrechen (3). Jeder soll im Verhältnis seines Eigentums zu den Kosten beitragen, die zur Verteidigung des Staates und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe notwendig sind (4). Und endlich soll jeder die Rechte anderer schützen. Irgendwelche Bedeutung kommt diesem Entwurf aber nicht zu, er trägt auch nur skizzenhaften Charakter und läßt ganz im Dunkeln, wie diese Pflichten mit den Rechten verbunden werden sollen. Die Mehrzahl dieser „Pflichten“ finden sich außerdem auch in verschiedenen „Rechte“-Erklärungen.

Wesentlich besser gelungen ist ein Versuch Sinetys, Rechte und Pflichten organisch miteinander zu verbinden. Er stellt jedem Rechteartikel in der 2. Spalte einen Pflichtenartikel gegenüber, der sofort die Ergänzung bzw. Einschränkung zu dem eben erwähnten Recht bringt. Die Arbeit<sup>32</sup> ist schwer zugänglich, da sie in unseren

---

31. AP VIII, 341.

32. *Projet de déclaration des droits de l'homme et des devoirs du citoyen*. Versailles 4. 8. 1789. Das Projekt, das sich im 1. Bd. d. Schriften zur frz. Revolution der U.B. Göttingen findet, ist im Anhang dieser Arbeit abgedruckt.

gewöhnlichen Quellen nicht zu finden ist. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß sie bisher nie zur Untersuchung herangezogen wurde. Bei der nun folgenden Besprechung sollen zuerst die Rechte und dann die Pflichten behandelt werden.

Dem Ganzen geht eine Präambel voraus. Die Vertreter der Nation sollen den Staat regenerieren. Sie sind der Ueberzeugung, daß die Gesellschaftsordnung und jede gute Verfassung unveränderliche Prinzipien zur Grundlage haben soll, daß der Mensch sich der Gesellschaft unterwirft, um seine Rechte unter gemeinsamen Schutz zu stellen, daß der Mensch geheiligte Pflichten gegen seinesgleichen und die Gesellschaft zu erfüllen hat, daß die Wechselbeziehungen zwischen diesen Pflichten und natürlichen Rechten immer den friedlichen Genuß der letzteren sichern. Infolgedessen anerkennen sie in Gegenwart des „suprême Législateur de l'Univers“ feierlich die natürlichen Rechte des Menschen und die Pflichten des Bürgers.

Jeder Mensch hat von Natur das Recht, für seine Erhaltung zu sorgen und nach dem Glück zu streben. Um dies zu verwirklichen, hat er von der Natur Fähigkeiten erhalten. In ihrer Ausübung besteht die Freiheit, aus ihrem Gebrauch leitet sich das Eigentumsrecht ab. Jeder hat ein gleiches Recht auf seine Freiheit und sein Eigentum. Leben, Freiheit, Ehre, Arbeit und alles, über was der Mensch ausschließlich verfügt, bilden sein Eigentum und seine Rechte. Die Ungleichheit der Mittel ist in der Natur begründet und die Gesellschaft ist dazu bestimmt, die Gleichheit der Rechte inmitten der Ungleichheit der Mittel aufrecht zu erhalten (Sieyès). Dies geschieht durch die Gesetze.

Jeder hat das Recht, der Gesellschaft nach seinen Fähigkeiten und Talenten zu dienen und zu jedem öffentlichen Amt berufen zu werden (Target 23). Da das Gesetz Ausdruck des Allgemeinwillens ist, hat jeder Bürger das Recht selbst oder durch Vertreter an seiner Bildung mitzuwirken (Mounier A 6, Sieyès A 26). Nur kraft des Gesetzes und nach den von ihm vorgeschriebenen Formen kann ein Bürger angeklagt oder im Gebrauch seines Eigentums und seiner Freiheit gestört werden. Das Strafmaß soll den Verbrechen entsprechen. Da das Gesetz die geheimen Verbrechen nicht belangen kann, so soll die Religion und Moral es ergänzen (Art. 11). Der Mensch ist darüber nur Gott und seinem Gewissen

verantwortlich. Die Aufrechterhaltung der Religion fordert einen öffentlichen Kult. Wer ihn nicht stört, kann nicht beunruhigt werden. Artikel 13 proklamiert die Gedankenfreiheit. Die Garantie der Menschenrechte erfordert eine öffentliche Macht. Sie ist für den Vorteil aller und nicht für den der zeitweiligen Inhaber eingerichtet (Mounier A 2). Ihre Erhaltung erfordert eine allgemeine Steuer. Aber jeder Bürger hat das Recht, sie frei zu bewilligen und ihre Verwendung und Dauer zu bestimmen. Eine gute Verfassung kann als Grundlage nur die Garantie der Rechte und Pflichten des Bürgers, die Aufstellung der Gesetze und die Trennung der Gewalten haben.

Diesen 16 Rechteartikeln stehen nun ebensoviele Pflichten gegenüber. Nur die genaue Kenntnis des Etre suprême kann das wahre Glück, nur der Patriotismus und die gegenseitigen Pflichten das Wohlergehen und die Freiheit des Menschen sichern. Die Achtung vor den Rechten anderer und die Unterwerfung unter die Gesetze ermöglichen allein den freien Gebrauch der Fähigkeiten (Mounier B 5). Attentate auf das Eigentum anderer sind tödliche Verbrechen. Nur die Gesetze können die „double relation des droits et des devoirs“ (Mounier B 6) aufrecht erhalten und müssen deshalb geachtet werden. Tugend, Patriotismus und Talente sind die einzigen Rechtsansprüche, die jeder auf die Ausübung der öffentlichen Ämter hat. Niemand darf das Gesetz umgehen. Jede Autorität kann nur im Namen der Gesetze befehlen. Niemand darf einen Verbrecher dem Gesetz entziehen, weder Rang noch Stellung dürfen vor Bestrafung schützen (Mounier B 19). Gott allein steht es zu, die Herzen zu erforschen, deshalb darf niemand in seiner religiösen Meinung gestört werden, aber alle schulden dem öffentlichen Kult eine unbedingte Achtung. Niemand soll durch Wort oder Schrift die öffentliche Ordnung oder die Ehre seiner Mitbürger angreifen. Jeder Inhaber eines öffentlichen Amtes ist der Nation verantwortlich (Seyès A 31). Niemand darf seine Steuer hinterziehen. Der Mensch verdankt alles der Gesellschaft, die ihm seine Freiheit und sein Eigentum sichert, aber die sicherste Garantie des Glücks des einzelnen ist der Patriotismus aller.

Die Rechteartikel zeichnen sich durch eine knappe und präzise Fassung aus. Einer ist logisch aus dem andern entwickelt. Es zeigt sich eine deutliche Scheidung in natürliche Rechte (1—6)



und Rechte in der Gesellschaft (7—16). Das Projekt trägt einen gemäßigten Charakter. Neu ist die starke Betonung der Religion, des *culte public* und der „*Société*“. Die Entwicklung der einzelnen Rechte und namentlich die starke Betonung des Eigentumsrechts zeigen physiokratischen Einfluß. Auf ihn ist wahrscheinlich auch der Gedanke der gleichzeitigen Rechte- und Pflichtenerklärung zurückzuführen. Bei den gelegentlichen Uebereinstimmungen mit Sieyès und Mounier handelt es sich wohl nicht immer um Entlehnungen, da die betreffenden Gedanken meist weit verbreitet sind. Amerikanischer Einfluß ist nirgends zu spüren. Die Pflichtenartikel bringen zu den einzelnen Rechten häufig nur eine nähere Umschreibung oder Abgrenzung. Völlig neue Gesichtspunkte finden sich selten in ihnen, aber sie sind wertvoll, um festzustellen, was ein so konservativer Abgeordneter wie Sinety unter dem Begriff „Pflicht“ versteht.

Von besonderer Bedeutung ist nun die Tatsache, daß die Erklärung des 6. Büros,<sup>33</sup> die später die Grundlage für die weitere Diskussion in der Nationalversammlung bildete, fast wörtlich mit den Rechteartikeln von Sinety übereinstimmt.<sup>34</sup> Die Präambel ist die gleiche mit Ausnahme der Stellen, wo von Pflichten die Rede ist. Art. 1—6 decken sich dann mit Sinety 1—6. Die Sätze 7 und 8 zeigen zwar eine stärkere Anlehnung an Mounier A 5, 6, doch finden sich auch bei Sinety deutliche Parallelen,<sup>35</sup> 9 und 10 stammen dann wieder aus dem 6. Sinety'schen Rechte- und Pflichtenartikel. Die Sätze 11—20 sind im wesentlichen identisch mit Sinety 7—14, wobei gelegentlich auch die Pflichtenartikel herangezogen werden, 21 und 22 entsprechen Sinety 15, doch ist die Definition der Steuer als eine „*portion retranchée*“ des Eigentums neu. Die Beamtenverantwortlichkeit ist etwas schärfer als bei Sinety Pflichten 14 formuliert. Der letzte Artikel (24) ist unter Anlehnung an Sinety wieder etwas selbständiger.

---

33. *Projet de déclaration des droits de l'homme et du citoyen discuté dans le 6. bureau de l'assemblée nat.* AP VIII, 431 PV no 52. Vergl. Rees S. 202 ff. Klövek. 173. Wie Klövek. hier direkt oder indirekt amerik. Einfluß spüren will, ist mir nicht klar. Die Beziehungen d. Projekts zu dem v. Sinety kennt er ebensowenig wie Rees.

34. Vergl. d. Gegenüberstellung d. beid. Erklärungen im Anhang.

35. Sinety Pflichten III und VI.

Die Beantwortung der Prioritätsfrage wird nun dadurch erschwert, daß wir für die Erklärung des 6. Büros keine genaue Datierung besitzen. Gouges-Cartou erwähnt sie am 17. August unter seinen Vorbildern zum ersten Mal. Am 18. August veröffentlicht sie der Procès-verbal und am 20. August, nach ihrer Annahme am vorhergehenden Tag sagt Anson, ein früheres Mitglied des Büros, dieses würde sich über die Annahme wundern, wenn es noch bestehen würde.<sup>36</sup> Es muß also inzwischen die monatliche Neubildung der Büros vorgenommen worden sein, wann, wissen wir aber nicht. Die Veröffentlichung des Procès-verbal spricht für eine Entstehung kurz vorher. Dazu kommt, daß die enge, ja fast absolute Einheit, die zwischen den Rechten und Pflichten bei Sinety herrscht, jeden Gedanken daran abweist, daß ihr Verfasser seine Pflichtenartikel an eine schon vorhandene Rechteerklärung angefügt habe. Auch die teilweise Mitbenützung der Pflichtenartikel in dem Projekt des 6. Büros spricht deutlich für die Originalität des Sinety'schen Entwurfs.

Nach einer längeren Pause reicht Bouche am 12. August seine „Charte contenant la constitution française dans ses objets fondamentaux“ ein.<sup>37</sup> Sie zeichnet sich den bisherigen Erklärungen gegenüber durch die innige Verschmelzung der Rechte mit Verfassungsbestimmungen aus. Daher rühren auch die 81 Artikel, die höchste Zahl, die ein Entwurf erreichte.

Die Präambel beginnt mit einer Anrufung Gottes, des Gesetzes, des Vaterlandes und des Königs. Die Einleitung ist ganz historisch und geht davon aus, daß die politischen und sozialen Umwälzungen die französische Verfassung verändert hätten und daß die Nation sie deshalb durch ihre Vertreter habe wiederherstellen lassen. Sie sei zusammengefaßt in folgende Grundsätze, die die „Charte“ der Rechte des Menschen, des Bürgers, der Monarchie und der französischen Untertanen werden solle:

Die Gesellschaft, deren Ziel im Glück aller und jedes einzelnen besteht, ist aus einem freien Vertrage hervorgegangen. Dabei hat der einzelne seine Freiheit nicht aufgegeben und für den Verzicht auf gewisse Rechte die Sicherheit eingetauscht. Gesetze, Pflichten

---

36. AP VIII, 461.

37. AP VIII, S. 400 ff. Vergl. Rees S. 174 ff.

und Strafen, Schutz und Sicherheit sind für alle die gleichen. So wird die natürliche Ungleichheit durch die Gleichheit vor dem Gesetz aufgehoben. Die Gesellschaftsglieder haben sich nach dem Wohl aller und nicht nach ihrem persönlichen Vorteil zu richten. Den Menschen in der Gesellschaft ziemt Mitleid und Wohltätigkeit (8). Artikel 9—14 entwickeln die Pflichten, darunter die Vaterlandsliebe und die Religion. Artikel 15 betont die wirtschaftliche Freiheit im Anschluß an Sieyès A 6—8. Mehr als alle anderen Völker besitzen die Franzosen die Freiheit, sie haben besondere Nationaltugenden. Jeder Sklave, der französischen Boden betritt, erhält seine Freiheit zurück. — Frankreich ist eine Monarchie, in der ein Einzelner nach festen und fundamentalen Gesetzen regiert. Die Nation besitzt die Legislative, der König die Exekutive, doch bedarf das Gesetz der Sanktion des Königs. Die Sätze 25—30 befassen sich mit der Erbfolge und der Regentschaft (*cahiers*). Die Person des Königs ist geheiligt, er hat das Recht, seine Minister frei zu wählen, doch sollen sie möglichst das Vertrauen der Nation besitzen; sie sind der Nation verantwortlich.

Artikel 33—39 beschäftigen sich mit der Gerichtsbarkeit. Neben reinen Verwaltungsbestimmungen enthalten sie die Verwerfung der *lettres de cachet* und die Forderung nach Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses. Jeder, der nicht im Namen des Gesetzes handelt, begeht ein Nationalverbrechen. — Der Monarch erklärt Krieg und Frieden, und schließt Verträge ab, doch steht der Nation das Recht zu, sie nachzuprüfen. Er kann keine Steuern ohne Zustimmung der Nation erheben. Die Steuer ist nur der Preis für die öffentliche Sicherheit. Sie soll von allen Untertanen ohne Unterschied bezahlt werden. Die Strafprozeßstimmungen (47—49) sind kurz und allgemein gefaßt. Fast reaktionär muten uns die Artikel über die Religion an. Die römisch-katholische Religion soll die einzig öffentlich herrschende Nationalreligion sein (50). Niemand kann aber in seinen religiösen Anschauungen gestört werden, wenn er die öffentliche Ordnung und den nationalen Kult nicht stört. Die Gedanken- und Pressefreiheit (52) wird nach Sieyès A 5 proklamiert. Werke über die Staatsreligion unterliegen aber der Zensur. Der Artikel über die Enteignung lehnt sich an Target 16 an. Artikel 55—70 beschäftigen sich mit der Bildung und den Aufgaben der Nationalversammlung und der Provinzialstände. — Der

Monarch ist der Oberbefehlshaber über die Miliz und die Armee, doch kann sie gegen Bürger nur auf Verlangen der Städte und Provinzen verwendet werden. Jeder hat ein gleiches Recht auf die öffentlichen Aemter (Target 23 und Sinety 7). Die Artikel 76—78 beschäftigen sich mit dem Adel, 79—80 mit dem Klerus.

Die Charte von Bouche kann nicht mehr als Rechteerklärung im strengen Sinne gelten. Die Erklärung ist nicht nur zu einem Teil der Verfassung geworden, sondern Erklärung und Verfassung gehen ineinander über. Trotzdem macht die Arbeit deutlich Anspruch darauf als Rechteerklärung zu gelten. Es geht ein stark national-konservativer Zug durch sie. Nationaltugenden und -pflichten nehmen deshalb einen breiten Raum ein. Auch seine monarchische Gesinnung verhehlt der Verfasser keineswegs. Als Quelle dienen ihm die cahiers und ganz besonders das seines Wahlbezirks Aix;<sup>38</sup> darüber hinaus zeigen sich noch Parallelen zu Sieyès.

Am gleichen Tag bringt der Procès-verbal auch noch den Abdruck der „Idées sur les bases de toute Constitution“ und der „Principes de toute Constitution“ von Rabaud de Saint-Etienne.<sup>39</sup> Die erste Schrift ist mehr eine allgemein-theoretische Untersuchung, deren Ergebnisse dann in der zweiten nach Art einer Rechteerklärung zusammengefaßt werden. Wir müssen uns hier auf die letztere beschränken. Sie ist in fünf Abteilungen eingeteilt, die er „Artikel“ nennt.

Artikel I. Vom natürlichen und unveräußerlichen Recht des Menschen in der Gesellschaft: Jeder Mensch hat das Recht zu existieren, für sein Leben zu sorgen und es so glücklich wie möglich zu gestalten. Zur Erhaltung dieser Rechte wurde die Gesellschaft gegründet. Alle vereinigen sich mit den gleichen Rechten, ohne daß jemand das Recht mitbringt, andern zu schaden, also sind alle gleichermaßen frei. Die Gesellschaft kann ihnen diese Freiheit nicht nehmen, zu deren Schutz sie sich vereinigt haben. Daher bleibt jeder frei, die Mittel der Natur zu verwenden und die Gesellschaft soll nur verbieten, den Rechten anderer zu schaden. Jeder ist frei zu denken, zu sagen, zu schreiben oder zu tun, was andere nicht beeinträchtigt. Jeder ist Herr über seine Person und niemand

---

38. AP 1, 695 ff.

39. AP VIII, 403, 406 ff. PV no 48. Vergl. Rees 203 ff.



darf sich gegen die individuelle Freiheit eines andern vergehen. Die Gesellschaft kann nur die Ausübung der Fähigkeiten verbieten, die andern schaden. Alles, was das Gesetz nicht verbietet, ist erlaubt.

Artikel II. Ueber die Gesetze: Zur Erreichung des Gesellschaftszieles haben die Menschen Gesetze geschaffen. Es sind freiwillige Verträge, die einmal zustande gekommen, für alle verbindlich sind. Ihr Ziel ist das Leben, die Freiheit, die Ehre, die Person und das Eigentum jedes einzelnen zu schützen (Thouret § 5, 1). Die Strafen sind die genauen Kompensationen für die Vergehen, sie sollen ihnen angemessen und für alle die gleichen sein (Sieyès A 18). Jeder soll nur kraft des Gesetzes und in der von ihm vorgeschriebenen Form verhaftet und verurteilt werden können (Sieyès A 20). Jeder ist verpflichtet zu den Steuern beizutragen.

Artikel III. Von der allgemeinen Zustimmung zu den Gesetzen: Die Gesetze sind für alle verbindlich und sollen auf freier Uebereinkunft aller beruhen. In Ermangelung der Einstimmigkeit ist die Minorität durch die Majorität gebunden. Ist die Nation zu zahlreich, so kann sie ihre Gewalten frei gewählten Vertretern übergeben, deren Beschlüsse aber nicht verbindlich sind, da die Nation ihre Rechte nicht veräußern kann.

Artikel IV. Von der Regierung: Die souveräne Gewalt gehört immer der Nation, alle Gewalten, die sie überträgt, gehen von ihr aus und sind ihr verantwortlich. Sie kann die legislative Gewalt nicht übertragen, da sie sonst aufhören würde, souverän zu sein, wohl aber die Exekutive und zwar an einen oder mehrere Menschen. Die Person des Königs ist unverletzlich und heilig, aber seine ausführenden Organe sind der Nation verantwortlich. Der nächste Abschnitt handelt von der Verteilung der Gewalten. Die Gewalten sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit, sowohl nach innen wie nach außen bestimmt. Die Nation bewilligt von sich aus die Steuern für ihre Verteidigung und Sicherheit, sowie die Aufrechterhaltung der Gesetze. Die verschiedenen Gewalten sollen verschiedenen Personen anvertraut werden.

Nach diesen Prinzipien würden Menschen, die die Mißbräuche der Zivilisation noch nicht kennen, ihre Verfassung bilden. Die Erfahrungen des Despotismus zwingen uns aber zu einer rigo-

roseren Erklärung. So nehme ich nach reiflicher Ueberlegung die Erklärung von Sieyès mit leichten Aenderungen an. So nennt uns der Verfasser am Schluß selbst sein Vorbild. Es handelt sich dabei aber mehr um eine prinzipielle Uebereinstimmung mit Sieyès als um eine wörtliche Abhängigkeit. Der Einfluß Rousseaus tritt etwas stärker hervor als bei seinem Vorbild, so namentlich in der Repräsentantenfrage. Der praktische Sinn von Sieyès tritt dafür etwas zurück.

Mit der Zunahme der Unselbständigkeit der verschiedenen Arbeiten verbindet sich meist ein immer größer werdender Umfang. Das zeigt sich deutlich an der Erklärung von Gouges-Cartou<sup>40</sup> vom 17. August. In einer langen Vorrede sucht er die Berechtigung einer weiteren Erklärung daraus abzuleiten, daß den bisherigen Projekten die innere Verbundenheit der Artikel untereinander fehle mit Ausnahme von Sieyès, dessen Gedankengänge aber zu willkürlich seien. „Eine Rechteerklärung soll die Grundlage jeder freien Verfassung bilden und muß deshalb nicht nur die Rechte des Individuums im Natur- und Gesellschaftszustand, sondern auch die Rechte der Gesellschaft enthalten. In der Präambel heißt es dann: „Diese Verfassung wird ein Vertrag sein, der den König und die Nation durch gegenseitige Verpflichtungen verbindet, die das allgemeine Wohl, die Liebe und das Vertrauen diktiert haben“.

Artikel 1—6 enthalten die Menschenrechte. Jeder hat das Recht für seine Erhaltung zu sorgen und glücklich zu sein (6. Büro 1). Dazu hat die Natur ihm einen Willen und geistige und physische Fähigkeiten gegeben, die er nach seinem Willen gebrauchen darf. Der Mensch ist also von Natur frei und gleich an Rechten, wenn auch nicht an Mitteln. (Sieyès A 16; 6. Büro 5, 6). Diese Rechte sind der freie Genuß der Ehre, des Lebens, der Freiheit, das Recht Eigentum zu erwerben, zu besitzen und es zu verteidigen durch Zurückweisung der Gewalt durch Gewalt, kurz, er hat das Recht seine Sicherheit und sein Glück zu suchen. (Mounier B 9, Mass. 1).<sup>41</sup> In den folgenden Artikeln (7—15) werden die Rechte

---

40. Projet de déclaration des droits présenté à l'assemblée nationale. AP VIII, S. 427 ff. PV no 51. Vergl. Rees, S. 191.

41. Mass. I. „... le droit d'acquérir des propriétés, de les posséder et de les protéger, enfin le droit de chercher et d'obtenir leur sûreté et leur bonheur.“

des Bürgers aufgezählt. Aus der Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes für die natürlichen Rechte ist die Gesellschaft entstanden. Sie ist das Ergebnis eines freien Vertrags aller Bürger, ihr Ziel ist das größte Wohlergehen aller und die Aufrechterhaltung ihrer Rechte (Sieyès A 1, 2). Dabei muß der einzelne Rechte, die andern schaden könnten, opfern. Dieses Opfer ist der Preis für die freie Ausübung der übrigen, die ihm die Gesellschaft garantiert. Die folgenden Sätze über die Ausübung der persönlichen Fähigkeiten, der Gedankenfreiheit, des Briefgeheimnisses und der wirtschaftlichen Freiheit sind nahezu wörtlich aus Sieyès A 4—7 entnommen. Aus Mounier B 12 stammt der Satz: alles, was durch das Gesetz nicht verboten ist, ist erlaubt . . .

Die Gesellschaftsrechte umfassen weitaus den größten Teil (16—71). Das Ziel der Gesellschaft ist das allgemeine Interesse, auf ihm allein sind die sozialen Unterschiede begründet (Mounier B 3). Die Gesellschaft hat, wie jeder Mensch im Naturzustand, eine absolute Macht über sich selbst, daher ruht die Souveränität in der Gesamtheit aller ihrer Mitglieder (C. S. II, 4. Der Anfang fast wörtlich). Nach Sieyès A 32 hat die Gesellschaft das Recht der Verfassungsreform, und kraft ihrer Souveränität besitzt sie die legislative, exekutive und richterliche Gewalt. Niemand kann seinen Mitbürgern Gesetze auferlegen. Das Gesetz kann nur der Ausdruck des Allgemeinwillens sein. Die Forderung nach Unterwerfung unter das Gesetz und nach einer unparteilichen Justiz decken sich mit Sieyès A 19 und 23. Eine Minderheit kann nie den Ausdruck des Allgemeinwillens hindern. Aus dem gleichen Anspruch auf die Vorteile der Gesellschaft und der Teilnahme an den öffentlichen Beratungen folgt dann die Versammlungsfreiheit. — Kraft ihrer Souveränität kann die Gesellschaft die Gewalten übertragen. Dann folgen die Artikel über die Beamtenverantwortlichkeit (Sieyès A 31), über den Zweck der Regierung (Mounier B 23), über die Beschränkung der Stellen und Pensionen (Sieyès B 37 und 38). Die Sätze 33—39 beschäftigen sich ausführlich mit der Rechtfertigung und Bildung der Volksvertretung, Artikel 40 mit der Gewaltenteilung. Die Artikel 41—46 enthalten die Strafprozeßbestimmungen. Der Richter hat nicht seinen sondern den allgemeinen Willen zum Ausdruck zu bringen. Die Feststellung der Tatsachen ist Aufgabe der Geschworenen. Artikel 43 über die

Rechte, die einem Angeklagten zustehen, ist fast wörtlich aus Massachusetts 12 übernommen. Artikel 45 ist eine Kombination aus Sieyès A 18 und Mass. 12. Artikel 46 bringt die Nachprüfung des Sachverhalts am Tatort (Mass. 13). — Die einzelnen Rechte bedürfen einer Garantie, dazu ist eine Armee notwendig (Sieyès A 9 und 10). Die Begründung der Steuern ist ähnlich wie bei Mounier B 20, ihre Definition und ihr Zustandekommen wörtlich vom 6. Büro 22 übernommen. Die Steuern sollen von der Legislative, aber nur auf ein Jahr bewilligt werden. Die Exekutive ist dazu bestimmt, die Kräfte des Staates zu leiten, sie dürfen aber nicht zur Unterdrückung des Volkes dienen. Das Heer darf deshalb nur auf Verlangen der Zivilbehörden gegen Bürger verwendet werden.

Im folgenden tritt der Verfassungscharakter immer mehr in den Vordergrund. Die Frage der Verteilung und Abgrenzung der verschiedenen Gewalten nimmt einen großen Raum ein. Das Gesetz braucht die Sanktion der Exekutive. Artikel 60 unterscheidet wie Rousseau<sup>42</sup> zwischen Monarchie, Aristokratie und Demokratie. Für ein großes Volk ist die Monarchie die gegebene Verfassungsform (C. S. III, 4—6, Montesquieu). Artikel 65 fordert die Absetzbarkeit der Beamten der legislativen und richterlichen Gewalt ähnlich wie Massachusetts 8. Der König aber ist unabsetzbar und für die Exekutive sind nur die Minister verantwortlich. Die beiden letzten Artikel handeln von der Religion. Sie soll dem Gesetz als Unterstützung gegen die geheimen Verbrechen dienen (= 6. Büro 16). Die Güte, Ordnung und Aufrechterhaltung einer Gesellschaft hängen deshalb wesentlich von der Frömmigkeit, der Religion und der guten Sitte ab (Mass. 33). Niemand aber darf in seinen religiösen Meinungen beunruhigt werden, solange er den öffentlichen Kult nicht stört (Mounier B 21).

Inhaltlich ist Gouges-Cartou wenig selbständig. Die meisten seiner Entlehnungen stammen aus Sieyès, doch werden auch Mounier und das Projekt des 6. Büros herangezogen. Für die Strafprozeßbestimmungen und die Religion benützt der Verfasser die Erklärung von Massachusetts als Vorbild.<sup>43</sup> Trotz der starken

---

42. C. S. III, 3.

43. Für d. Strafrechtsart. gibt Rees den amerik. Einfluß beschränkt zu, die Abhängigkeit d. Religionsart. übergeht er einfach.



Betonung des monarchischen Gedankens finden sich öfters fast wörtliche Zitate aus Rousseau, die mit der Vorstellung einer starken monarchischen Gewalt in Wirklichkeit unvereinbar sind. Da der Verfasser aus ihnen aber nie die tatsächlichen Konsequenzen zieht, so kommt es auch nicht zum offenen Konflikt zwischen den beiden Anschauungen. Die inhaltliche Unselbständigkeit der Arbeit wird durch die originellen Verbindungen und Ueberleitungen wieder einigermaßen ausgeglichen. Im Gegensatz zu Bouche ist seine scharfe Trennung zwischen Menschen-, Bürger- und Gesellschaftsrechten hervorzuheben.

Inzwischen hatte schon am 12. 8. die Nationalversammlung ein Komitee von 5 Personen beauftragt, bis zum 17. eine neue Redaktion einer Erklärung der Rechte auf Grund der vorhandenen Projekte einzureichen. Am 17. 8. verlas Mirabeau das Projekt im Namen des Komitees. Das Werk beginnt mit einer Präambel; die in der Unkenntnis und Mißachtung der Menschenrechte den einzigen Grund für die vorhandenen Uebelstände sieht. Die Erklärung soll diese Rechte wieder herstellen (*rétablir*), damit die Gesellschaftsglieder ständig ihre Rechte und Pflichten vor Augen haben und die Maßnahmen der Exekutive und Legislative mit dem Zweck jeder Gesellschaft verglichen werden können und so höher geachtet werden.

Darauf folgen die 19 Artikel des Entwurfs. Alle Menschen sind gleich und frei geboren. Jeder hat das gleiche Recht seine natürlichen Fähigkeiten auszuüben. Die einzige Schranke ist das Gewissen, das ihm verbietet, andern zu schaden. Die Anrufung des Gewissens ist durchaus originell, das übrige findet sich auch bei Lafayette und Sieyès. Artikel 2 bringt in fast wörtlicher Anlehnung an den *Contrat Social*<sup>45</sup> den Unterwerfungsvertrag. „Jedes Individuum stellt gemeinsam seine Person und seine Fähigkeiten unter die „*suprême direction de la volonté généralé*“ und die Gesellschaft nimmt ihn zu gleicher Zeit als Teil auf“. Alle Gewalten ruhen im Volk, jede Autorität geht von ihm aus (Laf.). Jede politische Vereinigung hat das unveräußerliche Recht, die Verfassung

---

44. *Projet d. déclar. d. droits de l'homme en société* AP VIII, 438 ff. PV no 51. Vergl. Rees 188 ff., Albrecht op. cit. S. 78 ff.

45. C. S. I, 4.

festzusetzen, zu ändern und umzugestalten, d. h. die Form seiner Regierung und die Verteilung der verschiedenen Gewalten. Die Einschränkung ist originell, das Reformrecht wohl aus Pennsylvania 5 übernommen. Das Ziel der Gesellschaft ist das allgemeine Wohl, sie ist nicht für das private Interesse eines Menschen oder einer Klasse von Menschen vorhanden (Mass. 7, Mounier B 2). Eine Nation soll keine anderen Gesetze anerkennen, als die sie oder ihre Vertreter ausdrücklich anerkannt haben. Das Gesetz ist der Ausdruck des Allgemeinwillens und soll allen Bürgern die Freiheit, das Eigentum und die bürgerliche Gleichheit garantieren. Der nächste Artikel (6) bringt eine nähere Definition der Freiheit im Sinn von Mounier A 7, neu ist dabei nur, daß daraus das Widerstandsrecht abgeleitet wird. Die Artikel 7—9 entwickeln die Freiheit im einzelnen. Der 7. bringt die Freiheit der Person, es handelt sich dabei um eine kurze ziemlich selbständige Zusammenfassung der verschiedenen Strafprozeßforderungen, der 8. Artikel die Freiheit der Gedanken und ihre Äußerung, die Wahrung des Briefgeheimnisses nach Sieyès A 5 und endlich der 9. die Bewegungsfreiheit (Sieyès A 7, Mounier B 12).

Zum Schutz der Bürgerrechte ist die Versammlungsfreiheit „zur Beratung über das öffentliche Wohl, zur Instruktion an die Abgeordneten und zur Abhilfe gegen Beschwerden“ erforderlich (Pens. 16. N. Carol. 18). Artikel 11 formuliert die wirtschaftliche Freiheit (Sieyès A 6), der nächste die Enteignung nur im Fall öffentlicher Notwendigkeit und gleichwertiger Entschädigung (Target 16). Jeder Bürger ohne Unterschied soll zu den öffentlichen Ausgaben beitragen und zwar im Verhältnis zu seinem Besitz (Mounier B 19, Mar. 13). Völlig neu ist der Artikel 14: Jede Steuer, die die Arbeit und den Fleiß entmutigt, die Begehrlichkeit erregt, die Sitten verdirbt und dem Volk den Unterhalt raubt, verletzt die Menschenrechte. Wir spüren hier deutlich physiokratischen Einfluß. Die Steuererhebung muß einer strengen Kontrolle unterworfen werden. Artikel 16 verlangt Sparsamkeit in der Verwaltung, Belohnungen dürfen nur gegen wirkliche Dienste verliehen werden (Sieyès B 39). Die bürgerliche Gleichheit ist nicht Gleichheit der Vermögen und Stellungen, sondern Gleichheit vor dem Gesetze. Artikel 18 bringt die Zulassung zu den Aemtern ähnlich wie bei Bouche 74 und Target 23. Der letzte Satz be-

schäftigt sich mit dem Heer. Seine Aufstellung und die Festsetzung seiner Zahl ist Sache der Legislative, das Heer soll immer der zivilen Autorität untergeordnet werden und auch immer nur auf Ansuchen der Zivilbehörden verwendet werden können. Diese Forderung haben wir schon verschiedentlich vorgefunden.<sup>46</sup>

Das Projekt trägt durchaus nicht den Charakter einer bloßen Kompilation. Mirabeau, der die Arbeit im wesentlichen mit seinen persönlichen Freunden Dumont, Duroveray und Clavière verfaßte, hat namentlich die wirtschaftliche Freiheit und das Steuerwesen stärker als gewöhnlich betont. Diese Ausführungen zeigen deutlich Vertrautheit und Bekanntschaft mit physiokratischen Anschauungen. Auch der Gedanke der Präambel, daß die Unwissenheit die Schuld für alle Mißstände trage, deckt sich mit den Anschauungen dieser Schule,<sup>47</sup> die Mirabeau schon durch seinen Vater bekannt waren. Schärfer als anderswo kommt auch der Rousseau'sche Unterwerfungsvertrag zu Wort, ohne daß der Verfasser aber weitere Konsequenzen daraus ziehen würde. Verschiedentlich zeigt sich auch eine direkte Beeinflussung durch amerikanische Quellen, was uns nach dem Brief an die Holländer nicht weiter Wunder nimmt.

Den Abschluß unserer ganzen Untersuchung sollen die „Articles proposés pour entrer dans la déclaration des droits“ von Boislandry bilden.<sup>48</sup> Sie stammen vom 21. August, also aus einer Zeit, in der die Erklärung des 6. Büros schon als Diskussionsgrundlage angenommen war. Es sind 74 Artikel, die in 8 Paragraphen eingeteilt sind und sich nicht gerade durch Originalität auszeichnen. Das meiste stammt wieder von Sieyès, aber auch die Erklärungen von Mounier, Target und Lafayette haben Beiträge geliefert. Zahlreiche Einzelbestimmungen hat Boislandry aus seinem cahier<sup>49</sup> übernommen. Aber auch Amerika<sup>50</sup> fehlt nicht unter den Quellen wie die Strafrechtsartikel und die Bestimmungen

---

46. Vergl. Gouges-Cartou 54/55; Sieyès A 13; Maryland 26; Delaware 19/20.

47. Mirabeau hat schon im *Essai sur le Despotisme* (3. Aufl. S. 209) ähnliche Gedanken ausgesprochen.

48. AP VIII, 468 ff.

49. Paris hors les murs. AP V, 238.

50. Rees S. 171 ff. übergeht diese einwandfreien Entlehnungen stillschweigend.

über das Heer zeigen. Die Herübernahme ist meist keine ganz wörtliche, sondern es werden kleine Kürzungen oder Erweiterungen vorgenommen und neue Anknüpfungspunkte gesucht. Die Arbeit zeigt deutlich, daß wesentlich Neues nicht mehr in die Debatte geworfen wurde und Originalität nur noch in der verschiedenen Zusammenstellung und dem Umfang der Artikel zu erhoffen war.

Der erste Paragraph umfaßt die Freiheitsrechte einschließlich der Strafprozeßbestimmungen. Die Einführung ist wie bei Lafayette. Alle Menschen sind von Natur frei und gleich. Freiheit, Eigentum, Ehre, Sicherheit und das Leben aller Menschen sind gleichermaßen geheiligt und unverletzlich. Niemand besitzt mehr Freiheit als ein anderer (= Sieyès A 17). Die Menschen können weder sich noch ihre Nachkommen dieser Rechte berauben (Target 25). Die Ungleichheit der Natur verschwindet vor dem Gesetz (= Sieyès A 16). Originell ist Artikel 6. Frankreich ist ein Land der Freiheit, wo niemand der „main morte“, der Leibeigenschaft und der Sklaverei unterworfen werden kann. Es genügt dort zu leben, um frei zu sein. — Erwerbsunfähige haben ein Recht auf Unterstützung (Sieyès A 25). Artikel 10 und 11 entwickeln weitgehende wirtschaftliche und Bewegungsfreiheit (Sieyès A 6, 7). Kein Beruf darf als entehrend angesehen werden (Target 24). Privilegien widersprechen der Freiheit und schaden dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft. Niemand ist verantwortlich für seine Gedanken, Gefühle und Anschauungen, selbst nicht in Sachen der Religion. Religions- und Kultfreiheit wird soweit gewährt, als die Ruhe und öffentliche Ordnung dadurch nicht gestört wird. Die Pressefreiheit stammt aus Mounier B 23, die Freiheit der Meinungsäußerung aus Sieyès A 5.

Artikel 19—28 enthalten eine Fülle von Bestimmungen über die Strafverfahren, die selbst die amerikanischen noch an Umfang übertreffen. Verurteilung nur nach dem Gesetz (Sieyès 20). Gesetze dürfen keine rückwirkende Kraft haben (Maryland 15). Verbrechen ist, was ändern schadet (Target 21). Der Artikel gegen die *lettres de cachet* zeigt zum ersten Mal die Abhängigkeit von dem *cahier Paris hors les murs* (4). Noch stärker zeigt sich das bei Artikel 25: Jeder Verhaftete soll in ein besonderes Gewahrsam, nicht das Gefängnis gebracht werden, er soll innerhalb 24 Stunden verhört werden (*Paris hors* 6). Jede Haussuchung oder Beschlagnahme



nahmung ist verboten (Mass. 14. Pens. 10). Gegen Kautions soll der Angeklagte entlassen werden (Paris hors 6), innerhalb von 3 Wochen abgeurteilt werden und zwar von 12 „Pairs“ oder Geschworenen. Die ersten Feststellungen haben immer am Tatort zu geschehen (Mary. 18). Die Tortur soll abgeschafft werden. Die Untersuchung und das Urteil müssen öffentlich sein. Den Angeklagten ist der freie Gebrauch ihrer natürlichen und gesetzmäßigen Verteidigungsmittel zu gewähren (Paris hors 11). Die Geldstrafen sollen nicht unerschwinglich hoch sein (Carol. 10). Die Gleichheit der Strafe wird im Anschluß an Mounier 19 verlangt. Die Güter der Schuldigen dürfen nicht konfisziert werden. Jeder unschuldig Angeklagte hat ein Recht auf Entschädigung. Diese Artikel sind im allgemeinen französischen Inhalts wie ein Vergleich mit den „cahiers“ und „remontrances“ der Parlamente zeigen kann. Daneben kennt der Verfasser aber bestimmt die amerikanischen Erklärungen und zieht sie auch gelegentlich als Quellen heran.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit dem Eigentum. Es ist unverletzlich. Enteignung kann nur im Falle einer Staatsnotwendigkeit und nach vorheriger Entschädigung vorgenommen werden (Paris hors 19). Die Bestimmungen über die Wege und schiffbaren Flüsse, über die Vernichtung von schädlichem Wild sind wörtlich aus den cahiers Paris hors les murs 24, 26 übernommen. — Für den Schutz der Gesellschaft hat jedermann Steuern zu bezahlen (Mounier B 20), sie sollen durch die Bürger oder ihre Vertreter bewilligt werden (Sieyès A 27). Der nächste Paragraph handelt von der Volkssouveränität und der legislativen Gewalt. Die Formulierung der Souveränität gleicht der bei Lafayette. Da die französische Nation zu zahlreich ist, kann sie ihre Souveränität Abgeordneten übertragen, jedoch nur für kurze Zeit (Gouges-Cartou 32 ff.). Das Recht der Verfassungsänderung gehört der Nation oder einer eigens dazu bestimmten Nationalversammlung. Hier läßt sich Einfluß des „pouvoir constituant“ von Sieyès feststellen. Das Recht der Mitwirkung an den Gesetzen und dann seine Definition ist aus Mounier B 11 übernommen. Das Recht, Gesetze zu erlassen, abzuschaffen oder zu ändern und ihre Ausübung zu suspendieren wird für die Legislative in Anspruch genommen, die sich jährlich zu bestimmten Zeiten versammeln soll (Delaware 7, 8). Der Abschnitt schließt mit der Anerkennung der Gewaltenteilung (Lafayette). Die nächste Gruppe von Artikeln (§ 4) be-

schäftigt sich mit der Uebertragung der exekutiven Gewalt auf den König. Seine Person ist geheiligt, seine Minister und Beamten aber verantwortlich.

Der fünfte Paragraph handelt von der richterlichen Gewalt. Die Käuflichkeit der Aemter wird verworfen und die Unparteilichkeit und Wahl der Richter verlangt. Artikel 62 verlangt die Zulassung zu allen Aemtern (Target 23), 64 stimmt mit Mounier B 2 überein (Zwecksetzung der Regierung). Der nächste Abschnitt handelt von der Militärmacht. Sie ist zur Verteidigung gegen äußere Feinde bestimmt. Stehende Heere sind in Friedenszeiten gefährlich. Ihre Aushebung und Unterhaltung ist von der Zustimmung der legislativen Gewalt abhängig. Die natürlichste und sicherste Verteidigung ist eine wohlgeordnete Miliz. Die Militärgewalt soll ständig der zivilen Gewalt untergeordnet sein. Für Offiziere und Soldaten gelten besondere Strafgesetze. Der Artikel 70 bringt genaue Bestimmungen über die Einquartierung. Alle diese Artikel sind entscheidend von Amerika beeinflusst.<sup>51</sup> § 7 verlangt ein Sondertribunal, vor dem die Beamten der Exekutive zur Verantwortung gezogen werden können. Der letzte Abschnitt beschäftigt sich mit der Volksvertretung, der Diskussionsfreiheit (Mass. 21) der Versammlungsfreiheit (Pens. 16). Der letzte Artikel verlangt  $\frac{2}{3}$  Mehrheit zur Verfassungsänderung.

Damit sind wir am Ende unserer Untersuchung über die Erklärungsprojekte angelangt. Es herrschen in ihnen noch große Unterschiede und Unklarheiten über das Wesen und die Form einer Erklärung der Menschenrechte, ob der „Rechte“erklärung eine solche der Pflichten parallel gehen, wie die Trennungslinie zur Verfassung gezogen, welche Form, die *forme raisonnée* oder die Fassung nach Artikel gewählt werden solle. Schon dadurch ist natürlich eine große inhaltliche Verschiedenheit bedingt, die durch die persönliche Einstellung der Verfasser noch vermehrt wird. Alle diese Fragen stehen aber im engsten Zusammenhang mit den Vorgängen in der Nationalversammlung, und können nicht getrennt von ihnen behandelt werden. Ebenso wenig kann der Versuch unternommen werden, aus den vorhandenen Projekten etwa auf das Aussehen der Endreaktion zu schließen. Wir können nur soviel

---

51. Vergl. m. Art. 66—70 v. Boislandry die entsprechenden amerikanischen Maryland 25—28, Delaware 18—21 und Virginia 15.

sagen, daß die Projekte eine deutliche Bevorzugung der Arbeiten von Sieyès, Target, Mounier und indirekt damit auch von Lafayette zeigen. Das Projekt von Sieyès steht dabei weitaus an erster Stelle.

Näher wollen wir auf die inhaltliche Abhängigkeit eingehen.<sup>52</sup> Wenden wir uns zunächst Amerika zu. Zwei Projekte, die von Lafayette und Mounier (A), stehen deutlich unter seinem Einfluß, auch da, wo es sich nicht um wörtliche Entlehnungen handelt. Dies zeigt sich im Fehlen allgemeiner philosophischer Eingangsartikel und der vorwiegenden Beschränkung auf praktische Forderungen. Nur als gelegentliche Quellen werden die amerikanischen Erklärungen von Gouges-Cartou und Boislandry und in geringem Maße von Mirabeau und wohl auch von Thouret herangezogen. Rousseau hat einen größeren und sicher bedeutenderen Einfluß ausgeübt.<sup>53</sup> Sein politisches System ist zunächst von Servan und Crenière mehr oder weniger vollständig übernommen worden. Darüber hinaus finden sich aber fast regelmäßig einzelne Gedanken von ihm, so die Volkssouveränität und die daraus abgeleitete Verantwortlichkeit der Beamten der ausführenden Gewalt, die Definition des Gesetzes, etwas seltener seine Vertragstheorie und bei Mirabeau der Unterwerfungsvertrag. Doch auch die Physiokraten haben ihren Beitrag geliefert. Ihre Lehre hat zwar nirgends konsequenten Ausdruck gefunden, wenn man die Rechte- und Pflichtenerklärung von Sinety, die ihnen in der Tat ziemlich nahesteht, nicht als solche ansehen will. Dafür sind sie aber für eine Fülle von Einzelartikel vorbildlich geworden. Wie bei ihnen finden wir häufig die Ableitung sämtlicher Menschenrechte aus dem Eigentumsrecht, eine starke Betonung der wirtschaftlichen Freiheit und des Eigentums, die Rechte anderer als Schranken für die Ausübung der eigenen Fähigkeiten. Die übrigen Artikel, hauptsächlich soweit sie sich gegen die Mißbräuche wenden oder sonstige praktische Einzelforderungen berücksichtigen, stammen aus den allgemeinen politischen Forderungen der Zeit und sind französischen Ursprungs.

---

52. Vergl. Rees S. 220 u. Klöveborn 215/16. Auf ihre einseitige Stellungnahme haben wir bereits hingewiesen.

53. Es ist hier nur von der inhaltlichen Beeinflussung die Rede.

## Drittes Kapitel.

### Die Debatten in der Nationalversammlung.

Nach der Prüfung der verschiedenen Erklärungsprojekte, die der Nationalversammlung eingereicht wurden, ist es nun Zeit, sich den Debatten über diesen Gegenstand zuzuwenden und so den Rahmen für diese zunächst noch isolierten Entwürfe zu erhalten. Diese Debatten über die Rechteerklärung in der Nationalversammlung zerfallen deutlich in zwei große Abschnitte, den allgemeinen Teil vom 9. Juli bis zum 4. August, in dem das Zustandekommen einer Erklärung und dann ihr Verhältnis zur Verfassung und zum Gedanken einer Pflichtenerklärung entschieden wird, und einen speziellen Teil, einer Diskussion der einzelnen Artikel, vom 20.—26. August. Zwischen beide schiebt sich, vom 17.—19. August einschließlich, die Wahl eines Projekts als Diskussionsgrundlage für die Verhandlungen im Plenum ein. Für die Stellungnahme der Nationalversammlung zur Rechteerklärung als solcher ist der allgemeine Teil von ausschlaggebender Bedeutung und hier können wir auch, wenn irgendwo, eine direkte Antwort auf die Frage nach der existenziellen Abhängigkeit erwarten. Die Episode vom 17.—19. August wird dieses Bild in manchem Punkt ergänzen und das Urteil der Versammlung über verschiedene Projekte und ihre Methoden bringen, während die Bedeutung der Schlußdebatte in der Fertigstellung der Endredaktion und in der Stellungnahme zu einzelnen Fragen wie der Gewissens- und Kulturfreiheit liegt.

#### A. Allgemeiner Teil 9. Juli bis 4. August.<sup>1</sup>

Ich habe den 9. Juli als Anfangspunkt gewählt, weil an diesem Tage die Frage der Rechteerklärung zum ersten Mal wirklich an-

---

1. Zur Quellenfrage: Stimmen die A.P. mit den übrigen Quellen überein, so werden bei unwichtigen Ereignissen nur die A.P., bei wichtigen auch ihre Vorbilder zitiert z. B. A.P. = P.V.; sind außerdem noch abweichende Berichte vorhanden, so werden sie im Anschluß daran aufgeführt z. B. A.P. = P.d.J.; Journal. Nur die Zeitungen werden dort genannt, wo entsprechende Berichte in den A.P. fehlen.



geschnitten wurde. Natürlich wurde sie auch schon vorher erwähnt. Aber unbestimmte und deshalb unklare Hinweise auf die Erklärung oder noch allgemeinere auf die Rechte der Nation und die unveränderlichen Grundgesetze der Verfassung aufzuzählen, hat keinen Zweck. Wichtiger ist ein Antrag Target's vom 19. Juni: „Die Büros sollen an dem großen Werk der Erklärung der Rechte arbeiten“.<sup>2</sup> Pison du Galand will dagegen zuerst eine Sichtung der Cahiers, dort müsse man den Geist (*génie*) der französischen Nation befragen, um eine Erklärung der Rechte aufstellen zu können. Der Präsident weist darauf hin, daß eine solche Arbeit über die Cahiers bereits eingelaufen sei und schlägt ihren Druck vor. Damit ist der Antrag Targets zunächst erledigt. Erst am 6. Juli wird ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan durch die Bildung eines Verfassungskomitees, das sich mit der Materialverteilung befassen sollte und aus je einem Mitglied der 30 Büros bestand, darunter Mounier, Lally-Tollendal, Rabaud de Saint-Etienne, Bouche und Dêmeuniers.<sup>3</sup>

Bereits am 9. Juli erstattete Mounier dann im Namen des Komitees Bericht.<sup>4</sup> Er fragt zuerst danach, was eine Verfassung ist. Eine Verfassung ist nach ihm nichts anderes als eine festbegründete Regierungsform (*un ordre fixe et établi dans la manière de gouverner*) oder wenn man so will „der Ausdruck der Rechte und Verpflichtungen der verschiedenen Gewalten, die sie bilden“. Diese Ordnung kann nur bestehen, wenn sie sich auf fundamentale Regeln stützt, die durch die freie und formelle Zustimmung einer Nation oder ihrer Vertreter geschaffen worden sind. Entspricht die Regierungsform nicht dem klar ausgedrückten Willen des Volks, so gibt es keine Verfassung.

Wir sind in Frankreich zwar nicht ganz ohne fundamentale Gesetze, aber trotzdem haben wir keine bestimmte Regierungsform. „Wir haben keine Verfassung, da alle Gewalten vermischt sind, da keine Trennungslinie gezogen ist“. Die Autorität ist zerrüttet,

---

2. A.P. VIII, 135. Die Nationalversammlung war in 30 Büros zu je 40 Mitglieder eingeteilt. Vor dem 1. Juli gab es jedoch nur provisorische Büros. Das Büro würde unserer heutigen Kommission entsprechen. Für besondere Zwecke wurde ein „comité“ eingesetzt.

3. A.P. VIII, 199, 200.

4. A.P. VIII, 214 ff. = P.V. no 19.

daher „würde eine Verfassung, die die Rechte der Monarchie und der Nation genau bestimmen würde, für den König ebenso nützlich sein wie für die Bürger“. Wir werden unsere Rechte niemals aufgeben, aber wir werden sie auch nicht überspannen. „Vergessen wir nicht, daß die Franzosen kein Volk sind, das erst kürzlich aus den Wäldern zusammengeströmt ist, um eine gesellschaftliche Vereinigung zu bilden, sondern eine große Gesellschaft von 24 Millionen Menschen, die das Königreich wiederherstellen wollen (régénérer), dem die Prinzipien der wahren Monarchie immer heilig sein werden“.

Welche Grundlage soll nun diese Verfassung haben? Das Ziel jeder Gesellschaft ist das allgemeine Glück. Eine Regierung, die sich von diesem Ziel entfernt, ist ihrem Wesen nach fehlerhaft. „Eine gute Verfassung muß auf den Rechten der Menschen gegründet sein und diese beschützen“. Um die Verfassung vorzubereiten muß man diese Rechte kennen, die die natürliche Gerechtigkeit allen Individuen zuerkennt. Man muß die Prinzipien wieder ins Leben rufen, die die Grundlagen jeder Gesellschaft bilden sollen, denn jeder Artikel der Verfassung soll nur die Folge eines Prinzips sein. Eine Aufstellung dieser Prinzipien nennen viele moderne Publizisten eine Rechteerklärung.

Das Komitee hat es demnach für richtig befunden, der Verfassung eine Erklärung der Rechte des Menschen vorangehen zu lassen, sie aber in Form einer Präambel vor die Verfassungsartikel zu setzen und sie nicht getrennt zu veröffentlichen. Dieses brächte wenig Nutzen, könnte aber Nachteile haben. „Abstrakte und philosophische Ideen ohne Konsequenzen könnten andere Schlußfolgerungen vermuten lassen als die von der Versammlung zugelassenen“. Ihre nur provisorische Annahme bis zur Fertigstellung der Verfassung würde zudem eine engere Verbindung der Prinzipien und ihrer Konsequenzen ermöglichen. Diese Erklärung soll kurz, einfach und bestimmt sein. Ihre, wenn auch nicht definitive Abfassung, wäre also die erste Aufgabe der Nationalversammlung, der dann die Aufstellung der Prinzipien der Monarchie, die Rechte der Nation usw. zu folgen hätte. Seine Vorschläge faßt Mounier dann in einem Arbeitsprogramm zusammen. Dieses verlangt eine „Déclaration“

1. der Rechte der Menschen,
2. der Prinzipien der Monarchie,
3. u. 4. der Rechte der Nation und des Königs,
5. der Rechte der Bürger.

Der Bericht wurde kühl aufgenommen. Zwar wird sein logischer Aufbau anerkannt, aber Mirabeau wirft ihm vor, eher für eine Gesellschaft von Philosophen als für eine Nationalversammlung geeignet zu sein.<sup>5</sup> Dieser Vorwurf dürfte aber wohl kaum den Kern der Sache treffen, sondern der Bericht erschien sicher weiten Kreisen zu zurückhaltend, zu konservativ.

Trotzdem war damit die entscheidende Anregung gegeben, denn schon am 11. Juli legte Lafayette einen ersten Entwurf für eine Rechteerklärung vor und führte in einigen einleitenden Worten aus: Einerlei, ob man die Erklärung sofort vornehmen, oder sie nicht von der Verfassung trennen will, so steht es doch fest, sich zuerst mit einer Erklärung zu befassen, die die ersten Prinzipien jeder Verfassung, „die ersten Elemente, jeder Gesetzgebung enthält“. Der Nutzen einer solchen Erklärung besteht darin, hinzuweisen auf die Gefühle, die die Natur in das Herz jedes Individuums gegraben hat und ihre Entwicklung zu erleichtern, denn es genügt die Freiheit zu kennen, um sie zu lieben und sie zu wollen um frei zu sein. Ihr weiterer Zweck ist der, „diese ewigen Wahrheiten, aus denen sich alle Einrichtungen herleiten, für die Arbeit der Nationalversammlung zum treuen Führer werden zu lassen, der sie immer wieder an die Quelle des „droit naturel et social“ zurückführt“. Das Verdienst einer Erklärung beruht einzig auf der Wahrheit und Präzision. Sie soll zum Ausdruck bringen, was jeder weiß, was jeder fühlt.

Lafayette schließt mit einer höflichen Verbeugung vor der Nationalversammlung. Er sei weit entfernt davon, eine Annahme seines Projekts zu erwarten, dieser erste Versuch solle nur andere veranlassen, neue Projekte vorzuschlagen, die den Wünschen der Nationalversammlung sicher besser entsprechen würden. Kaum hatte Lafayette die Verlesung seines Projekts beendet, als sich der Graf de Lally-Tollendal, einer der Führer der „Anglikaner“ in der Nationalversammlung, erhob, um seine Bedenken dagegen geltend

---

5. Courier 19, S. 2.

zu machen.<sup>6</sup> Er beginnt zwar mit einer Anerkennung des Projekts. „Sein Verfasser spricht von der Freiheit, wie er sie verteidigt hat“. Dann aber wendet er sich gegen die Gefahr, die er darin sieht, die Erklärung vom Rest der Verfassung zu isolieren. „Ich bitte zu bedenken, welch ungeheurer Unterschied zwischen einem Kolonialvolk besteht, daß die Fesseln einer fernen Regierung zerbricht, und einem der ältesten Völker der Erde, das sich schon seit 1400 Jahren eine Regierungsform gegeben hat, das seit 800 Jahren der gleichen Dynastie gehorcht, das diese Gewalt geliebt hat zu einer Zeit, da sie nur durch die Sitten gemäßigt war und sie nun vergöttern wird, wenn sie durch Gesetze geregelt ist“.

Wir sind von Verleumdung umgeben, die danach trachtet, unsere Reden und Handlungen zu entstellen und zu verderben. Wenn wir in der reinsten Absicht die natürlichen Rechte in einer Erklärung voranstellen, ohne sie sofort mit den positiven Rechten zu verbinden, welche Waffe würden wir unsern Verleumdern in die Hand geben? Die natürliche Gleichheit wäre für sie die Auflösung der Gesellschaft, das Naturrecht, das Recht der Gewalt. Das Volk leidet, es verlangt wirkliche Hilfe und keine abstrakten Definitionen. Nehmen wir das Projekt ruhig an und gehen wir zurück auf das Naturrecht, da es ja das Prinzip aller andern Rechte darstellt, aber beeilen wir uns rasch wieder zum positiven Recht zu gelangen, das uns an die monarchische Regierungsform bindet. „Die Erklärung unserer Rechte soll die Erklärung der Rechte aller sein, der Mensch, der Bürger, der Untertan, der Monarch, jeder möge darin finden, was ihm gehört.“ Das Projekt mag zur Beratung an alle Büros verteilt werden, „ich fordere aber gleichzeitig, . . . . nur provisorisch darüber zu beraten und Endgültiges über diesen Gegenstand nur im Zusammenhang mit der übrigen Verfassung zu beschließen“.

Am Schluß der Rede setzte stürmischer Beifall ein.

Die Versammlung schließt sich Lally-Tollendal an und verweist den Antrag Lafayette's an die Büros. Schon in dieser ersten Aussprache sind die wichtigsten Argumente für und „wider“ eine Erklärung zum Ausdruck gekommen. Es ist aber unrichtig, auf der einen Seite von einer Gegnerschaft gegen die Rechteerklärung

---

6. A.P. VIII, 222 = Lally mémoires: pièces justificatives Nr. 9, S. 69—72.



schlechtweg zu reden. Lafayette will eine von der Verfassung getrennte Erklärung. Lally sieht darin einen Versuch, amerikanische Verhältnisse auf Frankreich zu übertragen und betont deshalb ausdrücklich den Unterschied zwischen einem neuen Kolonialvolk und einem alten Kulturvolk. Er will weiterhin, — und darin deckt er sich ganz mit Mounier, — keine Trennung von Verfassung und Erklärung. Die Versammlung ist sich über ihre Stellung dazu noch nicht klar,<sup>7</sup> daher die Vertagung.

Die beiden nächsten Sitzungen sind schon von den Ereignissen überschattet, die zum Bastillesturm führten. Am 13. Juli verlangen La Rochefoucault und Graf-Castellane<sup>8</sup> die Abfassung einer Rechteerklärung, ohne daß aber ein Beschluß gefaßt wird. Am 14. Juli wird der Antrag Lafayette wieder aufgenommen und Pétion de Villeneuve schlägt die Bildung eines Komitees von 8 Mitgliedern zur Ausarbeitung eines Verfassungsplanes vor, der zuerst in den Büros beraten und dann dem Plenum vorgelegt werden sollte. Nach verschiedenen andern Vorschlägen wird der Antrag Pétion's unverändert angenommen.

Das Komitee wurde darauf aus Mounier, Talleyrand-Périgord, dem späteren Diplomaten und damaligen Bischof von Autun, aus Sieyès, den beiden Grafen Clermont-Tonnerre und Lally-Tollendal, aus Champion de Cicé, Chapelier und Bergasse gebildet. Zu dem Arbeitsbereich des Komitees gehörte auch die Rechteerklärung. Ob aber über die Existenz der Erklärung schon endgültig entschieden wurde, läßt sich nach den Quellen nicht mehr einwandfrei entscheiden, ihre Stellung zur Verfassung ist jedenfalls noch ungeklärt.<sup>9</sup>

Das neue Komitee nahm seine Arbeit mit Nachdruck auf. Da wir über die Vorgänge in den Komitees und Büros aber keine Berichte haben, so sind wir ganz auf gelegentliche Andeutungen angewiesen. Am 22. Juli heißt es, „das Verfassungskomitee arbeitet ohne Unterbrechung“,<sup>10</sup> aber auch die Versammlung drängte am

---

7. Dies zeigt sich deutlich in dem Bericht des P.d.J. I, 171.

8. P.d.J. I, 185/187.

9. Für den 14. Juli siehe A.P. VIII, 230/1 = Journal II, 30 ff.; P.d.J. no

14. Woher die allgemeine Uebersicht stammt, die die A.P. der Debatte vorausschickten, konnte ich nicht feststellen. Danach wäre im Gegensatz zu den übrigen Quellen die Existenzfrage der Erklärung bereits endgültig geregelt.

10. P.d.J. I, 257.

24. zum Abschluß und so konnte der Präsident für Montag, den 27. Juli die erste Berichterstattung in Aussicht stellen. Außer den Arbeiten, die an diesem Tage zur Verlesung kamen, hatte das Komitee noch Sieyès mit der Ausarbeitung einer Rechteerklärung beauftragt, die dieser am 20. vorlegte. Dieses Projekt war durch Druck schon in weiteren Kreisen bekannt geworden.<sup>11</sup>

Für das Komitee ergriff am Montag zuerst Champion de Cicé, Erzbischof von Bordeaux, das Wort.<sup>12</sup> Die Notwendigkeit einer Verfassung wird von allen unsern „commettants“ betont und die Ereignisse machen sie immer unentbehrlicher. Bis vor kurzem war Frankreich ein ständiges Opfer der betrübenden Kämpfe der verschiedenen Gewalten und sein vorübergehendes Gedeihen war nur dem Charakter oder den persönlichen Talenten unserer Könige und Minister oder sonstigen Zufällen zuzuschreiben. Jetzt aber ist die Zeit gekommen, da eine erleuchtete Vernunft alle Vorurteile zerstreuen wird. „Fern sei uns jeder Standes- und Klassengeist“. „Es gibt nichts, das sich nicht vor den öffentlichen Interessen beugen müßte.“

Trotzdem dürfen wir uns aber nicht übereilen, wenn wir nun „vor den Blicken ganz Europas“, das von uns ein Vorbild erwartet, die ersten Fundamente für das Gebäude der Freiheit, der Menschenwürde und der allgemeinen Glückseligkeit legen wollen. Für ein eingehendes Studium über die Grundlagen der Verfassung müssen wir die Wünsche unserer „commettants“ berücksichtigen, die in den cahiers niedergelegt sind. Wir sind wie sie der Ansicht, „daß der Verfassung eine Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers vorausgehen soll“. Diese unauslöschlichen Prinzipien, die die Natur zusammen mit dem Lebenstrieb in alle Herzen gelegt hat und so unzertrennlich von dem Wesen und Charakter der Menschen gemacht hat, sollen unserem Geist stets gegenwärtig sein. Die Nation soll stets jeden Artikel der Verfassung mit der Erklärung vergleichen und aus ihr ableiten können, um sich so unserer Treue zu versichern. Sie soll die Verpflichtung anerkennen, die sich aus ihr herleitet, sich den Gesetzen zu unterwerfen, die diese Rechte uneingeschränkt aufrecht erhalten. Aber auch wir sind dadurch

---

11. Vergl. S. 20 ff.

12. A.P. VIII, 280 ff. = P.V. no 33.

gegen unsere eigenen Irrtümer gefeit, und wenn je im Laufe der Zeit eine Gewalt Gesetze vorschreiben wollte, die nicht der Ausfluß dieser gleichen Prinzipien wären, so würde das immer bestehende Urbild (*type originel et subsistant*) allen Bürgern sofort das Verbrecherische oder Irrtümliche dieses Vorgehens zeigen.

„Diese herrliche Idee, die in einem andern Weltteil gefaßt wurde, sollte zuerst bei uns heimisch werden. Wir haben mitgeholfen an den Ereignissen, die Nordamerika zur Freiheit verhalfen, dafür zeigt es uns jetzt die Prinzipien, auf denen wir die Erhaltung unserer eigenen Freiheit begründen müssen. So lehrt uns heute die Neue Welt, der wir einst nur Ketten gebracht haben, uns vor dem gleichen Unglück zu schützen.“ Wir haben uns alle mit dieser wichtigen Erklärung der Rechte beschäftigt. Zwei Mitglieder aber scheinen die Verschiedenheit hinsichtlich der Form und des Ausdrucks zusammengefaßt zu haben, Sieyès und Mounier. Der erstere beschäftigt sich mit der Natur des Menschen von seinen ersten Anfängen bis zu seiner Stellung in der Gesellschaft. Es fehlt hier keine Idee, die die verschiedenen Ergebnisse miteinander verbindet. Man findet die Bestimmtheit und Folgerichtigkeit eines Talents, das Herr seiner selbst und seines Stoffes ist. Sein Nachteil aber liegt gerade in seiner Vollkommenheit, da es bei Lesern und Hörern zu viel voraussetzt.

Das Projekt von Mounier ist aus der gleichen Beobachtung über die Natur des Menschen entstanden. Die Verbindung der Resultate ist jedoch weniger klar. Es sind vollständige, aber voneinander losgelöste Formulierungen. Wer mit dem Stoff vertraut ist, wird die Ergebnisse leichter behalten, ohne fürchten zu müssen, aus einer Reihe von Sätzen einen falschen zu wählen. Sie werden bei Mounier die Ideen wiederfinden, die schon Lafayette entwickelt hat und die Ihren Beifall gefunden haben. Desgleichen hat er die verschiedenen anderen Projekte<sup>13</sup> zu Rate gezogen, die durch mehrere ausgezeichnete Mitglieder dieser Versammlung eingereicht worden sind. Die Wahl zwischen beiden überläßt Champion der Nationalversammlung und wendet sich nun der eigentlichen Verfassung zu.

---

13. Außer dem von Lafayette und Sieyès vielleicht noch das von Target.

Nach ihm berichtet Clermont-Tonnerre über die Verfassungswünsche der cahiers:<sup>14</sup> Wir haben die in einer Menge von cahiers zerstreuten Gedanken gesammelt, um sie Ihnen vorzulegen. Unsere „commettants“ sind sich alle über einen Punkt einig, sie wollen „die Regeneration des Staates“. Die einen erwarten sie aber „durch die einfache Reform der bestehenden Mißbräuche und durch die Wiederherstellung einer 14 Jahrhunderte alten Verfassung“, die andern halten „das bestehende System für so verdorben, daß sie eine neue Verfassung verlangen“, die mit Ausnahme der monarchischen Form auf neuen Grundlagen ruhen soll. Die Anhänger der letzteren Meinung wünschen im ersten Kapitel der Verfassung eine Erklärung der Menschenrechte, dieser unverjährbaren Rechte, für deren Aufrechterhaltung die Gesellschaft gegründet wurde.

In der Forderung dieser Erklärung der Menschenrechte besteht der einzige Unterschied zwischen den cahiers, die eine neue Verfassung wünschen und denen, die nur die Wiederherstellung der alten verlangen. Beide beschäftigen sich aber gleichermaßen mit den Prinzipien der monarchischen Regierung, mit der Organisation des gesetzgebenden Körpers, mit der Notwendigkeit der Steuerbewilligung durch die Nation, der Organisation der Verwaltung und der Rechte der Bürger. Für uns sind hier nur die letzteren von Bedeutung. „Die Rechte der Bürger, Freiheit und Eigentum, fordert die ganze französische Nation mit Nachdruck. Sie verlangt für jede ihrer Glieder Unverletzlichkeit des Privateigentums, wie für sich Unverletzlichkeit des öffentlichen Eigentums, sie verlangt die individuelle Freiheit in ihrer ganzen Ausdehnung gerade so wie sie die nationale Freiheit aufrichten wird, sie verlangt die Pressefreiheit oder das Recht der freien Gedankenäußerung, sie wendet sich mit Entrüstung gegen die lettres de cachet und gegen die Verletzung des Briefgeheimnisses, eine der absurdesten und abscheulichsten Erfindungen des Despotismus.“

Ihre Aufgabe ist es nun, aus diesen häufig noch unklaren Forderungen die klaren Resultate herauszuarbeiten. Der Berichterstatter faßt nun in 11 Artikeln die übereinstimmenden Punkte der cahiers zusammen. 1—4 beschäftigen sich mit der Monarchie, der Erblichkeit und Unverletzlichkeit der Krone. Der 5. fordert die

---

14. A.P. VIII, 283 ff. = P.V. no 33.



Verantwortlichkeit der Beamten. 6 und 7 bestimmt, daß die von der Nation erlassenen Gesetze der königlichen Sanktion bedürfen, 8 und 9 verlangen für Steuern und Anleihen die Zustimmung der Nation. Steuern können nur von einer Session der Generalstände bis zur andern bewilligt werden. Das Eigentum (10) und die individuelle Freiheit (11) sollen heilig sein. Von den aufgeworfenen Fragen gehört hier her: „Soll die Pressefreiheit unbeschränkt sein oder nicht?“

Nach diesen mehr allgemeinen Berichten verliert Mounier die ersten Artikel der Verfassung, die im ersten Kapitel eine Rechteerklärung enthalten.<sup>15</sup> Die beiden ersten Berichte bringen nichts wesentlich Neues. Champion de Cicé betont nur, daß die Erklärung der Verfassung vorangehen soll, anscheinend als erstes Kapitel der Verfassung, was wir aber nur aus dem Entwurf Mouniers erschließen können, der doch vom Komitee gebilligt worden war. Bei den Zeitungen fällt uns die mangelhafte Berichterstattung auf. Le Hodey weiß von den Berichten überhaupt nichts und Barrère erwähnt aus der ersten Rede nur, „er ließ fühlen, was wir in dieser Hinsicht der Neuen Welt schuldig sind“.<sup>16</sup> Auch Mirabeau hat gerade diese Stelle herausgegriffen, fügt aber hinzu: „schon vor der Unabhängigkeit des englischen Amerika ist der Contrat Social erschienen. Der philosophische Republikaner hat die Helden der Freiheit (die Amerikaner) aufgeklärt . . . . er allein hat durch das Studium der natürlichen Rechte des Menschen die wirkliche Grundlage der Gesellschaft aufgedeckt . . . . Man sollte niemals von der Freiheit sprechen, ohne diesem unsterblichen Rächer der menschlichen Natur den Tribut unserer Huldigungen darzubringen“.<sup>17</sup>

Bis zum 1. August wird nur in den Büros über die Rechteerklärung, das erste Kapitel der Verfassung, beraten und dazu werden auch noch zwei neue Projekte herangezogen, das von Target und Servan.

Bis zu diesem Tag könnte man auch von Vorverhandlungen sprechen, da die Nationalversammlung mit Ausnahme des 14. Juli

---

15. Vergl. S. 25 ff.

16. P.d.J. I, 315.

17. Courier 20, S. 20.

zu dieser wichtigen Frage noch nicht eigentlich Stellung genommen hatte. Mit dem 1. August beginnt nun eine dreitägige Generaldebatte, die über die Erklärung und ihre Stellung zur Verfassung entscheiden sollte.<sup>18</sup>

Zunächst wurde am 1. August allerdings die Frage aufgeworfen, ob man weiterhin die verschiedenen Deputationen empfangen solle. Erst gegen Mittag kam man an die eigentliche Beratung der Rechteerklärung. Dabei ging eine Bewegung tiefster Zufriedenheit durch die Versammlung. Le Hodey bemerkt dazu: „Von nun an wird unsere Geschichte das Bild eines Volkes zeigen, das seine Ketten zerbricht, ohne sich den Greueln eines Bürgerkrieges hinzugeben. In der Neuen Welt haben die wackeren Einwohner von Philadelphia das Beispiel eines Volkes gegeben, das sich seine Freiheit wiedererwirbt; Frankreich soll es der übrigen Welt geben.“<sup>19</sup> Der Point du Jour meint dagegen, daß die Ansichten über ein préliminaire geteilt sein könnten, „das nur in der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten von Amerika ein Vorbild habe. Es war natürlich zu prüfen, ob dieses Erzeugnis der Neuen Welt in der Alten heimisch werden könnte, ob die Ideen junger Republiken für alte Völker passen“. Kein Zweifel herrsche darüber, daß die natürlichen Rechte des Menschen und Bürgers nicht dem Einfluß des Klimas unterworfen seien, „die bürgerliche Freiheit kennt keine Breitengrade“. Wenn die Erklärung gewisse Gefahren haben könne, so sei es andererseits sicher, daß der Unkenntnis und Mißachtung der natürlichen Rechte stets die Tyrannei gefolgt sei.<sup>20</sup>

Durand de Maillane eröffnet dann die Diskussion. Er verlangt eine Erklärung der Menschenrechte, die der Verfassung als Grundlage dienen und in allen Städten, Gerichtshöfen und Kirchen angeschlagen werden solle. Einige scheinen ihre Veröffentlichung zu

---

18. Nach den A.P. VIII, S. 317; ihnen schließt sich Klövekorn (S. 160 im Gegensatz zu Walch S. 100) an, wäre nur das Verhältnis zur Verfassung auf der Tagesordnung gestanden. Tatsächlich ist aber die Existenzfrage wieder aufgerollt worden, ob sie nun auf der Tagesordnung stand, wie der Courier 22 S. 20 ausdrücklich festgestellt, oder nicht. Die übrigen Quellen drücken sich nicht eindeutig aus.

19. Journal II, 271.

20. P.d.J. I, 381.

fürchten. Das Volk aber wird den Gesetzen nur um so besser gehorchen, wenn es ihren Ursprung und ihre Prinzipien kennt.

Crenière sucht von Rousseau ausgehend die Identität von Rechteerklärung und „Constitution“ nachzuweisen.<sup>21</sup> Alle Franzosen wollen eine Verfassung, aber sie verbinden mit diesem Wort reichlich unklare Begriffe. Eine Verfassung ist „kein Gesetz“, noch ein System von Gesetzen. Denn ihre Aufstellung setzt notwendigerweise ein Volk voraus, das zuerst bestehen muß, ehe es handeln kann. „Ein ständiger, unveränderlicher, ewiger Vertrag muß allen Mitgliedern des politischen Körpers die Ausübung ihrer wesentlichen Rechte zusichern, ehe sie in Ausübung derselben ihre Beziehungen durch „Institutionen“ regeln können“. Das Ziel einer Verfassung kann es auch nicht sein, die Art und Weise festzulegen, wie Gesetze gemacht oder ausgeführt werden sollen, da ein Volk diesen oder jenen Modus der Gesetzgebung oder ihrer Ausführung ändern kann, wann es will. „Denn nach diesen Prinzipien des ersten und vielleicht einzigen Publizisten,<sup>22</sup> der uns über unsere Rechte aufgeklärt hat, verleiht die „Constitution“ dem politischen Körper die Existenz und die Gesetzgebung, gibt ihm die Bewegung und das Leben.“ Man kann die Verfassung nicht ändern, ohne die Gesellschaft aufzulösen, während man die Mittel wechseln kann, um das Ziel jeder wohlgeordneten Gesellschaft zu erreichen, „das Glück aller und jedes einzelnen seiner Glieder“. Weiterhin „kann eine Verfassung kein Vertrag zwischen einem Volk und seinem Fürsten sein“, da zum mindesten eine der Parteien ihn jederzeit annullieren könnte“.

„Der Mensch im Naturzustand ist weder frei noch Sklave, er ist unabhängig“, „er hat weder Rechte auszuüben noch Pflichten zu erfüllen“. Im Gesellschaftszustand kann er sich deshalb keine Pflichten auferlegen, ohne dafür gleichwertige Rechte zu erwerben, d. h. er kann auf seine natürliche Unabhängigkeit nicht verzichten, ohne zum Ausgleich dafür die politische Freiheit zu erhalten. Man muß daraus schließen, daß die Rechte, die er durch den bloßen „acte d'association“ erwirbt, natürlich sind, da es wider die Natur

---

21. Konstitution bedeutet für Crenière nicht die Verfassung, sondern den Gesellschaftsvertrag. A.P. VIII, 317 = P.V. no 38.

22. Gemeint ist natürlich Rousseau.

und infolgedessen unmöglich ist auf seine erste Sorge, die der Erhaltung, seine ersten Wünsche, die des Wohlergehens und seine erste Fähigkeit, die des Wollens zu verzichten. Diese Rechte sind unverjährlich, denn man kann nicht freiwillig auf sie verzichten, ohne die Gesellschaft aufzulösen und in den Naturzustand zurückzukehren, und man kann ihrer nicht beraubt werden, da Gewalt niemals zum Erwerb von Rechten verhelfen kann, die den vernichteten entgegengesetzt sind.

„So hat der isolierte Mensch keine Rechte, das ist Naturgesetz. Der Mensch in der Gesellschaft hat natürliche und unverjährende Rechte, das ist der Grundsatz der Vernunft.“ Die Aufstellung dieser natürlichen und unveräußerlichen Rechte, älter als alle positiven Rechte, nenne ich die „constitution d'un peuple“. So haben alle Völker die gleichen Rechte. Wenn diese Rechte nicht in einer „Charte“ verkündet sind, so sind sie doch in das Herz aller freien Bürger oder in die Fesseln der Sklaven eingegraben. Der Hauptfehler der modernen Verfassungen liegt gerade darin, daß sie die „Konstitution“ eines Volkes mit seinen „Institutionen“ verwechseln. Eine solche Verfassung ist fehlerhaft.

Welches sind nun die natürlichen und unverjährenden Rechte, deren Aufstellung allein den Akt der „Konstitution“ eines Volkes bilden sollen? Als Antwort auf diese Frage verliest Crenière sein Projekt und fährt dann fort: Die Unterwerfung unter das Gesetz und die Mitwirkung an seiner Bildung umfassen alle Rechte. Eine richtig verstandene Rechteerklärung ist also nichts anderes als der „Akt der Konstitution des Volkes“. Seine Organisation ist dann die „Konstitution der Regierung“, wenn man das richtige Wort Institution dafür zu ausdruckslos hält. So schlage ich vor, das soeben von mir verlesene Projekt entweder als Akt der Konstitution des französischen Volkes, oder als Rechteerklärung oder als Einleitung zur Verfassung anzunehmen.

Auf diese ungemein interessante Rede, die bisher noch nicht ausreichend gewürdigt wurde, folgen nun drei Redner, die sich alle entschieden für eine Erklärung und zwar an der Spitze der Verfassung aussprachen. Die Reihe eröffnete der Graf von Montmorency,<sup>23</sup> ein begeisterter Anhänger der revolutionären Ideen:

---

23. A.P. VIII, 321 == Journal 276 ff.; Courrier 22 S. 12 ff. Der letztere



Um ein Gebäude zu errichten, muß man zuerst die Fundamente gelegt haben. Man zieht keine Konsequenzen, ohne die Prinzipien aufgestellt zu haben. Man muß die Rechte des Menschen v o r der Verfassung erklären, da die Verfassung nur die Folge, das Endergebnis dieser Erklärung ist. Dies ist eine Wahrheit, die die Beispiele Amerikas und vieler anderer Völker ebenso wie die Rede des Erzbischofs von Bordeaux fühlbar gemacht haben.<sup>24</sup> Die Erklärung kann nicht provisorisch angenommen werden, denn die Rechte des Menschen sind ewig, unveräußerlich, unverjährbar. Sie werden niemals existieren oder haben immer existiert. Sie sind keiner Umwälzung der Zeit noch irgend einer Sanktion oder fremdem Einfluß unterworfen. Es wäre eine seltsame Inkonssequenz provisorisch anzunehmen, was in der Natur seinen Ursprung hat.<sup>25</sup>

Die Erklärung soll klar, einfach und bestimmt sein, denn sie muß von allen verstanden werden können. „Nur die Unwissenheit ist gefährlich, die Wahrheit kann nur zum Glück führen“. Das Volk muß seine Rechte kennen und zwar alle und sofort. Soll sich die Erklärung aber nun auf Resultate beschränken oder soll ihr eine „Dissertation raisonnée“ vorausgehen? Mögen die einfachen Grundsätze und Maximen für die einen sein, die Beweise und „raisonnements“ für die andern. So entscheidet sich Montmorency für eine *déclaration raisonnée* und wirft dabei einen Blick auf Amerika : „Amerika hat uns ein großes Beispiel gegeben, das wir noch vervollkommen können. Es zeigt uns eine ganz verschiedene Form und ich denke, dieser Vorteil, die Vernunft lauter anzurufen und sie eine reinere Sprache sprechen zu lassen, sollte unserem Weltteil vor jenem zukommen“.<sup>26</sup> Er schließt mit einer Empfehlung des Projekts von Sieyès als Grundlage für die Diskussion in den Büros und der Nationalversammlung.

Auch der Graf Castellane ist der Ansicht,<sup>27</sup> man müsse eine Erklärung an die Spitze der Verfassung stellen. Er wendet sich

---

bringt den klarsten und ausführlichsten Bericht anscheinend nach dem Manuskript des Verfassers.

24. Nach A.P. VIII.

25. Nach Courrier 22.

26. Courrier 22, S. 15.

27. A.P. VIII, 321 = P.V. no 38; wir weichen hier von der Reihenfolge

gegen zwei Einwände. Die Erklärung sei unnütz, da diese Wahrheiten in alle Herzen eingegraben seien und gefährlich, weil man sie falsch auslegen könnte und weist sie entschieden zurück: Ein Blick auf die Oberfläche der Erde und Sie werden erschreckt sein „über die kleine Zahl von Nationen, die zwar nicht die Summen ihrer Rechte, sondern nur einige Ideen, einige Reste ihrer Freiheit bewahrt haben“. Der Grund dafür kann aber nur in der Unwissenheit liegen. Nur das Volk kann den Gesetzen Achtung verschaffen, dazu muß es aber seine Rechte kennen. Was die Gefährlichkeit einer Erklärung angeht, so ist nur das eine zu sagen: Je besser die Menschen ihre Rechte kennen, desto mehr werden sie die Gesetze lieben, ihr Vaterland schützen und Unruhen fürchten.

Der letzte in dieser Reihe ist Target.<sup>28</sup> Ihn interessiert vor allem die Frage, ob die Rechteerklärung eine Entfernung von der Hauptaufgabe, der Verfassung, bedeute, und verneint sie. „Was ist der Gegenstand der Verfassung? — Die Organisation des Staates. Was ist ihr Ziel? — Das allgemeine Glück. Durch welches Mittel gelangt man dahin? — Durch die Verfassung“. Was ist das allgemeine Glück? — „Das natürliche Glück, das den andern nichts nimmt, die volle, ganze und freie Ausübung aller Rechte“. Indessen schlägt man uns vor, unsere „commettants“ nicht wissen zu lassen, welches diese Rechte sind. Wir sollen zuerst die Mittel wählen, ehe wir uns des Ziels versichert haben. Die Wahrheit ist nicht gefährlich, sie lehrt dem Menschen seine Rechte, aber auch seine Pflichten. Sie zeigt ihm, daß er seine Rechte nur genießen kann, wenn er die der andern achtet. „Wir müssen die Erklärung der Rechte des Menschen in Erz eingraben, um die Fehler unserer Regierungen zum Aufhören zu bringen und unsere Nachwelt vor ihnen zu bewahren.“

Jetzt meldet sich auch die Gegenseite zu Wort. Grandin wirft einen Gedanken in die Debatte, der in den nächsten Tagen noch von großer Bedeutung werden sollte; „es ist unklug die Rechte ohne die Pflichten aufzustellen“, während der Herzog von Lévis<sup>29</sup>

---

in A.P. VIII ab und schließen uns der der Zeitungen an, die alle die Rede Castellanes vor der Targets bringen. Journ. II, 278. P.d.J. II, 3; Gorsas II, 195.

28. A.P. VIII, 320 = Journal II, 279 ff.

29. Für Grandin und Lévis siehe A.P. VIII, 321 = J.d.P. II, S. 3 ff.

in wenig Worten die Schwächen einer Erklärung darlegt. Eine Rechteerklärung soll eine Folge von einfachen Wahrheiten sein, die aus der Natur stammen. Sie soll, wie schon ihr Namen sagt, erklären und nicht befehlen. Die Gesetze sind es, die die Rechte festsetzen und die Pflichten vorschreiben. Sie erst schaffen den „citoyen“. Sie allein können also zu seinem Wohl beitragen. „Und wenn die Rechteerklärung ein Meisterwerk wäre, so würde die Gesellschaft ihr Glück nicht in ihr finden, wenn die Gesetze schlecht wären.“ Diese Gründe dürften genügen, um die Nutzlosigkeit einer Erklärung zu zeigen, die dazu noch gefährlich ist, da die Unwissenheit sie mißbrauchen könnte. „Sie soll deshalb der Verfassung folgen als eine Art bündige Abhandlung über die Rechte und Pflichten des französischen Bürgers.“

Champion de Cicé (?) und einige andere Abgeordnete halten eine Erklärung ebenfalls für nutzlos, „das Beispiel Nordamerikas sei nicht ausschlaggebend, da es dort nur Eigentümer ... und citoyens égaux gäbe“. Man müsse die Menschen erst durch Gesetze einander nähern, ehe man zu ihnen wie in den Vereinigten Staaten sagen könne „vous êtes égaux“. Der Bischof von Langres behauptet, die Verfassung eines Königreichs brauche gar keine Rechteerklärung. Alles, was kein Gesetz ist, gehört nicht zur Verfassung. Man solle das Volk nicht durch Gesetze oder die Verfassung aufklären, sondern durch Bücher und sich damit begnügen, der Verfassung eine klare und einfache Präambel vorauszuschicken, die nur unbestreitbare Grundsätze enthalte. Barnave beendet dann die Diskussion an diesem Tag. Ohne irgend welche neue Gedanken in die Debatte zu werfen, beschränkt er sich auf Wiederholungen. Er will an der Spitze der Verfassung eine Erklärung der Rechte, die zum Nationalkatechismus werden soll.<sup>30</sup>

So hatte der 1. August keine Entscheidung gebracht, was schon äußerlich dadurch zum Ausdruck kam, daß die Mehrzahl der Redner, die sich gemeldet hatten, noch nicht zu Wort gekommen war. Deshalb beschäftigte man sich am 3. August zuerst mit der Regelung der Diskussion. Bouche stellte kurzer Hand den Antrag,

---

30. Ueber den Schluß d. Debatte s. A.P. VIII, 322 = P.d.J. II, 5 ff. Malouet und Delandine sprechen nicht mehr an diesem Tage, wie die A.P. annehmen, sondern erst am 3. 8.

die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken. Schließlich wurde ein Antrag Pétions angenommen, die Namen der Redner je nach ihrer Einstellung in zwei Listen einzutragen und so Gegner und Anhänger abwechselungsweise zu Wort kommen zu lassen.

Die Beratung über die Rechteerklärung nahm dann Dèmeunier wieder auf.<sup>31</sup> Er beschäftigte sich zunächst mit zwei sachlichen Einwänden, die freie Verfügung über die Person verleite zum Selbstmord und die Gedankenfreiheit führe zur Obszenität. Dies sei aber falsch, zum Selbstmord treibe nur die Verzweiflung in der Sklaverei, und die Gedankenfreiheit reinige nur die Sitten. Wir müssen die Rechte der Menschen in der Gesellschaft fixieren, sie gehören allen Zeiten und allen Völkern. Wären sie niemals unbekannt gewesen, so würde man sie heute nicht verlangen. Die Verfassungsartikel dürfen nur ihre natürlichen Konsequenzen sein, damit das Volk einen Maßstab für unsere Beurteilung hat. Die Erklärung gefährdet weder die Religion noch das Eigentum, sie macht sie im Gegenteil ehrwürdiger.

Ihm antwortet Biauzat mit den Argumenten von Crenière, der Mensch im Naturzustand habe keinerlei Beziehungen und infolgedessen keine Rechte, kein Eigentum, nicht einmal die Freiheit, da die Sklaverei nicht in der Natur bestehe. Im Gegensatz dazu tritt Antraigues<sup>32</sup> wieder energisch für eine Erklärung ein, weder die Religion noch das Eigentum hätten etwas von ihr zu befürchten. Sie lehre den Menschen erst, was er besitzen dürfe und was nicht. Dem Menschen spricht er allerdings erst in der Gesellschaft Rechte zu und erwähnt dabei deutlich Rousseau „die Lage der Menschen im Naturzustand hat ein unsterblicher Autor zu erschöpfend dargestellt, als daß wir uns hier neuen Diskussionen hinzugeben brauchten. An uns ist es, von diesem Werk zu lernen“. Der *Courrier de Provence*<sup>33</sup> betont diese Stelle unter Nennung Rousseaus ganz besonders und scheint sie noch wesentlich auszus schmücken.

Darauf erhebt sich Malouet zu einer langen Rede.<sup>34</sup> Die Zeit drängt. Die Nation verlangt von uns Ordnung, Friede und

---

31. A.P. VIII, 334 = Journal II, 297 ff.

32. A.P. VIII, 334 = Journal II, 302 ff.

33. *Courrier* 22, S. 21.

34. A.P. VIII, 322 = *Collections des opinions de Malouet*. Paris 1791 I, 64 ff.



schützende Gesetze, während uns hier eine Frage beschäftigt, für und wider die sich gleichviele Gründe geltend machen lassen. Die einen wollen eine Erklärung, weil sie nützlich sei, andere verwerfen sie als gefährlich. So schwanken die Ansichten über diesen wesentlichen Gegenstand. Die Rechte des Menschen und Bürgers sollen uns freilich unaufhörlich gegenwärtig sein. „Sie sind gleichzeitig die Fackel und das Ziel des Gesetzgebers, denn die Gesetze sind nur das Resultat und der Ausdruck der natürlichen, zivilen und politischen Rechte und Pflichten.“ Ich halte trotzdem die Arbeit des Komitees nicht für wertlos. Aber sollen wir dieses „exposé métaphysique“ in einen „acte législative“ verwandeln, oder sollen wir die Prinzipien samt ihren Einschränkungen in der Verfassung aufstellen?

Die Amerikaner haben diese Vorsicht nicht angewandt; sie haben den Menschen am Busen der Natur ergriffen und ihn in seiner ursprünglichen Souveränität in die Welt gestellt. Aber die amerikanische Gesellschaft ist neu und besteht in ihrer Mehrzahl aus Eigentümern, die schon an Gleichheit gewöhnt sind, . . . die kaum das Joch der Steuern und Vorurteile kennen, die uns beherrschen.“ Solche Menschen waren ohne Zweifel für die Freiheit vorbereitet. Anders bei uns. Viele Menschen ohne Eigentum erwarten ihren Unterhalt von einer gesicherten Arbeit und einem ständigen Schutz. Niemand wird diesen Bürgern ein gleiches Recht auf Freiheit absprechen wollen, aber ich glaube, daß in einem großen Staat Menschen, die durch das Schicksal in eine abhängige Stellung versetzt wurden, eher die richtigen Grenzen, als die Ausdehnung ihrer natürlichen Freiheit sehen sollten. Der größte Teil der Nation, seit langem unterdrückt, kann unseren moralischen und politischen Kombinationen nicht folgen. „Beeilen wir uns, ihnen alle ihre Rechte zurückzuerstatten und lassen wir sie diese sicherer genießen als durch eine Dissertation.“ „So kann eine Rechteerklärung nützlich, bedeutungslos oder gefährlich sein, je nach der Verfassung, der wir unterworfen sind.“

Wir nehmen bei dem Begriff „Recht“ gar keine Rücksicht auf das, was ist, denn es gibt keine natürlichen Rechte, die nicht sofort durch das positive Recht abgeändert würden. „Warum den Menschen zuerst auf einen hohen Berg führen und ihm sein schrankenloses Reich zeigen, wenn er beim Abstieg mit jedem Schritt

Grenzen finden muß?“ Ihr sagt ihm, er könne frei über seine Person und seinen Besitz verfügen und dabei muß er wider seinen Willen Kriegsdienste leisten und lokale Gesetze verfügen gegen seinen Willen über seinen Besitz. Es ist deshalb unentbehrlich, die Rechteerklärung in Einklang zu bringen mit dem „état obligé“, in dem sich der Mensch befindet. Metaphysische Diskussionen sind endlos. Die Notlage des Landes wird aber täglich größer. Eine Erklärung der allgemeinen und absoluten Prinzipien der natürlichen Freiheit kann alle Bande vollends zerreißen. Nur die Verfassung kann uns vor einem allgemeinen Zusammenbruch (*déchirement*) bewahren. Ich schlage deshalb vor, die Rechteerklärung einer letzten Prüfung zu überweisen und von „heute ab“ in den Büros und der Nationalversammlung über die Prinzipien der französischen Regierung zu diskutieren.

Die Grafen Virieu und Custine sprachen sich wieder lakonisch für die Notwendigkeit einer Erklärung aus. Hardy weist sie überhaupt zurück und Delandine faßt vorbildlich sämtliche Argumente gegen sie zusammen.<sup>35</sup> „Wenn wir von der Verfassung, von natürlichen Rechten und unverjährbaren Prinzipien reden, so dürfen wir uns nicht auf zu abstrakte Ideen einlassen.“ Wir müssen uns vor der Entwicklung von im Grund wahren, in der Form geistreichen, aber im jetzigen Augenblick unnützen Prinzipien hüten. „Gehen wir nicht bis zum Ursprung der Gesellschaftsordnung zurück, sondern verbessern wir die, in der wir leben. Beschäftigen wir uns nicht mit dem „*homme naturel*“, sondern mit dem zivilisierten Menschen.“ Man hat den Satz aufgestellt, der Mensch sei frei geboren. „Locke, Cumberland, Hume, Rousseau und mehrere andere haben die gleichen Grundsätze entwickelt . . . . Hätten wir eine politische Theorie zu schaffen, so würden wir sicher auf ihr Vorbild zurückgreifen. Aber es handelt sich nicht um die Theorie, sondern um die Praxis, nicht um alle Regierungen, sondern um unsere.“ Nur die Anwendung dieser Prinzipien soll uns hier beschäftigen. „Der Mensch soll wissen, daß er frei ist, aber man muß mehr tun als es ihm erklären, man muß es ihm befehlen.“ Die Behauptung, die Erklärung könne jemals einen Tyrannen davon

---

35. A.P. VIII, 323.

abhalten, den Gesetzen zuwider zu handeln, ist falsch. Eine bloße Erklärung wird er ebenso mit Füßen treten wie das Gesetz.

Soll diese Erklärung nun unbeschränkt oder in ihren Prinzipien eingeengt sein? Im ersten Fall wäre sie gefährlich, im zweiten falsch. Eine schrankenlose Erklärung würde vom Volk begierig aufgegriffen werden. „Wird es aber verstehen, daß diese ursprüngliche Gleichheit leider nur eine philosophische Fiktion ist? Wird es begreifen, daß die Freiheit unter dem Schutz der positiven Gesetze steht und nicht darin bestehen kann, alles zu tun, was nützlich ist, wenn es andern schadet?“ Wenn Freiheit und Gleichheit auch das Erbteil jedes Individuums im Naturzustande ist, so muß es doch einen Teil der Gesellschaft opfern, um die gegenseitige Gleichheit und Freiheit aller zu sichern. „Warum dem Volk abstrakte Erklärungen geben und nachher Kommentare dazu veröffentlichen, die es nicht lesen wird?“

Eine Rechteerklärung erscheint trotzdem notwendig. „Aber sie soll eher der Verfassung folgen als ihr vorausgehen.“ Eine solche Erklärung muß reiflich überlegt werden und dazu haben wir während der Aufstellung der Gesetze Zeit. Wir sind nicht berufen worden, an dem „préliminaire“ der Gesetze zu arbeiten, sondern an diesen selbst. Das 18. Jahrhundert hat die Wissenschaft und Kunst gefördert, aber für die Gesetzgebung hat es nichts getan. Jetzt ist der Augenblick gekommen, sie zu schaffen. „Behalten wir das Studium der Prinzipien, der Grundlagen der Arbeit für uns und lassen wir die Völker die Früchte davon pflücken!“

Als letzter ergreift Mounier das Wort, der meint, es handle sich ja nur noch um einen Streit um Worte. Jedermann anerkenne den Nutzen einer Erklärung der Rechte an, nur über den Namen herrsche noch Meinungsverschiedenheit. Darauf wird die Diskussion vertagt. Am 3. August waren die „Gegner“ stärker zu Wort gekommen als bisher, aber sie scheinen die Ergebnislosigkeit ihrer Bestrebungen eingesehen zu haben, die Aufstellung einer Erklärung vor der Verfassung zu verhindern und so konzentrieren sie am 4. August ihre ganze Anstrengung darauf, die Erklärung der Rechte mit einer solchen der Pflichten zu verbinden. Wir haben den Gedanken schon am 1. August auftauchen sehen und jetzt scharft sich alles um ihn, was gegen eine isolierte Rechteerklärung ist. Die Idee einer gleichzeitigen Rechte- und Pflichten e r k l ä -

run g ist ein durchaus französischer Gedanke und lat sicher eine ihrer Hauptwurzeln in der physiokratischen Bewegung, für die die beiden Begriffe Rechte und Pflichten beinahe untrennbar sind.

Die Sitzung am 4. August war außerordentlich stürmisch. Jeder Redner wurde durch fortgesetzte Rufe „aux voix, aux voix“ unterbrochen, da die Versammlung es müde war, die schier endlosen Debatten anzuhören. Die „Gegner“ einer Erklärung hielten aber an ihrem Ziel fest. Dupont, Abgeordneter von Bigorre, nimmt sofort den Gedanken auf:<sup>36</sup> Stellen wir zuerst die Pflichten des Menschen auf, denn wem wollen wir noch Gesetze geben, wenn der so natürliche Geist der Unabhängigkeit alle Geister erhitzt und die Bande zersprengt, die den pacte social zusammenhalten? Ziehen wir das angenehme Gefühl des Wohltuns der Eitelkeit vor, uns bewundern zu lassen. „Beginnen wir mit einer Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen, damit der Mensch in dem Augenblick, wo er seine Rechte kennen lernt, auch den Gebrauch weiß, den er davon machen darf und die Grenzen, die er ihnen ziehen soll.“ So wird die Erklärung viele Vorteile und keine Gefahr haben.

Der Marquis de Sillery ergreift noch einmal das Wort zu längeren Ausführungen.<sup>37</sup> „Die Verfassung eines Landes ist die Form der Gesetze, die die Menschen regieren.“ Um die Gesetze aufzustellen, muß man ihre Prinzipien kennen und darauf Bezug nehmen. Nach dem moralischen Gesetz sollten sich die Gesetze auf alle Länder anwenden lassen, aber eine lange Erfahrung hat uns das Gegenteil bewiesen. Das Ziel unserer Arbeit soll das Glück des Volkes sein. Dabei dürfen wir die zahlreichen Landbewohner nicht vergessen. Sie verlassen sich auf unsere Intelligenz und überlassen uns die Sorge, Gesetze zu machen. Sie sind für keine metaphysischen Ideen geschaffen. Wir dürfen ihnen deshalb keine philosophische Dissertation vorlegen, die sie falsch auslegen könnten. „Vergeßt nicht, den Menschen gleichzeitig mit seinen Rechten auch seine Pflichten zu lehren und ihnen ihre Verkettung zu zeigen.“

Unter viel Schwierigkeiten erhält dann Camus das Wort und stellt den Antrag, eine Erklärung der Rechte und Pflichten

---

36. A.P. VIII, 340 = P.d.J. II, S. 20.

37. A.P. VIII, 340 = Journal II, 317 ff.



abzufassen.<sup>38</sup> Der Präsident will sofort zur Abstimmung schreiten lassen, doch wünschen noch einige zu dem neuen Antrag das Wort zu ergreifen. Der Bischof von Chartres meint, eine bloße Rechteerklärung sei geeignet den Egoismus und Ehrgeiz anzustacheln, wenn man sie nicht mit einer solchen der Pflichten verbinde. An der Spitze des Werks müsse man auch der Religion gedenken. Abbé Grégoire<sup>39</sup> faßt noch einmal die Gründe für eine Pflichtenklärung zusammen. „Rechte und Pflichten sind wechselseitige Begriffe . . . . Man kann nicht von dem einen sprechen, ohne auch die andern zu erwähnen, ebenso wie sie nicht ohne einander bestehen können.“ Es kann also auch keine Rechteerklärung ohne eine solche der Pflichten geben. Eine Pflichtenerklärung ist namentlich deshalb notwendig, um die Menschen in den Grenzen ihrer Rechte zu halten. Man ist immer bereit sie auszudehnen und die Pflichten zu vernachlässigen, ja zu vergessen. Demgegenüber betont Clermont-Lodève<sup>40</sup> die Tatsache, daß die Pflichten sich ganz von selbst aus den Rechten ergeben und so ihre getrennte Aufstellung unnötig sei. Man könne zwar einige von ihnen im Rahmen der Erklärung aufzählen, aber ihr Titel solle nur Erklärung der Rechte lauten. Das Wort Bürger schließe den Begriff der Pflicht schon hinreichend in sich.

Es sprechen noch eine Reihe von Abgeordneten für und wider den Antrag Camus, doch wissen wir kaum ihre Namen, geschweige denn Näheres über ihre Stellungnahme.<sup>41</sup> So kommt es endlich zur entscheidenden Abstimmung. Da das Ergebnis der Abstimmung „par assis et levé“ unklar bleibt, so muß zur namentlichen Abstimmung geschritten werden. 570 gegen 433 Stimmen lehnen den Antrag Camus ab.<sup>42</sup> Darauf wurde mit großer Mehrheit beschlossen, der Verfassung eine Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers voranzuschicken. Der Präsident geht sogar noch einen

---

38. Camus hat seinen Antrag gleich nach der Rede von Sillery gestellt, siehe P.d.J. II, 21; Journal II, 319 und nicht später wie die A.P. VIII, 341 berichten.

39. A.P. VIII, 340 = Journal II, 320.

40. P. VIII, 341 = Journal II, 321.

41. Wir sind hier einzig auf den Bericht d. P.d.J. 22 angewiesen, der sich jedoch mit einer bloßen Aufzählung der Namen begnügt.

42. P.d.J. II, 23 = A.P. VIII, 341.

Schritt weiter und will die Versammlung zur Wahl eines bestimmten Projektes oder zur Ausarbeitung eines neuen Entwurfs veranlassen. Diese Frage ist aber noch verfrüht und so wird darüber nichts mehr entschieden.<sup>43</sup>

Für den 4. August war auch die Rede Sinety's bestimmt, doch ist ihr Verfasser bei der herrschenden Verwirrung nicht mehr zu Wort gekommen. Jedenfalls habe ich nirgends einen Hinweis auf seine Rede finden können. Trotzdem dürfte die Stellungnahme des Abgeordneten, der als einziger in einem Projekt wirklich den Versuch gemacht hat, die Erklärung der Rechte mit einer solchen der Pflichten zu verbinden, nicht ohne Interesse sein. Eine Rechteerklärung ist nach ihm<sup>44</sup> unentbehrlich, aber er sieht eine ernste Gefahr darin, sie isoliert zu veröffentlichen. „Die natürliche Neigung des Menschen richtet sich immer auf sein Wohlergehen, auf seinen persönlichen Vorteil, ohne seine Beziehungen zu den Nebenmenschen zu beachten.“ — „Das Glück seiner Mitbürger, das Wohl der Gesellschaft sind in Wirklichkeit nur sekundäre Motive, die die meisten nicht kennen, die Menschen ohne Erziehung nicht empfinden.“ So könnte der Mensch, zu stark von seinem persönlichen Recht durchdrungen, die der Gesellschaft bald verkennen und ihre Ruhe stören. Es ist aber leichtfertig, kein Mittel zu suchen, um diese Gefahren zu vermeiden. Dieses Mittel liegt in der Aufstellung der Pflichten des Bürgers. So schlage ich vor, die Menschen über ihre Pflichten zu belehren, während man sie an ihre Rechte erinnert. Sinety zeigt dann, wie er diesen Gedanken in seinem Projekt zu verwirklichen suchte.

Mit diesem Tag bricht die Debatte über die Menschenrechte plötzlich ab und die Nationalversammlung wandte sich mit der berühmten Nachtsitzung vom 4./5. August einem ganz anderen Beratungsgegenstand zu. Bei diesem eigentümlichen Verhalten müssen wir berücksichtigen, daß bei der herrschenden Diskussionsmethode das Interesse an der Rechteerklärung bereits nach dieser dreitägigen Debatte erschöpft war, denn alle größeren Reden wurden, ohne Rücksicht auf die Stellungnahme der Vorredner, nach

---

43. P.V. no 40.

44. Exposition des motifs qui paraissent devoir terminer à réunir à la déclaration des droits de l'homme celle des devoirs du citoyen. Versailles, 4 août 1789.

vorher ausgearbeiteten Manuskripten verlesen. So war mit dem ersten Tag keinerlei Fortschritt zu verzeichnen gewesen und erst am 4. August haben die „Gegner“ einen neuen Gedanken in die Debatte geworfen. Aber ohne die immer stürmischer werdende Forderung nach Abstimmung wäre es vielleicht auch an diesem Tage nicht zu einem Abschluß gekommen. Jetzt, nachdem über das Schicksal der Erklärung entschieden war, galt es ihre Form und ihren Inhalt festzulegen. Vergebens hatte der Präsident diese Frage noch am 4. August entscheiden wollen, das Interesse an diesem Gegenstand war erlahmt.

### **B. Die Wahl eines Projekts als Verhandlungsgrundlage für die Beratungen der Nationalversammlung.**

Erst am 12. August wurde die Forderung nach der Verfassung und damit auch nach der Rechteerklärung wieder laut. Démeuniers stellte den Antrag, „ein Komitee von 5 Personen zu bilden, das nach Prüfung der verschiedenen Projekte am nächsten Montag (17. Aug.) eine Erklärung der Rechte zur Diskussion vorlegen sollte“.<sup>1</sup> Zu Mitgliedern wurden gewählt Démeuniers, der Bischof von Langres, Tronchet, Mirabeau und Rhédon. Wenn Walch<sup>2</sup> das Komitee auf Grund seiner falschen Einschätzung Mirabeaus als im wesentlichen erklärungsfeindlich ansieht, so ist das unrichtig. Außer dem Bischof von Langres kann keiner der fünf als ausgesprochener Gegner bezeichnet werden, Démeuniers tritt sogar leidenschaftlich für die Erklärung ein, während Tronchet, später einer der Verteidiger Ludwig XVI. und mit Portalis der Hauptverfasser des code civil, ebenso wie Rhédon einer Erklärung allerdings etwas abwartender gegenüberstehen.

Als Berichterstatter für den 17. August hatte das Komitee Mirabeau ausersehen.<sup>3</sup> In den Worten, die er dem Projekt vorausschickt, nimmt Mirabeau zum ersten Mal in der Nationalversammlung Stellung zu dieser wichtigen Frage: „Die Erklärung der Rechte des Menschen in der Gesellschaft ist ohne Zweifel nur eine Darlegung einiger, allgemeiner, für alle Regierungsformen anwendbarer

---

1. A.P. VIII, 399 = P.V. no 48, Journal II, 470.

2. Walch S. 123.

3. A.P. VIII, 438 ff. = Courrier 28, S. 3 ff.; Journal II, 504 ff.

Prinzipien“. Eine solche Arbeit mag sehr leicht erscheinen. Sie ist aber schwierig, da eine solche Erklärung, wenn sie für ein altes, fast hinfälliges Staatswesen bestimmt ist, notwendigerweise lokalen Umständen unterworfen ist und nur eine relative Vollkommenheit erreichen kann. Die Schwierigkeit wird noch vermehrt, wenn sie einer noch unbekannten Verfassung als Präambel dienen und innerhalb dreier Tage nach 20 verschiedenen Projekten zusammengestellt werden soll. Es handelt sich zunächst darum, eine Form zu finden, die dem Volk keine abstrakten Ueberlegungen, sondern seine eigenen Empfindungen darbietet. „Die Freiheit war niemals die Frucht philosophischer Deduktionen, sondern die der Erfahrung aller Tage.“

„So haben die Amerikaner ihre Rechteerklärungen geschaffen.“ Sie haben absichtlich die Wissenschaft bei Seite gelassen und die politischen Wahrheiten in einer Form entwickelt, die leicht volkstümlich werden konnte. Wir haben bei dieser Methode jedoch eine große Schwierigkeit empfunden, zu unterscheiden, was zur Natur des Menschen gehört und was bloße Abänderungen der Gesellschaft sind, und weiter alle Prinzipien der Freiheit aufzuzählen, ohne auf Einzelheiten einzugehen oder auf das Gebiet der Gesetze überzugreifen. Das Ideal einer Rechteerklärung wäre es, wenn sie so einfache, klare und an Konsequenzen reiche Grundsätze enthalten würde, daß es unmöglich wäre, sich von ihr zu entfernen und alle Verfassungen sich aus ihr ableiten ließen. Dazu sind aber die Menschen und Umstände in Frankreich noch nicht genügend vorbereitet und so legen wir einen „sehr schwachen, verbesserungsbedürftigen Entwurf vor“.

Nach der Verlesung des Projekts fährt Mirabeau fort: „Avec une extrême défiance, mais avec une docilité profonde“ legt das Komitee seine Arbeit vor. Es wird die Aufgabe der Verfassung sein, zu zeigen, wie vieler Anwendungen diese Prinzipien fähig sind. Sie sind im Begriff eine Gesellschaftsordnung aufzustellen, die wir vor kurzem noch nicht zu erhoffen wagten. Ihre Gesetze werden vorbildlich für Europa werden, „denn dergestalt ist der Einfluß der großen Staaten und namentlich des französischen, daß jeder Fortschritt in ihrer Verfassung, in ihren Gesetzen und ihrer Regierung die menschliche Vernunft und Vollkommenheit vergrößern“. Die Freiheit wird die Unterdrückung und die Vorurteile



aus der Welt verbannen und eine allgemeine Verbrüderung entstehen lassen.

Entsprechend der Geschäftsordnung befahl der Präsident sofort den Druck der Arbeit und die Diskussion in den Büros, damit am folgenden Tag die Aussprache im Plenum beginnen könne. Diese Aussprache am 18. August eröffnet Crenière.<sup>4</sup> „Die Rechteerklärung ist ein Akt, in dem man die Rechte der Menschen so ausdrücken muß, wie sie sind, andernfalls ist sie nutzlos.“ Der vorliegende Entwurf enthält einige Irrtümer, z. B. die Erklärung sei eine „suite de principes“. „Ein Prinzip ist der Ausdruck einer Wahrheit. Ein Recht ist die Wirkung eines Vertrags. Ein Prinzip wendet man an, ein Recht übt man aus. Ein Prinzip ist kein Recht und infolgedessen eine Rechteklärung keine Folge von Prinzipien. Man hat oft von der Rechteklärung Amerikas gesprochen. Wenn sie so abgefaßt ist, so halte ich sie für unsinnig (absurde); dann kann sie keinerlei Wirkung haben.“

Obwohl außerdem unsere Rechte unveränderlich und immer die gleichen sind, vermehren oder vermindern sie sich trotzdem, je nach der Meinung des Verfassers einer Rechteklärung. „Ein Recht ist das Ergebnis eines Vertrags. Es gibt zweierlei Verträge, notwendige und mögliche. Der notwendige Vertrag ist der, ohne den die Gesellschaft nicht bestehen kann, der aus dem Willen der Mehrheit den Willen der Allgemeinheit macht. Die möglichen Verträge sind die zwischen Privatleuten.“<sup>5</sup> So gibt es auch zwei Arten von Rechten. Wenn man nun in die Erklärung auch die letzteren aufnehmen wollte, so würde diese unvollständig, da sie sie nicht alle erklären kann, unbestimmt, da man sie ständig ändern kann. Ich habe Nächte lang nachgedacht und habe kein passenderes Projekt gefunden als das, welches ich schon einmal verlesen habe. Crenière verliest es darauf in gekürzter Form noch einmal.

Duport<sup>6</sup> verlangt die Beschränkung der Diskussion auf drei Punkte. Die Prüfung des Plans und des allgemeinen Systems des Werks, die Diskussion jedes einzelnen Artikels auf seine Berechtigung hin und drittens seine endgültige Abfassung. Die ver-

---

4. A.P. VIII, 451 stellt einen Auszug aus Journal II 524 ff. dar. Vergl. auch P.d.J. II, 161 ff.

5. Journal II, 525.

6. A.P. VIII, 451 = Journal II, 527 ff.

schiedenen Projekte haben nicht alle wesentlichen Rechte aufgezählt. Man kann sie vielleicht besser erfassen, wenn man die Frage so stellt — Welches sind die Rechte, die der Mensch zu seiner Freiheit braucht, ohne die er nicht frei sein kann? Das Ziel einer Erklärung ist es, alle Rechte zu erfassen. „Was bedeutet es, wenn sie mit der Verfassung in Widerspruch stehen? Die Erklärung soll sie aufstellen, die Verfassung sie modifizieren und umschreiben.“ Der Plan des Fünfer-Komitees ist fehlerhaft. Wir sind wieder am Ausgangspunkt angelangt, vielleicht mit dem Trost, daß die vorliegende Arbeit die geringsten Mängel aufweist. Duport schlägt deshalb die Einsetzung eines neuen, noch kleineren Komitees vor, das die Arbeit von neuem beginnen soll.

Diese Angriffe benützt nun auch die Opposition. Abbé Grégoire<sup>7</sup> nimmt die Forderung der Rechte- und Pflichtenerklärung wieder auf, er möchte weiterhin eine ausdrückliche Erwähnung der Religion an der Spitze der Erklärung. D'Aravay wünscht sogar die Annahme der Rechte- und Pflichtenerklärung von Sinety.<sup>8</sup> Dieser Vorstoß der Anhänger einer Pflichtenerklärung blieb aber erfolglos. Dafür gingen die Angriffe gegen Mirabeau weiter. Sein Bruder, der Vicomte, nimmt Anstoß an dem Ausdruck *rétablir les droits des hommes*, es müsse heißen *rappeler*, denn die Rechte seien unveräußerlich. Mit einer bissigen Seitenbemerkung gegen seinen Bruder wendet er sich gegen Artikel 19, der die Unterwerfung der Miliz unter die Zivilgewalt behandelt. Der Baron von Jessé verlangt die Streichung des Widerstandrechts in Artikel 6. Weitere sachliche Einwände werden nicht mehr gemacht und so stellt der Marquis de Bonnay<sup>9</sup> den Antrag, eine der verschiedenen Erklärungen anzunehmen und dann Artikel für Artikel durchzuberaten. Das Komitee habe seine Aufgabe nicht befriedigend gelöst. Der Antrag findet aber nicht die gebührende Beachtung und die Redner entfernen sich wieder mehr und mehr vom eigentlichen Gegenstand der Debatte.

Erst die Rede von Rabaud de Saint-Etienne<sup>10</sup> führt wieder zu ihm zurück. Die Bemerkungen der Vorredner, so führt er aus, die

---

7. A.P. VIII, 452 = Journal II, 530.

8. Courrier 29, S. 3.

9. A.P. VIII, 452 = Journal II, 533 ff.

10. A.P. VIII, 452 = Journal II, 535 ff.

Menge der Projekte, der Bericht des Komitees haben gezeigt, daß eine Erklärung keine leichte Arbeit ist. Die Cahiers haben uns eine Erklärung zur Pflicht gemacht. „Und die Cahiers haben von ihr gesprochen, weil Frankreich Amerika als Vorbild gehabt hat.“ Daraus muß aber keine Ähnlichkeit der Erklärungen folgen, denn die Verhältnisse sind ganz verschieden. Eine Rechteerklärung ist unerläßlich, sie darf aber nicht sklavisch dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgen oder sich auf seine Nachahmung beschränken.<sup>11</sup>

Man muß an die Spitze der Verfassung eine große, gut geordnete und vor allem vollständige Einleitung setzen (*préliminaire*). Sie soll die Keime und Prinzipien enthalten, nach ihr muß man die Gesetze beurteilen können. Die Erklärung soll ein integrierender Bestandteil dieses Planes sein. Sie soll zur Einleitung der Verfassung gehören, aber die Einleitung dürfte nicht in die Erklärung eindringen, ohne dort Verwirrung anzurichten. Die Prinzipien der Gesetze und ihre Konsequenzen sollen in dieser Erklärung ausgedrückt werden und zwar so rein wie die Natur, so einfach wie die Wahrheit, so klar, daß man sie nicht leugnen könnte, so leichtverständlich, daß jeder sie auswendig behalten, daß der Vater seine Kinder sie lernen lassen könnte und sie das erste Alphabet des Bürgers würden.<sup>12</sup>

Ein weiterer Uebelstand besteht darin, die Erklärungen zu kurz zu fassen, so daß sie ungenügend werden. Sie sollten aber die Prinzipien weihen, die über die Erhaltung der Rechte wachen. So nehme ich mit Begeisterung das Projekt von Sieyès an. Ich verlange, daß die Prinzipien und „*préservatifs*“ der Erklärung von Sieyès in die des Fünfer-Komitees aufgenommen werden.

Der folgende Redner Regnauld drängt auf die sofortige Wahl eines Projekts, woraufhin endlich Mirabeau zu Wort kommt, um sich zu verteidigen.<sup>13</sup>

---

11. Nach A.P. = Journal; Courrier 29, S. 4 ff.

12. Courrier.

13. Die Quellenfrage für diese Rede ist äußerst verwickelt. Der Courrier (29, S. 6 ff.), aus dem der Text der A.P. (VIII, 453) entnommen ist, zeigt unter dem Eindruck des Scheiterns der Mirabeau'schen Pläne Einflüsse

Kritisieren ist leichter als selbst ein Projekt ausarbeiten. Wir haben uns an unsern Auftrag gehalten und nichts in unser Projekt aufgenommen, das sich nicht schon in einem andern Entwurf findet. Dies genügt, um jeden Vorwurf zurückzuweisen. Wir haben den Ehrgeiz des Neuerers dem Eifer des Redaktors geopfert. Meiner persönlichen Ansicht nach ist hier nicht der Platz zu „philosophischen Disputen“. Persönlich ziehe auch ich das Projekt von Sieyès vor. Es enthält namentlich den wahren Grundsatz, daß der Mensch mit seinem Eintritt in die Gesellschaft Rechte erwirbt und nicht aufgibt. „Dieses Prinzip hat mein Vater (Courrier nennt auch noch Quesnay) schon vor 20 Jahren vertreten und ich werde mit dem gleichen Mut dafür eintreten. Niemals wurde es mit mehr Kraft entwickelt als durch Sieyès.“

Dann wendet sich Mirabeau den sachlichen Einwänden zu. Wir haben nicht gesagt, die Armee sei von der Munizipalität abhängig, sondern ihre Bewilligung stehe der Legislative zu. Gegen Bürger aber solle sie nur auf Verlangen der Zivilbehörde verwendet werden können, im übrigen kann die Exkutive frei über sie verfügen. Was die Trennung zwischen Rechteerklärung und Verfassung angeht, so ist eine Scheidelinie zwischen beiden „rein abstrakt und metaphysisch und niemals werdet ihr dahin gelangen, sie zu ziehen“.<sup>14</sup>

Nach Mirabeau verteidigt Dèmeuniers das Projekt<sup>15</sup> und wendet sich scharf gegen Crenière. Er weist zuerst seinen Angriff auf Amerika zurück und geht dann scharf gegen seine Vermischung „der Rechteerklärung und der fundamentalen Prinzipien der Ver-

---

späterer Stilisierung. Die beiden Parallelberichte (Journal II, 539 und Gorsas II, 378) sind weniger ausführlich. Im Gegensatz zum Courier werden bei ihnen die sachlichen Einwände erst am Schluß des Projekts von Sieyès erledigt. Der Courier bringt dafür einen allgemeinen Passus und schließt daran die 2. Verteidigungsrede Mirabeaus an, die uns außerdem nur bei Gorsas, dort aber einwandfrei überliefert ist. Ich halte mich im wesentlichen an Journal und Gorsas. Für die ganze Frage vergl. die grundlegenden Ausführungen bei M. Albrecht op. cit. S. 92 ff., auf denen meine Darstellung im wesentlichen beruht.

14. Im Courier ist dieser Gedanke noch schärfer formuliert. „Welch praktischen Wert würde eine Rechteerklärung haben, die niemals die Anwendung der Prinzipien bringen würde?“

15. A.P. VIII, 454 = Journal II, 541; Gorsas II, 387; P.d.J. II, 162.



fassung vor“. „Das ist das System von Hobbes, das von ganz Europa verworfen worden ist.“ Wir haben niemals die Prinzipien abändern, sondern nur ihre Wahrheit durch die Anwendung beweisen wollen. Er dringt auf die Annahme des Projekts als Verhandlungsgrundlage.

Die Diskussion wird nun immer verwirrter. Die Quellen äußern sich nur noch in absprechenden Urteilen. Gorsas berichtet noch am ausführlichsten.<sup>16</sup> Es werden wieder Einwände gegen die Erklärung überhaupt laut, andere verlangen die Annahme des Projekts von Lafayette oder Sieyès. Der Präsident versucht vergebens Ordnung herzustellen und über den Antrag Bonnay abstimmen zu lassen. „Au milieu de ce choc d'opinion“ ergriff Mirabeau aufs Neue das Wort.<sup>17</sup> Viele möchten sich anscheinend mit einem andern Projekt beschäftigen, ich will aber nur bemerken, daß man nach der Tagesordnung zuerst die Arbeit des Komitees verwerfen muß. Wenn das geschehen ist, und man irgend einen andern Plan annimmt, „so wird man ihn dem Despotismus eines einzigen Redaktors unterwerfen müssen, denn so gefährlich der Despotismus unter gewöhnlichen Umständen ist, so ist er doch für die Redaktion notwendig und unentbehrlich“. Bei einem Gegenstand, der von verschiedenen regiert wird, finden sich notwendigerweise Worte die „hurlent d'effroi de se trouver accouplés“.

Die Rede ist ein letzter Versuch Mirabeaus sein Werk noch zu retten, aber umsonst. Aufs Neue wird das Projekt Lafayette vorgeschlagen, da erhebt sich Mirabeau zu seinem berühmten Vertagungsantrag. Le Hodey, Barrère und Gorsas berichten nur diese Tatsache, während der *Courrier de Provence* noch einen zweiten Antrag hinzufügt: „von Neuem zu beschließen, daß die Rechteerklärung einen integrierenden und untrennbaren Bestandteil der Verfassung bilde“. Außerdem fügt der *Courrier* noch hinzu,

---

16. „Wir berichten mit einer „scrupuleuse exactitude“, um einen Begriff von der Zeit zu geben, die leider in müßigen Diskussionen vergeudet wurde.“ Gorsas II, 389.

17. Diese 2. Rede findet sich nur in Gorsas II, 389. Im *Courrier* 29, S. 10 ff. ist sie der ersten angefügt. In der Anordnung der einzelnen Gedanken unterscheiden sich die beiden Quellen, aber sie verwenden die gleichen Bilder, auch wenn sie manchmal verschieden gedeutet werden. Ich schließe mich Gorsas an.

Mirabeau habe diesen Antrag persönlich und nicht als Komiteemitglied gestellt, und auch sofort den Vorwurf zurückgewiesen, er wolle durch diese Vertagung die Erklärung überhaupt zu Fall bringen, er habe nur Zweifel über den Zeitpunkt der Redaktion. Es ist gut möglich, daß dies spätere Zutaten des *Courrier de Provence* sind, die dazu dienen sollen, Mirabeau zu rechtfertigen.

Die Versammlung wurde durch den Antrag anscheinend etwas überrascht. Dann setzte aber sofort eine große Zahl schärfster persönlicher und sachlicher Angriffe gegen Mirabeau ein. Pétion de Villeneuve, Gleizen, Chapelier, Rewbell u. a. betonten die Inkonsequenz dieses Verhaltens und die Notwendigkeit einer Erklärung. Duport hält dieses Vorgehen für unwürdig, nur Rhédon und Garat treten für den Antrag ein. Diese maßlosen Angriffe bewogen Mirabeau zu einer nochmaligen Verteidigung.<sup>18</sup> Bei der Unsicherheit der Ueberlieferung beschränke ich mich hier auf die Wiedergabe einer Wendung, die gut bestätigt ist und gleichzeitig ein praktisches Beispiel darbietet, wie Mirabeau sich zu verteidigen suchte.

„Ich habe vorgeschlagen, das Recht des Waffentragens in die Erklärung aufzunehmen. Es ist unwürdig, wenn ein Teil der Nation unbewaffnet ist, während der andere bewaffnet ist . . . . Darauf hat man mir aber erwidert, dieser Artikel sei im Augenblick gefährlich.“ Sie sehen also selbst, wenn Sie die Erklärung in diesem Zeitpunkt abfassen und sich den Umständen anpassen: „daß Sie eine verstümmelte, zweideutige und unvollständige Verfassung schaffen werden“. „Wenn man die Redaktion also nicht vornehmen kann, so muß man sie verschieben. Die Befürchtungen werden ja nur einen Tag dauern, die Erklärung soll aber ewig sein.“ Chapelier macht der Diskussion schließlich ein Ende durch den Antrag, den Komitee-Entwurf nochmals den Büros zur Beratung zu überweisen.

Das Verhalten Mirabeaus am 17. und 18. August ist widerspruchsvoll und hat infolgedessen die verschiedensten Beurteilungen erfahren. Walch behauptet, Mirabeau habe die Erklärung zu Fall bringen wollen, weil er schon damals insgeheim mit dem

---

18. *Journal II*, 543 ff.; *Courrier* 29 S. 14 ff. = A.P. VIII, 454; (*Gorsas II*, 391).

Hof in Verbindung gestanden sei und Klövekorn schließt sich ihm an.<sup>19</sup> Wir können die Frage hier nicht weiter erörtern und geben nur die Ansicht von Albrecht wieder,<sup>20</sup> die uns die richtige scheint. Die Verfasserin sucht den Grund zu seinem zwiespältigen Verhalten in Mirabeau selbst. Der Demagog Mirabeau hatte ein Interesse daran, „seinen Namen dauernd an das Lieblingskind der Versammlung zu knüpfen“. Sobald dazu aber keine Aussicht mehr bestand, ja als sein verhaßter Gegner Lafayette ihm den Rang abzulaufen drohte, siegt in Mirabeau der Staatsmann und er tritt für die Vertagung der Erklärung ein. Dieser Vertagungsantrag ist aber sicher nicht dazu bestimmt, die Erklärung überhaupt unmöglich zu machen. Dies geht deutlich aus der ganzen Stellungnahme Mirabeaus und seines Blattes hervor. Diesen Zwiespalt in seinem politischen Auftreten finden wir ja sonst auch noch.

Am 19. August wird die Diskussion über das Projekt des Fünfer-Komitees wieder aufgenommen, wenn auch seine Ablehnung von vornherein sicher ist. Der erste Redner, Abbé Bonnefoy,<sup>21</sup> tritt warm für die Erklärung Lafayettes ein, zu der die übrigen Entwürfe ja nur Kommentare geliefert hätten. Pellerin<sup>22</sup> wirft noch einmal in längerer Rede den Gedanken einer Pflichten-erklärung auf und schließt mit der Empfehlung des Projekts von Sinety, Gouiot warnt vor metaphysischen Einzelheiten, man müsse auf das einzig schöpferische Prinzip zurückgehen, das alle Rechte und Pflichten der Menschen umfasse, nämlich die Sorge für die Erhaltung des Lebens. Der Präsident läßt darauf über das Projekt des Fünfer-Komitees abstimmen; es wird mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Nun nimmt der Marquis de Bonnay seinen Antrag wieder auf, in den Büros zur Wahl eines Projekts zu schreiten. Ueber den Abstimmungsmodus entspinnt sich aber eine heftige Debatte. Besonders Dêmeuniers wendet sich scharf gegen eine Wahl in den Büros. Lally-Tollendal spricht darauf noch einmal über die

---

19. Walch S. 123 ff.; Klövek. S. 180 ff. Weitere Literatur s. Rees S. 126.

20. M. Albrecht op cit. S. 87 ff.

21. A.P. VIII, 457 = P.d.J. II, 169.

22. A.P. VIII 457 = Journal II 547; P.d.J. II 169.

Rechtheerklärung als solche.<sup>23</sup> Die Schwierigkeiten der Redaktion wären vielleicht ein Argument für die Gegner einer Erklärung. Aber die Versammlung hat eine Rechtheerklärung beschlossen und dieser Beschluß ist unwiderruflich. Sie soll aber klar, einfach und verständlich sein. Die Engländer, die sich sehr gut auf das Regieren verstehen, haben verschiedene Erklärungen verfaßt, aber sie sprechen nur von i h r Freiheit und Gleichheit und haben nur „*vérités de faits*“ in sie aufgenommen und alle moralischen und metaphysischen Fragen bei Seite gelassen. Es ist sicher eine schöne Idee, den Menschen an die Quelle seiner Rechte zurückzuführen. Diese Erklärung muß aber kurz sein und nachdem das Prinzip aufgestellt ist, soll man sofort die Konsequenzen ziehen und sich beeilen, den Menschen wieder nach Frankreich zu versetzen, nachdem man ihn zuerst in die Wälder geführt hat.

Ich habe alle Erklärungen gelesen. Die von Mirabeau ist in einer Hinsicht gut, sie vermeidet metaphysische Feinheiten nach Möglichkeit. Keine erscheint mir aber so klar und einfach, so streng den Prinzipien, dem Ort und der Zeit angepaßt wie die von Mounier. Ich finde in ihr die Erklärung von Lafayette wieder, die ich so sehr schätze. Man könnte daran einige Aenderungen vornehmen, die Einleitung von Mirabeau herübernehmen und namentlich einen Artikel aus Pison du Galand über das Etre suprême. Dieser Artikel ist auf alle Kulte und Religionen anwendbar. Ich bestehe darauf, daß die Rechtheerklärung sofort redigiert wird. Eine Wahl durch die Büros bedeutet nur Zeitverlust, man soll in der Versammlung zur Abstimmung schreiten.<sup>24</sup>

Noch einmal wird über den Abstimmungsmodus debattiert bis der Präsident endlich 3 Fragen stellt. Soll überhaupt abgestimmt werden? Dies wird bejaht. Soll die Wahl im Plenum oder in den

---

23. A.P. VIII, 458 = Lally Mémoires: Pièces justificatives Nr. 15, S. 97 ff.; Journal II, 551 ff. Gorsas II, 399 ff.

24. Diese letzte Forderung ist dem Journal und Gorsas entnommen, nach den mémoires und den A.P. hätte Lally dagegen eine Umarbeitung des Projekts v. Mounier bis zum nächsten Tag verlangt und weiter darauf hingewiesen, wenn es nicht bald zu einem Abschluß komme, müsse er für den Vertagungsantrag von gestern stimmen. Die Mémoires sind wohl identisch mit dem Manuskript der Rede von Lally, von dem er auf Grund der veränderten Sachlage abgewichen ist.



Büros stattfinden? Es wird zu Gunsten der Wahl im Plenum entschieden und so schreitet man endlich zur namentlichen Abstimmung. 620 Stimmen entschieden sich für das Projekt des 6. Büros, 240 für Sieyès und 45 für Lafayette.<sup>25</sup>

Dieser Ausgang der Abstimmung überrascht uns Heutige ebenso wie damals die Zeitgenossen. Gorsas sagt am Tage nach der Annahme: „Man hat noch nicht hinreichend begriffen, durch welche Fatalität (wir hätten fast gesagt Kabale) dieses Projekt dem von Sieyès und Lafayette und dem des Fünfer-Ausschusses vorgezogen worden ist. Sehr gut verstehen wir aber die Tatsache, daß kein Artikel dieses „angenommenen“ Projekts durchgehen wird“,<sup>26</sup> eine Prophezeiung, die sich im ersten Teil der Einzeldebatten vollauf bewahrheiten sollte. Unter diesen Umständen mag es müßig erscheinen, nach den Gründen dieses unerwarteten Ausgangs zu fragen.

Besonders erschwert wir die Frage dadurch, daß wir nicht einwandfrei unterrichtet sind über die Art und Weise wie die Abstimmung vorgenommen wurde.<sup>27</sup> Dadurch werden die meisten Vermutungen hinfällig. Ein Gesichtspunkt erscheint mir aber auf alle Fälle beachtenswert, die Uebereinstimmung der Erklärung des 6. Büros mit dem Projekt von Sinety. Es ist einleuchtend, daß die zahlreichen Anhänger einer Pflichtenerklärung nach dem Scheitern ihrer Pläne sich am ehesten zur Annahme eines Projekts entschließen konnten, das ihren Wünschen noch am weitesten entgegen kam und vereinzelt sogar die Pflichtenartikel von Sinety übernommen hatte. Der konservative Zug und die starke Betonung der Religion kamen weiten Kreisen des Klerus und des Adels entgegen. Die Anhänger einer Pflichtenerklärung und die konservativen Elemente, die sich um sie gruppierten, waren für sich allein aber zu wenig zahlreich, um dem Projekt des 6. Büros zum Sieg zu verhelfen. Weitere Vermutungen über das Zustandekommen dieser

---

25. Journal II, 554.

26. Gorsas II, S. 417, Anmerkung.

27. Walch, Rees, Klövek. nehmen eine einzige Abstimmung gleichzeitig über sämtliche Projekte an, was mit der Gesamtstimmenzahl für die einzelnen Projekte gut übereinstimmen würde. Der „authentische Bericht“ des P.V. läßt dagegen eher vermuten, daß der Reihe nach über die einzelnen Projekte abgestimmt wurde.

Zufallsmajorität — denn um eine solche handelt es sich — auszusprechen, erscheint mir aber zu gewagt.

### C. Diskussion der einzelnen Artikel und Fertigstellung der Endredaktion 20.—27. August.

Die Annahme der Erklärung des 6. Büros führte die Nationalversammlung endlich aus den allgemeinen Betrachtungen heraus und zwang sie unter Zugrundelegung der einzelnen Artikel dieses Entwurfs an die Fertigstellung der Endredaktion heranzugehen. So beginnt die Debatte am 20. August zuerst mit allgemeinen Betrachtungen über diesen Entwurf, dann folgen Bemerkungen über die Präambel und schließlich über die einzelnen Artikel.<sup>1</sup>

Target hält das Projekt zwar als Verhandlungsgrundlage, nicht aber als Vorbild für geeignet, es enthalte keine falschen Prinzipien, aber es fehle ihm an der nötigen Energie im Ausdruck, außerdem lassen es wesentliche Einzelheiten wie das Recht auf Freiheit und das Widerstandsrecht vermissen.<sup>2</sup> Ein Vorschlag von Dêmeuniers, die ersten zwölf Artikel einfach zu übergehen, um Zeit zu sparen, verfällt der Ablehnung und man geht zur Beratung der Präambel über.

De Laborde macht einen entsprechenden Vorschlag: Das Ziel jeder Gesellschaft ist die Verbreitung und Sicherung der Rechte des Menschen und Bürgers. Das *corps législatif* hat sich auf ihren Schutz zu beschränken, in folgedessen erklären die Vertreter der französischen Nation nach Anrufung des *Etre suprême* die folgenden Artikel, die die Grenzen der konstituierten Gewalten bilden sollen. Duquesnoy<sup>3</sup> unterstützt diesen Antrag. Der Graf von Virieu verteidigt die Präambel des 6. Büros und zwar namentlich wegen der Anrufung des *Etre suprême*. Die Behauptung, der Mensch erhalte seine Rechte von der Natur, lehnt er schroff ab. Der *Vicomte de Mirabeau* warnt vor metaphysischen Diskussionen, da man sonst nur von wenigen verstanden und nur von diesen bewundert werde, die nichts verstanden hätten. Er begnügt sich mit

---

1. Vergl. Journal III, 9.

2. Journal III, 10; A.P. VIII, 461; P.d.J. 176.

3. Für De Laborde und Duquesnoy usw. siehe A.P. VIII, 462; Journal III, 11 ff.; P.d.J. S. 176 ff.

folgender Fassung: Um jedem Bürger Freiheit, Sicherheit und Eigentum zu sichern, beschließen die Vertreter der französischen Nation . . . . .

Volney stellt dagegen die historischen Gründe zusammen, die eine Rechteerklärung notwendig gemacht haben. „In diesem Augenblick erhob sich ein Streit, der in dieser erhabenen Versammlung niemals hätte ausbrechen dürfen.“<sup>4</sup> De Laborde widerlegt Virieu, und hält die Anrufung des *Etre suprême* für unnötig. Dadurch wurden aber die religiösen Gefühle weiter Kreise verletzt. Der Klerus hielt jetzt nur um so zäher an seiner Forderung fest. Der Bischof von Nîmes widerlegt De Laborde, und Mougins et Pellerin weisen auf die entsprechenden Beispiele in Rom, Rußland und Amerika hin. Bei der Abstimmung wurde dann nach geringfügigen Aenderungen und unter Hinzufügung von „en présence et sous les Auspices de l'Etre suprême“ die Präambel des Fünfer-Komitees angenommen.<sup>5</sup> Dieses Ergebnis überrascht uns nach der fast einstimmigen Ablehnung, die das Projekt des Fünfer-Komitees erfahren hatte, doch hatte Lally-Tollendal schon am Tage vorher den gleichen Vorschlag gemacht.<sup>6</sup>

Es folgt nun die Verlesung der ersten 10 Artikel des 6. Büros,<sup>7</sup> die — und das ist kennzeichnend für den weiteren Verlauf der Debatte — sofort durch eine Flut neuer Vorschläge ersetzt werden. Hat man sich dann schließlich auf eine neue Grundlage geeinigt, so wird sie durch Zusatzanträge, Streichungen und Hinzufügungen oft noch derart abgeändert, daß man die ursprüngliche Gestalt kaum mehr erkennt. — D'André beginnt mit der Bemerkung, der erste Artikel des 6. Büros spreche von Wünschen und Bedürfnissen, wir haben aber keine „*déclaration des désirs*“ zu machen, den zweiten Artikel verstehe er nicht; für Artikel 3—5 schlägt er dann eine gekürzte Fassung des zweiten Artikels von Lafayette vor. Target, der sich mehr durch unermüdliche als erfolgreiche Vorschläge auszeichnet, will die verlesenen Artikel durch 5 andere ersetzen, die sich aber im wesentlichen auf der gleichen Linie bewegen. Der

---

4. Journal III, 16.

5. Für diese Diskussion A.P. VIII, 463 = Journal III, 16 ff.

6. Vergl. S. 124.

7. Wir verweisen auf den Abdruck der Erklärung des 6. Büros im Anh.

Bischof von Langres verschmilzt die beiden ersten Sätze des 6. Büros und nimmt darin den „auteur de la nature“ auf.

Eine treffende Bemerkung des Duc de Mortemart über die verlassenen Galerien rüttelt die Versammlung endlich auf und so werden 3 Artikel angenommen, die Mounier soeben nach seinen eigenen Entwürfen vorgeschlagen hatte. Wegen des Ausdrucks „naissent libres“ entsteht noch einmal eine heftige Debatte.<sup>8</sup> Gorsas sieht in dieser Formulierung geradezu die Verewigung der Sklaverei und beglückwünscht die Abgeordneten, die diesen Schlag der „aristokratischen Liga“ vereitelt haben durch ihren Vorschlag „naissent et demeurent libres“. Die 3 Artikel lauten dann:<sup>9</sup>

I. Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits. Les distinctions sociales ne peuvent être fondées que sur l'utilité commune.

II. Le but de toute association politique est la conservation des droits naturels et imprescriptibles de l'homme. Ces droits sont: la liberté, la propriété, la sûreté et la résistance à l'oppression.

III. Le principe de toute souveraineté réside essentiellement dans la nation. Nul corps, nul individu ne peut exercer d'autorité qui n'en émane expressément.

Am 21. August beginnt die Diskussion mit einem Vorschlag Lameth's, Artikel 7—10 des 6. Büros durch die folgenden zwei zu ersetzen.<sup>10</sup>

1. La liberté consiste à pouvoir faire tout ce qui ne nuit pas à autrui: ainsi l'exercice des droits naturels de chaque homme n'a évidemment des bornes que celles qui assurent à tous les autres membres de la société la jouissance des mêmes droits. Ces bornes ne peuvent être déterminées que par la loi.

2. La loi ne peut défendre que les actions évidemment nuisibles à la société. Tout ce qui n'est pas défendu par la loi ne peut être empêché, et nul ne peut être contraint à faire ce qu'elle n'ordonne pas.

Von verschiedenen Seiten wir die Formulierung évidemment nuisible banstandet. Das Wort évidemment mache den Bürger zum

---

8. Gorsas II, 421; Andeutungen finden sich in Courrier 30, S. 12.

9. A.P. VIII, 463.

10. A.P. VIII, 464; vergl. Journal III, 23 ff.



Richter über das Gesetz. Ein zweiter Vorschlag will in dem Ausdruck *la loi ne peut défendre, peut in doit* ändern. Trotz des Widerstandes Duports, der darin die Möglichkeit zu Mißbräuchen sieht, wird auch dieser Antrag angenommen. Der Bischof von Langres möchte die Freiheit als „*liberté civile*“ definiert haben, denn es handle sich hier nicht um die natürliche, sondern die politische Freiheit. Rhédon entgegnet darauf, in der Rechteerklärung könne es sich nur um die natürliche Freiheit handeln, erst das Gesetz, die Verfassung umschreibe dann die *liberté civile*. Das Wort *liberté* allein genüge aber. Bei der Abstimmung werden dann die beiden Sätze von Lameth mit der schon erwähnten Aenderung als Artikel IV und V der Endredaktion angenommen.<sup>11</sup>

Nun wendet man sich den Artikeln 11—13 des 6. Büros zu, die die Zulassung zu den Aemtern und die Definition des Gesetzes enthalten. Barrère de Vieuzac möchte eine energischere Fassung der Artikel, das Recht, die verschiedenen Aemter auszuüben, dürfe weder erblich noch ausschließlich sein.<sup>12</sup> Martineau schlägt 5 Artikel vor, die lebhaften Beifall finden; der erste beschäftigt sich mit der Bildung des Gesetzes, der zweite und dritte mit der Unterwerfung unter das Gesetz, der vierte wendet sich gegen die willkürliche Verhaftung und der letzte folgert aus der Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichheit der Strafen und freie Zulassung zu den Aemtern „*sans autre distinction que celle des talents et de la vertu*“.<sup>13</sup> Weitere Vorschläge von Camus und Target haben keinen Erfolg.

Chapelier verteidigt als einziger den Artikel 11 des 6. Büros. Mounier betont, daß die Rechteerklärung der Führer für den Gesetzgeber sei, und ihn nicht einengen dürfe. Man könne nicht sagen, alle Bürger hätten ein gleiches Recht zu allen Aemtern berufen zu werden (*être appelés*), sondern sie seien ohne Unterschied der Geburt nach ihrem Talent oder Fähigkeit zuzulassen (ad-

---

11. Die Schlußredaktion zeigt noch weitere Aenderungen, in Art. 4 wird bei der Definition der Freiheit *pouvoir* und weiter unten *évidemment* gestrichen. Statt „*des mêmes droits*“ heißt es: *de ces mêmes droits*. In Art. ) „*la Loi n'a pas le droit de défendre*“ statt „*ne doit défendre*“.

12. A.P. VIII, 464 = P.d.J. II, 183.

13. A.P. VIII, 465 = Journal III, 29.

missibles).<sup>14</sup> Gouy-d'Arcy faßt alle Gedanken in einen Artikel zusammen. Das Gesetz ist der Ausdruck des Allgemeinwillens, es soll alle Verbrecher gleichmäßig bestrafen und keine Bürger von den Aemtern ausschließen. Nach vielen vergeblichen Versuchen gelingt es endlich Talleyrand-Périgord die Stimmen auf seinen Vorschlag zu vereinigen; er lautet:

La loi étant l'expression de la volonté générale, tous les citoyens doivent concourir personnellement ou par représentation à sa formation; elle doit être la même pour tous, soit qu'elle protège, soit qu'elle punisse. Tous les citoyens, étant égaux à ses yeux, sont susceptibles de toutes les places, de tous les emplois publics, selon leur capacité.<sup>15</sup>

Sofort überstürzen sich aber die Abänderungsanträge. Le Hodey sagt mit Recht: „Niemals erfuhr ein Antrag so viele „amendements“, niemals war eine Sitzung stürmischer.“<sup>17</sup> Es handelte sich namentlich um vier Vorschläge, susceptible durch admissible zu ersetzen, selon leur capacité,<sup>18</sup> sans distinction und endlich de naissance hinzuzufügen. Der erste Antrag wird angenommen, ebenso der zweite. Da rief plötzlich ein Mitglied, daß die Abstimmung ohne Diskussion vorweg genommen worden d. h. deshalb ungültig sei.

Und nun brach ein allgemeiner Sturm los, der Präsident verlor völlig den Kopf.<sup>19</sup> Ein Teil der Versammlung will die Annulierung des Worts capacité, weil das ihren Anschauungen widerspricht. „Au milieu des éclats et des cris (je dirais presque des mugissements)“ konnte sich endlich Lally-Tollendal Gehör verschaffen, der sich diesem Versuch aufs energischste widersetzte. Die Freiheit würde verschwinden, wenn man auf das Verlangen der Minderheit auf bereits entschiedene Fragen zurückkommen könnte. Er

---

14. A.P. VIII, 465 = P.d.J. II, 184.

15. Später abgeändert in par leurs représentants, ohne daß wir in der Debatte etwas davon erfahren.

16. A.P. VIII, 465 = P.d.J. II, 185.

17. Journal III, 32.

18. Das Wort müßte also im Vorschlag von Talleyrand noch gefehlt haben.

19. Le Hodey gibt uns hier ein sehr anschauliches Bild der Debatte, Journal III, S. 33 ff.

schlägt einen Ausweg vor: „sans distinction de naissance“ durch den Ausdruck „sans distinction que celle de leurs talents et de leurs vertus“ zu ersetzen. Mit diesen drei Zusätzen wurde der Artikel Talleyrands angenommen.

Am 22. August stehen die Strafprozeßbestimmungen, die Artikel 15 und 16 der Vorlage, zur Debatte. Target macht sofort zwei neue Vorschläge. Jeder Bürger kann nur im Namen des Gesetzes angeklagt, verhaftet oder bestraft werden und zwar nur in den vom Gesetz vorgeschriebenen Formen. Und ferner: Jeder willkürliche Befehl gegen die Freiheit wird bestraft, wer einen solchen verlangt, ausstellt, ausführt oder ausführen läßt, ist strafbar.<sup>20</sup> Der Marquis de Bonnay wendet sich mit Nachdruck gegen die rückwirkende Kraft der Gesetze und schlägt drei Artikel vor. Kein Gesetz darf rückwirkende Kraft haben, erst von seiner Veröffentlichung an wird es für alle obligatorisch. In dieser Unterwerfung unter das Gesetz besteht die bürgerliche Gleichheit. Der zweite Satz deckt sich im wesentlichen mit dem ersten von Target und der dritte greift bereits auf die religiöse Freiheit hinüber.<sup>21</sup>

Duport<sup>22</sup> verbreitet sich dann über den Geist der Strafgesetzgebung. Nichts ehrt eine Nation mehr als die Milde ihrer Strafgesetze und die Rücksicht gegen die Angeklagten im Verlauf der Untersuchung. Die Habeas Corpus-Akte und die Einrichtung der Geschworenen haben in England dieses Gefühl allgemein verbreitet. Vergebens haben wir die Folter abgeschafft, solange unsere Strafverfahren geheim bleiben und ohne Notwendigkeit Verhaftungen vorgenommen werden, solange unsere Strafgesetze nur eine Reihe von Attentaten auf die Menschlichkeit, Gerechtigkeit und die Vernunft darstellen, solange werden wir uns des Namens freier Menschen nicht rühmen können.<sup>23</sup> In diesem Sinn schlägt er zwei Artikel vor, das Gesetz kann nur unbedingt notwendige Strafen festsetzen und der Schuldige darf nur auf Grund eines vorher verfaßten und rechtmäßig angewendeten Gesetzes bestraft werden. Da der Mensch bis zu seiner Verurteilung unschuldig ist,

---

20. A.P. VIII, 470 = Journal III, 44.

21. A.P. VIII, 471 = P.d.J. II, 192.

22. A.P. VIII, 471 = Journal 45; P.d.J. II, 192 ff.; Courrier 31, 3 ff.

23. Nach Courrier 31, 3 ff.

muß bei der eventuell notwendigen Verhaftung jede Härte vermieden werden. Lally-Tollendal unterstützt diese Ausführungen Duports nachdrücklich.

Nun erhebt sich die Frage, ob nur die Minister für die Willkürbefehle verantwortlich zu machen seien. Dieser Ansicht widerspricht Mirabeau. Wenn sich die Verantwortlichkeit nicht auf alle Subalternbeamten erstreckte, namentlich bei uns, so würde es auf der Erde keine Nation geben, die besser zur Sklaverei geeignet ist als wir.<sup>24</sup> Der Herzog du Châtelet schlägt die englische Methode des warrant vor. Malouet wünscht die Annahme des 19. Artikels von Sieyès.

Die Versammlung kommt aber auf die Vorschläge von Duport und Target zurück; zuerst diskutiert man aber über Zusatzanträge. Martineau will den Artikel über die willkürlichen Befehle an die Verfassung verweisen. Mirabeau bekämpft diesen Vorschlag und tritt für eine Trennung des politischen Dogmas der Verantwortlichkeit von ihrem Modus ein. Das Dogma soll in die Erklärung aufgenommen werden, der Modus aber in die Verfassung. So wird der Antrag Martineaus verworfen.<sup>25</sup>

Daraufhin kommt der Antrag Malouets zur Abstimmung. Um ihn zu Fall zu bringen, wird dagegen eingewendet, er schreibe nur eine Pflicht vor.<sup>26</sup> Dêmeuniers schlägt aber eine Verschmelzung mit dem ersten Artikel von Target vor, was allgemein angenommen wird. Es wird nun noch „au nom de la loi“ in „en vertu de la loi“ abgeändert, weil auch der Despotismus immer behauptet habe, er handle im Namen des Gesetzes. So werden die Artikel in folgender Fassung angenommen.<sup>27</sup>

VII. Nul homme ne peut être accusé, arrêté ni détenu que dans les cas déterminés par la loi, et selon les formes qu'elle a prescrites; ceux qui sollicitent, expédient ou exécutent ou font exécuter des ordres arbitraires, doivent être punis; mais tout citoyen appelé ou saisi en vertu de la loi doit obéir à l'instant, il se rend coupable par la résistance.

---

24. A.P. VIII, 471 = Journal III, 47.

25. A.P. VIII, 472 = Journal III, 49 ff.

26. Journal III, 51.

27. A.P. VIII, 472.



VIII. La loi ne doit établir que des peines strictement et évidemment nécessaires, et nul ne peut être puni qu'en vertu d'une loi établie et promulguée antérieurement au délit et légalement appliquée.

IX. Tout homme étant présumé innocent jusqu'à ce qu'il ait été déclaré coupable, s'il est jugé indispensable de l'arrêter, toute rigueur qui ne serait pas nécessaire pour s'assurer de sa personne doit être sévèrement réprimée par la loi.

Noch am gleichen Tage wurde die Frage der religiösen Freiheit angeschnitten, die die Versammlung auch noch am nächsten Tag beschäftigen sollte. Castellane will die Artikel 16—18 des 6. Büros durch folgenden Passus ersetzen. „Nul homme ne doit être inquiété pour ses opinions religieuses, ni troublé dans l'exercice de sa religion“.<sup>28</sup> Anschließend unterstreicht der Bischof von Clermont den Wert der Religion. Sie ist die Basis der Reiche. „Ich verlange, daß die Prinzipien der französischen Verfassung auf der Religion als ewiger Grundlage ruhen.“

De Laborde<sup>29</sup> verherrlicht die Toleranz: „Die Toleranz ist das Gefühl, das uns in diesem Augenblick alle beseelen soll. Die religiöse Meinung vorschreiben, hieße den grausamsten Despotismus in das Herz aller Bürger tragen“.

Die Mächte der Erde haben nichts gemein mit der Religion; die gesetzmäßige Gewalt kann verhindern, daß man die Kulte beeinträchtigt, aber sie kann nicht über die Gewissensfreiheit bestimmen. „Die Freiheit der Religion ist ein heiliges Gut, das jedem Bürger gehört.“ Keine Autorität kann es ihm nehmen. „Achten wir die fremden Kulte, damit man den unseren achtet.“

Darauf erwidert ein Geistlicher<sup>30</sup> mit Würde aber Nachdruck. Wir haben alles aufgegeben, was unser weltliches Interesse angeht, aber wir werden immer Mut genug besitzen, die Sache der Religion aufrecht zu erhalten. Er schlägt eine Teilung der Artikel vor. Ueber diesen Vorschlag erhebt sich ein Streit. Verschiedene Mitglieder sind der Ansicht, man solle den ganzen Gegenstand erst in

---

28. Courrier 31, 9. P.d.J. II, 196. In den A.P. fehlt dieser Antrag wie im Journal. Le Hodey holt ihn aber ausdrücklich nach Journal III, 67.

29. A.P. VIII, 472 = Journal III, 53 ff.

30. Journal III, 55 nennt Desmarests. P.d.J. II, 196. Gouttes.

der Verfassung behandeln. Dem widerspricht Mirabeau und tritt leidenschaftlich für die absolute Gewissensfreiheit ein.<sup>31</sup>

„Ich predige hier keine Toleranz. Die unbegrenzte Religionsfreiheit ist in meinen Augen ein so heiliges Recht, daß mir selbst das Wort Toleranz, das es auszudrücken versucht, in gewisser Hinsicht tyrannisch erscheint. Das bloße Vorhandensein einer Autorität, in deren Macht es steht, Toleranz zu üben, ist schon durch den Umstand, daß sie toleriert, also auch nicht tolerieren könnte, ein Eingriff in die Gedankenfreiheit.“ Wir machen eine Rechteerklärung. Die vorgeschlagenen Artikel sind aber keine Rechte. Also muß man sie anders fassen und sagen, „es ist ein Recht des Menschen, die Religion zu achten und sie aufrechtzuerhalten“. Aber das ist eine Pflicht und kein Recht. —

Diese Pflicht läßt aber ein Recht entstehen: „Que nul ne peut être troublé dans sa religion“. Es gibt immer verschiedene Religionen, weil es immer verschiedene religiöse Meinungen gibt. Aber die Verschiedenheit der Meinungen stammt notwendigerweise aus der Verschiedenheit der Veranlagungen (*esprits*) und man kann diese Verschiedenheit nicht hindern, also kann sie auch nicht angegriffen werden. Dann ist aber die freie Ausübung irgend welchen Kults ein Recht jedes Menschen, daher soll man sein Recht und seinen Kult achten. Das ist der einzige Artikel, der über diesen Gegenstand in der Rechteerklärung notwendig ist.

Abbé d'Eymar<sup>32</sup> sieht in der Religion eine Pflicht des Menschen, aber er hat das Recht sie friedlich auszuüben. Ich verlange die Trennung der Artikel 16 und 18 und sofortige Beratung. Camus unterstützt diesen Antrag, aber die allgemeine Unruhe hindert die Weiterberatung, die auf den nächsten Tag, einen Sonntag, verlegt wird. Mirabeau sucht diese Vertagung auf einen Sonntag zu verhindern. „Die Toleranten gehen fort und die Intoleranten werden bleiben et c'était la veille de la Sainte Barthélemi.“<sup>33</sup> Aber seine Bemühungen blieben fruchtlos.

Der 23. August führte den Kampf um die Religions- und Kultfreiheit auf den Höhepunkt. Der Klerus hatte an diesem Tag alles

---

31. A.P. VIII, 473; *Courier* 31, 9 ff.; *Journal* III, 56 ff.

32. A.P. VIII, 473 = *Journal* III, 57.

33. *Journal* III, 57/58.

aufgeboten, um eine wirkliche freizügige Lösung zu verhindern. Pétion de Villeneuve beginnt die Aussprache mit der Forderung Artikel 16 und 17 bis zur Verfassung zurückzustellen. Maillot betont, daß die Religion zu den Rechten des Menschen gehöre. Würde sie allerdings nur in den Zeremonien des Kults bestehen, so könnte man sie erst in der Verfassung behandeln. Die Religion ist aber das feierlichste, erhabenste und heiligste aller Gesetze. Auch Bouche tritt für die Vertagung ein und geht gleich zu Artikel 18 über, dem er folgende Fassung zu geben wünscht: Da keine Gesellschaft ohne Religion bestehen kann, so hat jeder Mensch das Recht frei in seinem Glauben und religiösen Anschauungen zu leben, da sie allein vom Denken herrühre, das nur Gott richten kann.<sup>34</sup>

Abbé d'Eymar tritt wieder energisch für die Erhaltung und Achtung der Religion ein. Er sieht ihren Hauptwert darin, daß sie eine Art „höheren Gerichtshof“ bilde, für die geheimen Verbrechen, die das Gesetz nicht mehr erfassen kann. Die Behandlung der Kultfrage möchte er dagegen an die Verfassung verweisen. Er schlägt dann den Artikel 16 des 6. Büros aufs Neue vor und möchte verhindern, daß gleichzeitig schon über den 18. diskutiert wird.<sup>35</sup>

Auch Clermont-Lodève<sup>36</sup> wendet sich energisch gegen die Absicht, Artikel 16 und 17 erst in der Verfassung zu behandeln. In einer Rechteerklärung soll man alles nennen, was dazu dient, diese Rechte zu garantieren. „Wie kann man einen Augenblick diese heilige, feierliche Garantie der Religion vergessen?“ „Das Gesetz straft nur die Delikte und die bewiesenen Delikte. Allein die Moral unterdrückt die verbrecherischen Wünsche gegen die Rechte anderer.“ Ohne Religion sind alle Beziehungen der Gesellschaft gelöst. „Mit einem Wort, ohne Religion ist es unnötig, Gesetze zu machen und Regelungen zu treffen, es bleibt nur noch übrig, aufs Geratewohl zu leben.“

Talleyrand<sup>37</sup> widerspricht dieser Anschauung. Wenn man die Artikel 16 und 17 in die Erklärung aufnehmen wollte, müßte man sie zum mindesten abändern. Die Achtung der Religion und Moral ist nur eine Konsequenz, man muß aber das Prinzip aufstellen.

---

34. A.P. VIII, 475, Journal III, 63.

35. A.P. VIII, 475 = Journal III, 64 ff.

36. A.P. VIII, 476 = Journal III, 67 ff.

37. A.P. VIII, 476 = Journal III, 69 ff.

Artikel 17 verlangt zur Aufrechterhaltung der Religion einen öffentlichen Kult, der geachtet werden soll. Das ist richtig. Welcher Zusammenhang besteht aber zwischen dieser Konsequenz und den geheimen Verbrechen? Der Kult verhindert sie nicht. Er ist eine äußere Huldigung, die dem Schöpfer dargebracht wird. Das Prinzip ist die Religion, die Konsequenz, der Kult und das Gesetz hat festzulegen, welches dieser Kult sein soll. Jeder Artikel einer Rechteerklärung soll aber beginnen: „Jeder Mensch in der Gesellschaft hat das Recht“ . . . . Der Artikel über den Kult kann nicht so beginnen. Er gehört also zur Verfassung. „Dort wird das heilige und geheiligte Wort der katholischen Religion ausgesprochen werden.“

Der Präsident läßt über die Frage abstimmen und Artikel 16 und 17 werden an die Verfassung verwiesen und mit der Diskussion des Artikels 18 begonnen.<sup>38</sup> Castellane erneuert seinen Antrag und Mirabeau tritt sofort für ihn ein.<sup>39</sup> Man hat gesagt, der Kult sei eine Angelegenheit der Polizei und die Gesellschaft habe infolgedessen das Recht, den einen zu erlauben und den andern zu verbieten. Ich frage Sie aber, ob Sie als Gesetzgeber oder als Katholiken reden: „Machen Sie diese Schwierigkeit als Katholiken, so geben sie damit zu, daß der Kult . . . als menschliche Einrichtung dem Irrtum unterworfen ist . . . woraus nach ihnen folgen würde, daß der katholische Kult nicht göttlicher Institution ist, und nach mir, daß sie keine Katholiken sind“. Machen sie diese Schwierigkeit als Gesetzgeber, so habe ich einzuwenden: Der Kult besteht in Gebet, Predigt usw. und es ist vollständig sinnlos zu behaupten, der Polizeiinspektor habe das Recht, die „oremus“ und Litaneien zu redigieren (dresser). Sache der Polizei ist es, zu verhindern, daß irgend jemand die öffentliche Ordnung und Ruhe stört. Darüber wachen, daß kein Kult, selbst nicht der Ihre, die öffentliche Ordnung stört, das ist Ihre Pflicht, aber weiter können Sie nicht gehen.

Man spricht ständig von einem herrschenden Kult. Ich verstehe diese Worte nicht. Es gehört aus unserer Gesetzgebung verbannt; sonst haben wir bald einen herrschenden Kult, eine herr-

---

38. A.P. VIII, 476 = P.V. no 57, S. 1 ff.

39. A.P. VIII, 476 ff. = Courrier 31, 17 ff.; Journal III, 71.



schende Philosophie, herrschende Systeme. Nichts soll aber herrschen außer der Gerechtigkeit, außer dem Recht, jedes einzelnen, alles andere ist dem unterworfen.

Der nächste Redner nimmt zwar den ersten Teil des Antrags von Castellane an, lehnt aber den zweiten über die Kultfreiheit ab.<sup>40</sup> Darauf verteidigt sich Castellane.<sup>41</sup> Die Freiheit der Meinung ist sicher ein Recht des Menschen. „Vergebens wird man behaupten, daß der zweite Teil meines Antrags nicht zur Rechteerklärung gehöre, er ist eine Entwicklung, eine notwendige Folge des ersten. Wenn man zugibt, daß die Menschen das Recht haben in ihrer religiösen Meinung nicht behindert zu werden, so gibt man damit auch zu, daß sie das Recht haben, Gott den Kult zu erweisen, den sie ihm schuldig zu sein glauben.“<sup>42</sup> Niemand kann in seiner religiösen Meinung gestört oder in der Ausübung seiner Religion behindert werden. Wenn das nicht die Wahrheit wäre, müßte es das Gegenteil sein. „Einen Menschen daran hindern der Gottheit seine Erkenntlichkeit darzubringen, hieße aber die Gewissen tyrannisieren und die heiligsten Rechte des Menschen und Bürgers verletzen.“

Hier bricht die Diskussion für eine Weile ab und es werden zwei Anträge gestellt, der erster, den Artikel von Castellane anzunehmen, aber seinen zweiten Teil zu streichen und zweitens auch diesen Artikel (Artikel 18 der Vorlage) bis zur Verfassung zurückzustellen. Während der Debatte über die beiden Anträge zieht Castellane den zweiten Teil seines Vorschlags zurück. Der Artikel 18 des 6. Büros wird daraufhin verworfen und der gekürzte Antrag Castellanes zur Diskussion gestellt.<sup>43</sup>

Ueber das, was nun folgt, haben wir keinen genauen Bericht mehr. Der Point du Jour verzichtet überhaupt auf eine Wiedergabe, der *Courrier de Provence* greift nur einige Anträge und Reden heraus und Le Hodey sagt: „Ich kehre hier die Reihenfolge der Ereignisse um. Es ist übrigens unmöglich, den Vorgängen einer Sitzung genau zu folgen, in der die ausgesprochenste Unordnung

40. P.d.J. II, 200.

41. A.P. VIII, 477 = Journal III, 73 ff.; *Courrier* 31, 20 ff.

42. Nach *Courrier*.

43. Journal III, 74 ff.; P.d.J. II, 201; *Gorsas* II, 456.

herrschte, die Parteilichkeit befahl, der Ruf der Natur, die Stimme der Vernunft und die Rechte des Menschen verachtet wurden, in der der Präsident dem Ruf seines Gewissens nicht widerstehen konnte und zweimal um seine Demission bat.“<sup>44</sup> Fast zu jedem Wort wurde ein „amendement“ und zu diesem wieder ein „sous-amendement“ eingebracht. Wir müssen uns hier auf die Aufzählung der wichtigsten beschränken: nach opinions sollte das Wort même eingefügt werden und am Schluß eine Reihe von Zusätzen hinzugefügt werden z. B. *pourvu qu'il ne trouble pas l'ordre public, . . . qu'elles ne troublent etc. . . . pourvu que leurs manifestations ne troublent pas l'ordre public* und dazu wieder ein weiterer Zusatz *établi par la loi*.<sup>45</sup>

Dieser letzte Antrag ging von Virieu aus, der ihn folgendermaßen begründete:<sup>46</sup> Wenn auch jeder denken kann, was ihm gefällt, so folgt daraus doch nicht, daß man ihm das Recht geben kann, seine Gedanken zu äußern. Diese unheilvolle Freiheit würde nur die Welt umstürzen. Die religiösen Sekten haben den Frieden der Welt gestört, weil sie ihre Anschauungen geäußert, ihre Lehren veröffentlicht und Anhänger gewonnen haben. Der Klerus nahm diese Rede mit Händeklatschen auf, von der Minorität wurde er aber ständig zur Ordnung gerufen.

Erst die Anwesenheit der Protestanten Rabaud de Saint-Etienne<sup>47</sup> auf der Tribüne beruhigte den Tumult einigermaßen. Intoleranz und Inquisition haben immer behauptet, daß man die Gedanken nicht angreifen dürfe, daß jeder in seinen Anschauungen frei sei, vorausgesetzt, daß er sie nicht äußere; die Äußerung könne aber die öffentliche Ordnung stören und deshalb soll das Gesetz sie aufs Strengste überwachen. Ich verlange hier im Namen meiner „commettants“, einer „sénéchaussée“ von 360 000 Einwohnern, von der mehr als 120 000 Protestanten sind, „daß jeder Bürger frei sei in seinen Anschauungen, daß er das Recht habe, frei seinen Kult zu bekennen und daß er um seiner Religion willen nicht beunruhigt werden dürfe“.

---

44. Journal III, 75.

45. Journal III, 76.

46. Courrier 31, 25 ff.

47. A.P. VIII, 478 ff. = P.V. no 57.

„Die Protestanten tun alles für das Vaterland und das Vaterland lohnt sie mit Undankbarkeit, sie dienen ihm als Bürger und werden dafür als Sklaven behandelt.“ Aber es gibt endlich eine französische Nation, an sie appelliere ich zu Gunsten von 2 Millionen nützlicher Bürger, die heute ihre Rechte als Franzosen reklamieren. „Ich verlange nicht Toleranz, ich verlange Freiheit.“ Toleranz, Verzeihung, Gnade sind souverän ungerechte Gedanken gegen Dissidenten, solange es wahr ist, daß die Verschiedenheit der Religion, die Verschiedenheit der Meinung kein Verbrechen ist. „Toleranz, ich verlange, daß sie ihrerseits geächtet wird . . . .“

„Ich verlange für alle Nichtkatholiken, was Sie für sich verlangen, Gleichheit der Rechte und Freiheit, Freiheit ihrer Religion, Freiheit ihres Kults, Freiheit der „Celebrierung“ in dafür geweihten Räumen, endlich die Sicherheit, in ihrer Religion nicht gestört zu werden gerade so wie Sie“. „Ahmen Sie diese edelmütigen Amerikaner nach, die an die Spitze ihres „code civil“ den geheiligten Grundsatz der allgemeinen Freiheit der Religion gesetzt haben, das Beispiel der Pennsylvanier, die erklärt haben, daß alle, die einen Gott verehren, in welcher Weise sie ihn auch anbeten, sämtliche Bürgerrechte genießen sollen.“

Sie haben beschlossen, daß „alle Menschen naissent et demeurent libres et égaux“. Deshalb sind die Rechte aller Franzosen die gleichen und ich sehe keinen Grund, warum ein Teil der Bürger zum andern sagen sollte: „Ich werde frei sein, aber ihr sollt es nicht sein. Wir sind frei in unseren Gewissen, aber ihr nicht in den euren, weil wir es nicht so wollen“. Sie können kein einziges Recht haben, das ich nicht auch habe. „Wenn Sie frei sind, muß ich auch frei sein, wenn Sie ihren Kult bekennen, muß ich den meinen auch bekennen dürfen“, andernfalls würden Sie gegen Ihre eigenen Prinzipien sündigen.

Seine Rede, die noch einmal den Gedanken der unbeschränkten Religionsfreiheit zu retten versuchte, wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Aber die hohe Geistlichkeit hält ihr Ziel fest im Auge. Der Bischof von Clermont stimmt in vollem Ausmaß der Ansicht Virieu's zu und der Bischof von Lydda meint, man müsse den Nichtkatholiken zwar die Freiheit lassen, zu glauben oder nicht zu glauben, aber man könne niemals die öffentliche Ausübung ihres

Kults anerkennen. Ehe es jetzt zur Abstimmung kam, suchte die Minderheit, namentlich Mirabeau, zu Wort zu kommen, um eine Vertagung auf den nächsten Tag zu erreichen, da sie hoffte, in einer zahlreicheren Versammlung ihre Ansicht besser durchsetzen zu können. Der Klerus fürchtete aber, daß Mirabeau die Majorität an sich reißen könnte und ließ ihn nicht zu Wort kommen.<sup>49</sup> Selbst der Präsident war der Ansicht der Minderheit und bot vergebens seine Demission an.

„Die Diskussionen haben dem Klerus gezeigt, daß er Herr der Lage ist und er benützt dies um einen Abänderungsantrag nach dem andern durchzubringen.“<sup>50</sup> So erhält der Artikel X der Erklärung folgende Fassung:

„Nul ne doit être inquiété pour ses opinions même religieuses, pourvu que leur manifestation ne trouble pas l'ordre public établi par la loi.“

Mirabeau und Le Hodey gaben in ihren Zeitungen ihrer tiefen Enttäuschung und Erbitterung unumwundenen Ausdruck und halten mit heftigem Angriff auf den Klerus nicht zurück.<sup>51</sup>

Die Ereignisse des 23. August hatten am nächsten Tag noch ein kleines Nachspiel. Da die verschiedenen Anträge aber im Widerspruch zum „reglement“ standen, übergang man sie und wandte sich der Beratung des Artikels 19 des 6. Büros über die Gedankenfreiheit zu.<sup>52</sup>

Der Herzog von Lévis spielt noch einmal deutlich auf den Artikel vom Tage vorher an. Man könne seine Anschauung auf dreierlei Weise äußern, durch Reden, Schriften und Handlungen. „Aber zu erklären, daß diese Aeüßerung nicht erlaubt sei, wenn sie die öffentliche Ordnung störe, ohne zu spezifizieren, was die öffentliche Ordnung ist, ohne festzusetzen, was sie stört, das heißt die Handlungen, Reden und Schriften aller Bürger der übelsten Inquisition unterwerfen.“<sup>53</sup> La Rochefoucauld sieht in dem Artikel 19 kein Recht, sondern eine „restriction à un droit“. „Haben sich die

---

48. Courrier 31, 39 ff.; A.P. VIII, 480.

49. Gorsas II, 461.

50. Gorsas II, 461.

51. Courrier 31, 44 ff. und Journal III, 80.

52. A.P. VIII, 481 ff.; Journal III, 85; P.d.J. II, 206 ff.

53. A.P. VIII, 482 = Journal III, 85.



Amerikaner in ihrer Rechteerklärung über die Pressefreiheit so ausgedrückt? Diese Freiheit, sagen sie, ist eines der stärksten Bollwerke der Freiheit im Staat, sie kann nur in den despotischen Regierungen beschränkt werden.“<sup>54</sup> Sein Artikel lautet: Die freie Mitteilung der Gedanken und Meinungen ist eines der kostbarsten Rechte des Menschen; jeder Bürger kann also frei sprechen, schreiben und drucken *sauf à répondre des abus de cette liberté dans les cas prévus par la loi*.

Rabaud de Saint-Etienne ist ähnlicher Ansicht.<sup>55</sup> Der Artikel des 6. Büros ist zu allgemein und nichtssagend. Die Pressefreiheit ist allerdings nicht ohne Nachteile, aber muß man deshalb eine Freiheit einengen? An die Seite der Pressefreiheit ihre Beschränkungen setzen, wäre eher eine Erklärung der Pflichten als der Rechte. Ich bin für den Vorschlag von La Rochefoucauld, zusätzlich des letzten Satzes von Lévis „*sauf à ne pas nuire à autrui*“.

Ein Vorschlag Targets findet wenig Gegenliebe. Barrère de Vieuzac verwirft die kleinlichen Einschränkungen:<sup>56</sup> In der Rechteerklärung sollen die großen Grundsätze in ihrer ganzen Reinheit und Kraft veröffentlicht werden“. „Ueberladet sie nicht mit zerstörenden Abänderungen, sekundären Ideen, mit diesen sklavischen Vorsichtsmaßregeln, die die Rechte abschwächen, mit diesen kleinlichen Verboten, die von der Freiheit nur noch den Namen übrig lassen.“ Die Zeit ist gekommen, wo der Fortschritt der öffentlichen Meinung mit der Presse als Waffe unwiderstehlich geworden ist. Die Pressefreiheit zu unterdrücken oder einzuschränken ist ein vergeblicher Plan. Den Rechten anderer Genugtuung zu verschaffen ist die einzige Beschränkung, die die Moral der Staaten an der Freiheit vornehmen kann.

Robespierre möchte alle diese Einschränkungen bis zur Verfassung zurückstellen. Es gibt keinen Tyrannen auf der Erde, der einen solchen „eingeschränkten“ Artikel nicht unterzeichnen würde, wie man ihn uns vorlegt.<sup>57</sup>

---

54. Courrier 32, 8/9. Vergl. A.P. VIII, 482 = Journal III, 86.

55. A.P. VIII, 482 = Journal III, 86 ff.

56. A.P. VIII, 483 = Journal III, 87 ff.

57. A.P. VIII, 483 = P.d.J. II, 208; Courrier 32, 9 erwähnt an dieser Stelle wieder ausdrücklich Amerika.

Nun erhebt sich aber wieder der Klerus gegen die uneingeschränkte Pressefreiheit. Ein Geistlicher verlangt sogar für alle Werke die Zensur. Die Bischöfe von Palmy, Dijon und Amiens ergreifen hintereinander das Wort und fordern gewisse Einschränkungen der Pressefreiheit. Mirabeau will das Wort *restreindre* durch *réprimer* ersetzen. Man dürfe die Freiheit der Menschen nicht unter dem Vorwand einengen, daß sie Verbrechen begehen könnten und wollten. Zuerst muß das Delikt begangen sein, ehe man es bestrafen kann und das ist *répression* und nicht *restriction*. Der Artikel des 6. Büros wird daraufhin verworfen und der Vorschlag von La Rochefoucauld mit geringen Aenderungen angenommen.<sup>58</sup>

Art. XI. La libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme. Tout citoyen peut donc parler, écrire, imprimer librement, sauf à répondre de l'abus de cette liberté dans les cas déterminés par la loi.

Ein Versuch Targets nun das Briefgeheimnis zu sanktionieren, scheiterte, da er in Widerspruch mit der Tagesordnung steht.<sup>59</sup> An seiner Stelle wird der Artikel 20 der Vorlage zur Debatte gestellt und sofort sehr scharf angegriffen. Gouy d'Arcy, Marguerites, Target, Broglie, Bouche, de Laborde schlagen eigene Redaktionen vor. Zwischen Mirabeau und Lally-Tollendal entspinnt sich ein Streit, ob die Steuer ein „*retranchement de la propriété*“ sei oder der Preis, den jeder für den Besitz seines Eigentums zu zahlen habe. Chapelier weist mit Recht daraufhin, daß der Artikel 20 die Verwendung der Steuer und die anderen die Art der Gewährung regeln. Madier und Lally-Tollendal machen der Unentschlossenheit schließlich ein Ende. Der einzige Fehler des Artikel 20 sei der, daß er von dem 6. Büro stamme. Nach Gorsas hat man das Lächerliche dieses Verhaltens gefühlt, viel Zeit unnütz vergeudet zu haben.<sup>60</sup> Ganz ähnlich ging es beim nächsten Artikel, der trotz verschiedener Abänderungsanträge angenommen wurde. So lauten die Artikel XII und XIII der entgültigen Fassung:<sup>61</sup>

---

58. A.P. VIII, 487.

59. P.d.J. II, 209.

60. Gorsas II, 492.

61. A.P. VIII, 484. Merkwürdigerweise kennen nur der P.V. und Le

XII. La garantie des droits de l'homme et du citoyen nécessite une force publique. Cette force est donc instituée par l'avantage de tous et non pour l'utilité particulière de ceux auxquels elle est confiée.

XIII. Pour l'entretien de la force publique et pour les dépenses d'administration une contribution commune est indispensable. Elle doit être également répartie entre tous les citoyens, en raison de leurs facultés. —

Der 25. August war Feiertag und so fiel die nächste Sitzung erst auf den 26. Sie begann mit der Beratung des Artikels 22 des 6. Büros. Duport stellte zwei Abänderungsanträge, beim Recht der Steuerbewilligung hinzuzufügen „par lui-même ou par ses représentants“ und die Definition der Steuer „la contribution publique étant une portion retranchée de la propriété de chaque citoyen“ zu streichen. Der erste Antrag wird sofort angenommen, über den zweiten entwickelt sich eine Diskussion.<sup>62</sup> Périssé du Luc lehnt die Definition des 6. Büros entschieden ab, „der Teil des Eigentums oder der Produktion, der für die öffentliche Sicherheit hergegeben wird, ist eine Schuld, eine Rückzahlung, ein Austausch von Diensten, und bezahlen, was man schuldet, ist kein retranchement seines Eigentums. Diese Schuld nicht bezahlen, ist ein Diebstahl am Staat.“<sup>63</sup>

Robespierre meint, es dürfe sich bei der Steuerbewilligung nicht nur um ein Vetorecht der Nation handeln, die Nation dürfe sich nicht darauf beschränken zu prüfen und zu bewilligen, sondern „de faire la loi de l'impôt“. Er sieht weiter in der Steuer einen Teil des Eigentums der Bürger „mis en commun“, um für die Ausgaben der öffentlichen Sicherheit zu sorgen. Die Nation allein hat das Recht, die Steuer festzusetzen, ihre Natur, Anteil, Verwendung und Dauer zu regeln.<sup>64</sup> Da sich diesmal kein Verteidiger der bekämpften Definition findet, wird sie gestrichen und nach dem Vorbild des 6. Büros der 14. Artikel angenommen.

---

Hodey diesen 13. Art., in den übrigen Zeitungen fehlt er, anscheinend, weil er erst in letzter Minute am 24. Aug. verabschiedet wurde.

62. A.P. VIII, 487; P.d.J. II, 214; Journal III, 105.

63. A.P. VIII, 487 = P.d.J. II, 214.

64. A.P. VIII, 487 = Journal III, 106.

XIV. Chaque citoyen a le droit, par lui même ou par ses représentants, de constater la nécessité de la contribution publique, de la consentir librement, d'en suivre l'emploi, et d'en déterminer la quotité, l'assiette, le recouvrement et la durée.

Der nächste Artikel bringt die Diskussion über die Beamtenverantwortlichkeit. Es werden verschiedene Vorschläge dazu gemacht. Ein Mitglied verlangt den Abschluß der Rechteerklärung und betont, daß Artikel 22 und 23 zur Verfassung gehören. Montmorency bekämpft diesen Vorschlag. Es handle sich hier nicht nur um die Rechte der Menschen, sondern auch um die der Bürger. Kein Artikel sei aber für die Rechte der Bürger wichtiger als dieser. Der Erz-Bischof von Aix<sup>65</sup> klärt die Frage vollends durch deutliche Scheidung der Prinzipien und der dazu gehörigen Ausführungsbestimmungen. Das Prinzip solle in der Rechteerklärung und die Ausführungsbestimmungen in der Verfassung erscheinen. Nach wie vor wird aber von verschiedenen Seiten nachdrücklich die Verweisung der ganzen Materie an die Verfassung verlangt. Schließlich geht es aber mit dem Artikel 23 nicht anders als mit dem Artikel 22, man kehrt zu ihm zurück, nachdem man vergebens nach einer besseren Fassung gesucht hatte.<sup>66</sup>

Artikel XV. La société a le droit de demander compte à tout agent public de son administration.

Eine letzte Bemerkung von Lameth, daß man unter dem Wort agent auch den König verstehen könne, wird unbeachtet gelassen. Die Gewaltenteilung soll jetzt Gegenstand eines eigenen Artikels werden. Lally-Tollendal betont zunächst die Notwendigkeit der Gewaltenteilung. Man solle sofort den Artikel des 6. Büros annehmen, da man nach langen Debatten doch zu ihm zurückkommen werde, was nach verschiedenen ergebnislosen Versuchen auch tatsächlich der Fall ist. So kommt der Artikel XVI der endgültigen Fassung zustande.<sup>67</sup>

XVI. Toute société dans laquelle la garantie des droits n'est pas assurée, ni la séparation des pouvoirs déterminée n'a pas de constitution.

---

65. A.P. VIII, 488 = Journal III, 113 ff.

66. A.P. VIII, 489.

67. A.P. VIII, 489.



Damit war man am Ende der Erklärung des 6. Büros angelangt und es konnte sich jetzt nur noch darum handeln, einige Artikel hinzuzufügen. Da die Versammlung es plötzlich eilig hatte, zur Verfassungsberatung überzugehen, so drängen sich die verschiedenen Anträge. Montmorency möchte das Recht auf Verfassungsänderung aufgenommen wissen und schlägt einen entsprechenden Artikel vor. „Da die Einführung der Mißbräuche und das Interesse der aufeinanderfolgenden Generationen die Revision jeder menschlichen Einrichtung verlangen, so hat ein Volk immer das Recht seine Verfassung nachzusehen und zu reformieren. Es ist gut friedliche und verfassungsmäßige Mittel für die Ausübung dieses Rechts vorzusehen“.<sup>68</sup> Trotz der Unterstützung durch Dèmeuniers lehnt die Versammlung es aber ab, im gegenwärtigen Zeitpunkt über diese Frage zu beraten. Die lebhaften Proteste der Minderheit weist der Präsident unter Hinweis auf das „réglement“ zurück. Die große Mehrzahl will nun endlich zur Verfassung übergehen, andere wollten die Erklärung nicht schließen, ohne einen Artikel über das Eigentum aufzunehmen. Diese Gelegenheit benützt Duport zu folgendem Vorschlag:

„La propriété étant un droit inviolable et sacré, nul ne peut en être privé, si ce n'est lorsque la nécessité publique légalement constatée, l'exige évidemment et sous la condition d'une juste et préalable indemnité“.<sup>69</sup>

Er wurde als Artikel XVII angenommen, obwohl eine Fülle von Zusatzanträgen und neuen Projekten vorgelegt wurde.

Damit hatte die Beratung über die Rechteerklärung in der Nationalversammlung ihren Abschluß gefunden. Am 27. August wurde zwar noch einmal die Frage aufgeworfen, ob man noch weitere Artikel hinzufügen sollte, aber es wurde ein Antrag von Bouche angenommen, der besagte: „Die Nationalversammlung anerkennt, daß die Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers nicht vollendet ist, daß sie sich aber sofort mit der Verfassung beschäftigen muß. Wenn sich im Verlauf dieser Diskussion noch irgend ein Artikel finden sollte, der es verdient in die Erklärung auf-

---

68. A.P. VIII, 489 = P.d.J. II, 219.

69. A.P. VIII, 489 = Journal III, 119.

genommen zu werden, so wird er nach Vollendung der Verfassung zur Diskussion gestellt werden“.<sup>70</sup>

So endet die Debatte ziemlich sang- und klanglos, nachdem sie mit viel Enthusiasmus begonnen hatte. Auch die Zeitungen nehmen von dem Ereignis der Verabschiedung kaum Notiz. Der *Courrier de Provence*<sup>71</sup> bemerkt, „die Nationalversammlung hat endlich die weiten Regionen der Abstraktion der geistigen Welt verlassen, deren metaphysische Gesetzgebung sie so mühsam tracierte; sie ist in die wirkliche Welt zurückgekehrt und hat sich ganz einfach daran gemacht, die Verfassung Frankreichs zu regeln“. Noch kürzer faßt sich der *Point du Jour*: „Ein Reich ist noch weit entfernt von einer Verfassung, wenn es nur eine Rechteerklärung besitzt“.<sup>72</sup>

Ueber die endgültige Verabschiedung der Erklärung durch die Annahme von Seiten des Königs kann ich mich kurz fassen. Am 1. Oktober beschloß die Versammlung dem König die Erklärung zusammen mit den fertiggestellten Verfassungsartikeln zur Annahme vorzulegen. Die Antwort des Königs, die schon am 5. Oktober im Plenum verlesen wurde, erschien unbefriedigend, da von einer Annahme im augenblicklichen Zeitpunkt nicht die Rede war. Daraufhin brach ein allgemeiner Entrüstungsturm gegen den König los, und der Präsident wurde zum zweiten Mal zum König gesandt, um die klare, einfache Annahme der Erklärung zu erreichen. Auf diesen erneuten Schritt der Versammlung hin hat Ludwig XVI. noch am 5. Oktober die Rechteerklärung „purement et simplement“ angenommen.<sup>73</sup>

Nachdem wir nun das allmähliche Zustandekommen der Erklärung verfolgt haben, wollen wir die Endreaktion als Ganzes betrachten und dabei auch nach der Herkunft der verschiedenen Artikel fragen. Die Erklärung beginnt mit einer Präambel, die fast wörtlich mit der des Fünfer-Komitees übereinstimmt. Sie begründet die Notwendigkeit der Erklärung mit den allgemeinen Uebelständen und der Korruption der Regierung, die durch die Unkenntnis, das

---

70. A.P. VIII, 492 = Journal III, 121/22.

71. *Courrier* 33, 1.

72. P.d.J. II, 219.

73. Vergl. Journal IV, 286; 314 ff.; 334.

Vergessen und die Mißachtung der Menschenrechte verursacht wurde. Ihr Zweck besteht darin, daß alle Bürger ihre Rechte und Pflichten unaufhörlich vor Augen haben, daß jede Tat der Exekutive und Legislative mit dem Zweck der Gesellschaft verglichen werden kann und so höher geachtet werde, und daß die Reklamationen der Bürger, die in Zukunft auf einfachen und unbestrittenen Prinzipien beruhen, immer zur Aufrechterhaltung der Verfassung und zum Glück aller dienen. Die Nationalversammlung erklärt also in Gegenwart und unter den Auspizien des Etre suprême die folgenden Rechte des Menschen und Bürgers.

Diese Begründung und Zwecksetzung der Erklärung entspricht ganz der damaligen Zeitauffassung und deckt sich weitgehend mit physiokratischen Anschauungen. Den amerikanischen Erklärungen geht nur selten eine Präambel voraus und dann besteht ihr Hauptinhalt in der Rechtfertigung der Loslösung von England. Bei dem übrigen Inhalt handelt es sich außerdem mehr um allgemeine Einleitungen für die Verfassung als Ganzes und nicht für die Rechteerklärung im besonderen. Hier dürfte also kein amerikanischer Einfluß vorliegen.

Der erste Artikel der Erklärung stammt aus Mounier und Lafayette. Durch die Wendung „égaux en droits“ wird die Gleichheit viel stärker betont als in Amerika.<sup>74</sup> Der Nachsatz ist originell französisch und bringt nur eine nähere Ausführung bzw. Einschränkung der postulierten Gleichheit. Dieser Eingang, die Menschen werden frei und gleich geboren, findet sich in den französischen Entwürfen selten,<sup>75</sup> und geht aller Wahrscheinlichkeit nach auf amerikanischen Einfluß zurück. Nach dem zweiten Artikel ist das Ziel jeder politischen Vereinigung die Erhaltung der Menschenrechte, während es die Amerikaner im Allgemeinwohl, im Schutz und der Sicherheit des Volkes, der Nation und des Staates sehen.<sup>76</sup> Der Unterschied zwischen der individualistischen, französischen und der amerikanischen Auffassung ist deutlich. Die einzelnen Menschenrechte Freiheit, Eigentum, Sicherheit und das Wider-

---

74. Selbst als in Mass. I.

75. Außer bei Mounier u. Lafayette nur noch bei Boislandry und dem Entwurf des Fünferkomitees.

76. Virginien III. „That government is, or ought to be instituted for the common benefit, protection and security of the people, nation or community“.

standsrecht gegenüber der Unterdrückung finden sich auch in Amerika. Das letztere allerdings nur in Maryland IV. Die Formulierung und die gegenseitigen Verbindungen sind aber verschieden. Die Vorlage für diesen Artikel wie auch für den dritten über die Volkssouveränität bildet wieder Mounier bzw. Lafayette.<sup>77</sup> Die Volkssouveränität geht auf den Contrat Social von Rousseau zurück, demgegenüber sind die Parallelstellen in Nordkarolina I und Virginia II von geringer Bedeutung. Auch ist dort nicht von Souveränität sondern nur von „Autorität“ die Rede.

Für Artikel 4 und 5, die aus Mounier A 7 und Lafayette 3 zusammengestellt sind, fehlt vollends jede Analogie in Amerika. „Die Freiheit besteht darin, alles tun zu dürfen, was andern nicht schadet“ und „die Ausübung der Rechte hat keine andern Grenzen als die, die den Mitbürgern den Genuß der gleichen Rechte sichert“ sind zwei Sätze, die ganz mit den physiokratischen Lehren übereinstimmen. Typisch französisch ist die Bestimmung, das Gesetz dürfe nur Handlungen verbieten, die der Gesellschaft schaden. „Alles, was durch das Gesetz nicht verboten ist, kann nicht verhindert werden und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was es nicht befiehlt“, ist eine Wendung, die sich deutlich an Montesquieu anlehnt.<sup>78</sup>

Das Gesetz ist ganz wie bei Rousseau der Ausdruck des Allgemeinwillens, eine Definition, die in Amerika fehlt. Die Mitwirkung an der Bildung des Gesetzes ist in Frankreich als aktives Recht gefaßt im Gegensatz zur bloß passiven Zustimmung in Amerika. Die besondere Betonung der Gleichheit vor dem Gesetz und die daraus abgeleitete Zulassung zu allen Aemtern auf Grund der Fähigkeiten und Talente ist zwar in Amerika angedeutet,<sup>79</sup> dürfte aber wohl kaum von dort übernommen sein. Im Entwurf des 6. Büros und des Fünfer-Komitees ist der Artikel vorgebildet.<sup>80</sup>

Die nun folgenden Bestimmungen über das Strafrecht sind nicht nur weniger umfangreich als in Amerika, sondern verfolgen auch eine ganz andere Tendenz. Der 7. Artikel, der auf Sieyès A 19—21

---

77. Mounier A 3 und 4 bzw. Lafayette 5.

78. Esprit des lois. Liv. XI. cap. 3/4.

79. Mass. IX.

80. 6. Büro 12 und Fünfer-Komitee 18.



zurückgeht, gibt für Anklage und Verhaftung keine konkreten Einzelbestimmungen, sondern verlangt nur gesetzmäßiges Vorgehen, eine Forderung, die schon die Parlamente mit Nachdruck erhoben hatten. Auch die Bestimmungen gegen die „ordres arbitraires“ sind viel allgemeiner als die amerikanischen. Dort wäre auch ein Satz, wie Widerstand gegen das Gesetz ist strafbar, völlig überflüssig und gegenstandslos. Der Anfang von Artikel 8, das Gesetz darf nur unbedingt notwendige Strafen verhängen, fehlt wieder in Amerika, das dafür nur Einzelbestimmungen kennt. Dagegen ist die Anregung zum 2. Teil über die rückwirkende Kraft der Gesetze, die auch schon in Lafayette 4 vorgebildet ist, von Amerika ausgegangen. Der Artikel 9 mit seinen Schutzbestimmungen für den Angeklagten bis zu seiner Verurteilung, erinnert wieder an Forderungen der französischen Parlamente.<sup>81</sup> Die religiöse Freiheit geht auf Mounier A 14 zurück, der seinerseits von Amerika<sup>82</sup> angeregt wurde. Doch ist in Frankreich die Freiheit nur eine sehr verklausulierte. Das gleiche gilt für die Presse- und Gedankenfreiheit. Dieser Artikel ist wohl französischen Ursprungs, da die beiderseitigen Formulierungen nichts miteinander gemein haben. Daß der Schutz der Menschenrechte eine öffentliche Gewalt erfordert (Art. 12), ist wieder ganz unamerikanisch. Der nächste Satz, daß die öffentliche Gewalt zum Vorteil aller und nicht für das private Interesse Einzelner eingesetzt sei, erinnert stark an Pennsylvanien 5 und Massachusetts 7. Für die Erhaltung dieser öffentlichen Macht ist nun die Erhebung einer Steuer notwendig, die gleichmäßig von allen Bürgern getragen werden soll.<sup>83</sup> Der Artikel 14 verleiht jedem Bürger das Recht, diese Steuern festzusetzen, ihre Verwendung, Dauer und Erhebung zu bestimmen, während Amerika nur das Recht der Steuerbewilligung kennt.<sup>84</sup>

Artikel 15 verlangt die Verantwortlichkeit der Beamten, eine Forderung, die auch in Amerika weit verbreitet ist, obwohl sie dort meist aus der Volkssouveränität abgeleitet wird. Die Festlegung der Gewaltenteilung weist auf Montesquieu, der seinerseits auf die

---

81. Flammermont op. cit. II, 473 u. öft.

82. Maryland 33.

83. Natürlich gibt es bei dieser überall verbreiteten Forderung auch amerikanische Parallelstellen, vergl. Mass. 10. Pens. 8.

84. Mass. 23.

amerikanischen Artikel nicht ohne Einfluß geblieben ist. Diese Artikel 12—16 stammen fast wörtlich aus dem Entwurf des 6. Büros (20—24). Die Bestimmungen über das Eigentum schließen die Erklärung ab. Es muß hier ungewiß bleiben, ob dieser Satz über die Unverletzlichkeit des Eigentums und über die Enteignung nur im Falle öffentlicher Notwendigkeit und nach vorheriger Entschädigung aus den entsprechenden amerikanischen Artikeln<sup>85</sup> übernommen ist, oder ob es sich um Anknüpfung an bodenständige französische Forderungen handelt. Dieser Artikel findet sich auch bei Boislandry und in verschiedenen Cahiers.

So unerwartet am 19. August die Annahme der Erklärung des 6. Büros kam, so unerwartet ist auch der Befund, wenn wir die Enderklärung mit diesem Entwurf vergleichen. Er hat zwar auf die Schlußartikel (12—16) einen starken Einfluß ausgeübt, aber die beiden Projekte von Lafayette und Mounier sind doch von noch größerer Bedeutung. Artikel 1—6 stammen alle mehr oder weniger direkt von ihnen und auch sonst zeigt sich ihr Einfluß. Der Entwurf von Sieyès hat dagegen nur einem einzigen Artikel als Vorlage gedient.<sup>86</sup> Verhältnismäßig selbständig sind Artikel 8 und 9. Die Mehrzahl der Projekte ist ganz ohne Einfluß auf die Endredaktion geblieben. Dazu gehören vor allem die beiden Erklärungen, die unter Rousseau'schem Einfluß stehen, die drei großen Sammelwerke, die auch die Rechte der Gesellschaft behandeln,<sup>87</sup> und endlich die Entwürfe, die sich an die *exposition raisonnée* von Sieyès anlehnen.<sup>88</sup>

Was uns darüber hinaus auffällt, ist die große Zahl der Parallelstellen, die wir aus den amerikanischen Erklärungen heranziehen können. Man kann darin aber nicht ohne weiteres einen Beweis dafür sehen, daß die Versammlung sich bewußt dem amerikanischen Vorbild habe nähern wollen. Manchmal sind es sicher nur Parallelstellen, von denen ein wirklicher Einfluß nicht ausgegangen ist. Die Beeinflussung ging zudem meist indirekt durch irgend einen französischen Entwurf vor sich, so daß gar nicht immer zu sagen ist, ob sich alle Abgeordneten des amerikanischen Einflusses

---

85. Mass. 10. Pens. 8.

86. Artikel VII.

87. Bouche, Gouges-Cartou, Boislandry.

88. Thouret, Rabaud.

bewußt waren. Bei Sätzen wie der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung ist der primäre Anstoß bestimmt nicht von Amerika, sondern von Rousseau und Montesquieu ausgegangen. Ähnliches wäre bei dem Recht der Steuerbewilligung und dem der Mitwirkung an dem Gesetz zu sagen. Wie weit und ob bei ihnen auch eine sekundäre Beeinflussung von jenseits des Ozeans ausging, ist natürlich schwer zu sagen. Wenn man will, kann man ja den amerikanischen Einfluß, außer in Fällen wörtlicher Entlehnung, fast immer bestreiten. Es kommt hier letzten Endes mehr auf die Beantwortung einer anderen Frage an, nämlich der Frage nach der existenziellen Abhängigkeit. Die Beantwortung dieser Frage muß immer notwendigerweise Rückwirkungen auf die Frage der inhaltlichen Abhängigkeit haben. Dieses Problem soll jedoch erst im nächsten Kapitel behandelt werden.

## **Viertes Kapitel.**

### **Die Nationalversammlung und ihre Stellung zur Rechteerklärung.**

Nachdem im letzten Kapitel der allmähliche Werdegang der Erklärung in der Nationalversammlung zu Ende verfolgt wurde, sollen jetzt die leitenden Motive und Vorstellungen über sie und über die Begriffe „Recht“ und „Pflicht“ herausgestellt werden und so ein Bild der geistigen Einstellung der Abgeordneten von 1789 gewonnen werden. Einem zweiten Abschnitt soll es dann vorbehalten bleiben, endgültig zur Frage der existenziellen und substantziellen Abhängigkeit Stellung zu nehmen.

#### **1. Die leitenden Ideen und politischen Begriffe bei der Aufstellung der Rechteerklärung.**

Fragen wir zuerst nach dem Zweck und der Absicht, die mit der Erklärung verfolgt wurde, so begegnen wir im Laufe der Debatten drei bzw. vier verschiedenen Gesichtspunkten. Die verbreitetste Ansicht, zu der sich auch Malouet und Delandine bekennen,<sup>1</sup> sieht in der Erklärung die Grundlage der Verfassung. Sie soll die Prinzipien jeder Verfassung enthalten und so der Nationalversammlung bei ihrem schweren Werk als Führer dienen. Die schärfste Formulierung findet dieser Gedanke bei Montmorency, der verlangt, daß die Verfassung nur die Folge und das Ergebnis der Erklärung sein dürfe,<sup>2</sup> oder bei Mounier, wenn dieser fordert, daß jeder Artikel der Verfassung die Folge eines Prinzips sein müsse. (Die Rechteerklärung ist dann die Aufstellung dieser

---

1. A.P. VIII, 322, 324.

2. A.P. VIII, 320. Vergl. auch Dêmeuniers A.P. VIII, 334.



Prinzipien.)<sup>3</sup> Der zweite Gedanke ist nur eine Weiterführung des ersten. Die Erklärung soll eine Handhabe für die Beurteilung der Verfassung durch das Volk sein. Damit wird die Erklärung aber weiterhin gleichzeitig zum Maßstab für die Beurteilung der Arbeit der Nationalversammlung.<sup>4</sup> Dieser Gesichtspunkt findet sich auch in der Präambel der Enderklärung, nur soll dort nicht die Verfassung, sondern jede Tat der Exekutive und Legislative mit der Erklärung verglichen werden können. Dies setzt notwendigerweise, wie es auch die Rede Mirabeaus, des eigentlichen Verfassers der Präambel, lehrt, die Anerkennung des ersten Gesichtspunktes voraus.

Drittens soll die Erklärung selbst die Freiheit schaffen nach dem berühmten Satz von Lafayette, es genüge die Freiheit zu kennen, um sie zu lieben, und sie zu wollen um frei zu sein. Da der Unkenntnis der Menschenrechte allein die Schuld an der Tyrannei und dem Despotismus zugeschrieben wird, so genügt eine genaue Kenntnis dieser Rechte, um von vornherein jeden Uebergriff irgend welcher Macht unmöglich zu machen, weil ja dann jeder Bürger sofort das Verbrecherische und Fehlerhafte dieses Vorgehens sehen würde.<sup>5</sup> Der gleiche Gedankengang läßt sich auch in der Begründung feststellen, die die Erklärung in der Präambel der Endreaktion findet.

Zu diesen drei Gesichtspunkten kommt sehr häufig noch ein vierter, der für den Optimismus des Jahres 1789 sehr charakteristisch ist. Die Rechteerklärung soll die Verpflichtung schaffen, sich den Gesetzen zu unterwerfen, die diese Rechte aufrechterhalten, oder wie es meist milder ausgedrückt heißt, je besser die Menschen ihre Rechte kennen, desto mehr werden sie die Gesetze lieben, die sie beschützen.<sup>6</sup> Für die Beziehungen der Menschen untereinander soll die Erklärung Achtung vor den Rechten anderer einflößen, „da der Mensch fühlt, daß er seine Rechte nur dann ausüben kann, wenn er die der andern nicht angreift, da er sieht, daß die Stärke seines

---

3. A.P. VIII, 216.

4. Démeuniers A.P. VIII, 334, Champion de Cicé. A.P. VIII, 281.

5. Vergl. Champion de Cicé A.P. VIII, 281; Antraigues A.P. VIII, 335; Target A.P. VIII, 320.

6. Champion de Cicé A.P. VIII, 281; Castellane A.P. VIII, 321.

Rechts in der Achtung beruht, die er für die Rechte anderer hat“.<sup>7</sup> Auch diese Vorstellung hat teilweise Eingang in die Präambel der Endreaktion gefunden.<sup>8</sup>

Diese vier Grundgedanken, die sich natürlich nicht immer gemeinsam finden, wirken auch auf das Wesen und weiterhin den Inhalt der Erklärung ein. Dem Titel nach handelt es sich ja um eine Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers und so müßten konsequenterweise sämtliche Artikel folgendermaßen beginnen: „Jeder Mensch“ oder „jeder Bürger hat das Recht“. Diese Forderung wurde zwar erhoben, aber sie blieb rein theoretisch. Durch die verschiedenen Zweckbestimmungen greift die Erklärung nämlich erheblich über diesen Rahmen hinaus. Wenn die Erklärung Grundlage der Verfassung sein, und die letztere gewissermaßen nur die Ausführungsbestimmungen zu den Prinzipien der ersteren bringen soll, so ist eine Vermischung der Rechte des Menschen und Bürgers mit Verfassungsprinzipien, also Staatsrecht oder Gesellschaftsrecht unausbleiblich. Einzelne Entwürfe haben deshalb die „droits de société“ völlig in die Erklärung aufgenommen, ja sogar vor Ausführungsbestimmungen dazu nicht Halt gemacht. Wenn auch dieser Versuch einer systematischen Aufnahme der „droits de société“ in die Erklärung vereinzelt blieb und keinen weiteren Einfluß ausübte, so fanden doch tatsächlich Verfassungsprinzipien Aufnahme in die Endredaktion.

Diese Vermischung wird begünstigt durch den Wegfall des Gegensatzes zwischen Menschenrecht und Staatsrecht. Denn seit der Staat bzw. die Neuschaffung des Staates in die Hände der Nationalversammlung gelegt war, war für diese kein Widerspruch mehr zwischen beiden vorhanden. Der Staat wurde zum bloßen „Versicherungsinstitut“ für die Menschenrechte; in ihrer Erhaltung beruhte sein einziger Zweck. Das Staatsrecht wurde dabei zwar nicht zum Menschenrecht, aber zu seinen sichersten Garanten und, da das Bedürfnis nach dem Schutz dieser Rechte vorhanden war, so fand das Staatsrecht in Form allgemeiner Verfassungsprinzipien Eingang in die Erklärung.

---

7. Target A.P. VIII, 320; Clermont-Lodève A.P. VIII, 341.

8. . . . Afin que les actes du pouvoir législatif et ceux du pouvoir exécutif pouvant être à chaque instant comparé avec le but de toute institution politique, en soient plus respectés . . . .

Damit geht eine Verschiebung des Begriffs der Menschenrechte Hand in Hand. Sie sind ihrem Wesen nach natürliche, außerstaatliche Rechte des Menschen, in denen die Rechte des Staates ihre Schranken finden sollen. Mit dem Wegfallen der Gegnerschaft zwischen dem Staat und den Menschenrechten geht mit den letzteren zuweilen eine merkwürdige Wandlung vor sich. Sie werden teilweise zu bloßen Rechten im Staat, oder vielleicht richtiger gesagt, für bloße Rechte im Staat wird der Name „Menschenrecht“ in Anspruch genommen. In diesem Fall werden den Menschen im Naturzustand jegliche Rechte abgesprochen und erst mit oder durch die Bildung der Gesellschaft erhält er „Menschenrechte“, d. h. Rechte, auf die er als Mensch im Staat kraft seiner eigenen Natur Anspruch erheben kann. Diese schroffe Formulierung findet sich allerdings nur bei den Rousseau-Anhängern Crenière, Biauzat und dem Grafen Antraigues. Die große Mehrzahl der Abgeordneten versteht aber unter dem Begriff der Menschenrechte deutlich natürliche, vorstaatliche Rechte, wie es auch in der Erklärung von 1789 zum Ausdruck kommt. Die einseitige Zwecksetzung des Staates in dem genannten Sinne hat es aber ermöglicht, daß die Begriffe Menschenrecht und Recht im Staat sich so weit näherten, daß die Mehrheit an ihre Gleichsetzung, wie sie durch Crenière u. a. geschah, weiter keinen Anstoß nahm.

Aus den genannten vier Grundgedanken über den Zweck und den Wert einer Erklärung ergeben sich aber auch gewisse Widersprüche, die ihrerseits wieder auf den Charakter der Erklärung eingewirkt haben. Die Erklärung sollte die Prinzipien jeder Verfassung enthalten und so für alle Völker und alle Zeiten gültig sein, oder wie es einmal treffend heißt, die natürlichen Rechte des Menschen sind an kein Klima gebunden.<sup>9</sup> So wie es also nur eine allgemein gültige Rechteerklärung geben kann, so kann es logischerweise auch nur eine Verfassung geben und Mirabeau bezeichnet dies auch ausdrücklich als das Ideal. Daß dies aber in Praxis unmöglich war, sehen selbst die leidenschaftlichsten Anhänger der Erklärung ein, ohne jedoch nach dem tieferen Grund der Erscheinung zu fragen.

---

9. P.d.J. I, 381.

Dieser liegt in dem Nebeneinander von Menschenrechten, Bürgerrechten und allgemeinen Verfassungsprinzipien, die sich alle drei in der Erklärung beieinander finden. Die Menschenrechte im eigentlichen Sinn, außerstaatliche Rechte, die der Mensch von der Natur bekommt, sind klarerweise für alle die gleichen und also allgemeingültig und können keinem Einfluß der Gesellschaft unterworfen werden. Anders ist es schon mit den Bürgerrechten, die der Mensch erst im Staat erwirbt und die daher niemals den gleichen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben können. Sobald vollends Verfassungsbestimmungen Eingang in die Erklärung finden, muß es natürlich mit der Allgemeingültigkeit vorbei sein. Aber entsprechend der Neigung zum Abstrakten, zur Verallgemeinerung wurde die Allgemeingültigkeit von den Menschenrechten, die diesen Charakter mit Recht besaßen, auf die ganze Erklärung übertragen, ohne daß man sich weiter um die Unmöglichkeit dieses Vorgehens kümmerte.

Eine noch größere Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß die Erklärung kurz und klar, einfach und gemeinverständlich sein und doch für alle Zeiten und Völker gültige Wahrheiten enthalten soll. Dies ist aber nur möglich, wenn die Sätze gleichzeitig äußerst abstrakt und allgemein sind. Darunter muß aber wieder die Gemeinverständlichkeit notleiden und namentlich die Gefahr einer falschen Auslegung in den Bereich der Möglichkeit rücken.

Weiter soll die Erklärung die Freiheit schaffen. Sie muß deshalb eine genaue Kenntnis sämtlicher Rechte vermitteln. Andererseits soll sie aber auch den Gehorsam gegen die Gesetze und die Achtung vor den Rechten anderer schaffen und so ergibt sich das merkwürdige Bild, daß wir häufig im Anfang eines Artikels ein Recht in seiner ganzen Ausdehnung und in der allgemeinsten und absolutesten Formulierung vorfinden, während es dann im Nachsatz maßgebend eingeschränkt wird, allerdings auch in einer möglichst allgemeinen und vieldeutigen Weise. Teilweise sind diese Einschränkungen ja wohl auf den Einfluß der sogenannten „Opposition“ zurückzuführen, sie ergeben sich aber auch schon mit Notwendigkeit aus den beiden angeführten Gesichtspunkten, was zudem eine Reihe der eingereichten Projekte bestätigt. Da man aber keine der gestellten Forderungen aufgeben will, so kommen diese inneren Widersprüche zustande, die manchmal sogar von



Anhängern der Sache wie Rabaud de Saint-Etienne empfunden und anerkannt wurden.

Was nun die Form der Erklärung angeht, so stehen sich hier zunächst deutlich zwei Ansichten gegenüber. Die einen wollen die Erklärung in Form von „Glaubensartikeln“ abfassen, eine Forderung, die am eindrucksvollsten in dem Satz zum Ausdruck kommt, daß die Erklärung zum Nationalkatechismus werden solle, der an allen öffentlichen Gebäuden und Kirchen angeschlagen und das erste Alphabet der Bürger werden solle.<sup>10</sup> Streng genommen war dies die einzige mögliche Form, um die Absicht, die mit der Erklärung verfolgt wurde, zu verwirklichen. Die andere Methode, die von Sieyès, Rabaud und Montmorency vertreten wurde, ist die sogenannten „forme raisonnée“. Es handelt sich dabei um eine philosophische Entwicklung und Ableitung der einzelnen Menschenrechte von einander ganz im Stil dieser philosophisch angehauchten Zeit. Selbst die Anhänger dieser Richtung fühlten aber die Schwäche ihrer Stellung und vor allem den Mangel an Gemeinverständlichkeit. Deshalb wünschten sie beide Formen zu vereinigen, damit jeder auf seine Rechnung komme.<sup>11</sup> Die Abstimmung am 19. August entschied aber klar zu Gunsten der Form nach Artikeln und es wäre ja auch nicht abzusehen gewesen, wie eine „forme raisonnée“ durch Einzeldiskussion im Plenum hätte fertig gestellt werden sollen.

Wie verhält sich nun die Nationalversammlung zur Rechteklärung und der durch sie aufgeworfenen Fragen? Es läßt sich wohl mit Recht annehmen, daß die endgültige Erklärung von 1789 den Wünschen der Mehrheit entsprach, vielleicht abgesehen von einzelnen Punkten, die aus formalen Gründen oder nachher aus Zeitmangel nicht mehr in die Erklärung aufgenommen wurden, wie die Sanktion des Briefgeheimnisses und das Recht auf Verfassungsrevision. Ebenso entsprach die sehr verklausulierte Kultfreiheit wohl auch nicht ganz dem Willen der Mehrheit. Natürlich fanden sich auch Abgeordnete, die eine noch radikalere Fassung der Erklärung anstrebten und die vor allem sämtliche nachträgliche Be-

---

10. Vergl. namentlich Durand de Maillane A.P. VII, 317; Barnave A.P. VIII, 322; Rabaud A.P. VIII, 453.

11. Montmorency A.P. VIII, 320.

schränkungen der einmal aufgestellten Rechte ablehnten. Zu ihnen gehörte auch Robespierre, der sonst in der Nationalversammlung wenig hervortrat.

Was uns hier aber besonders interessiert, ist die ganze oder teilweise Opposition gegen die Erklärung und die anderweitigen Bedenken, die gegen sie erhoben wurden. Von einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen jede Art von Erklärung kann nur bei wenigen Abgeordneten des Klerus und des Adels z. B. dem Bischof von Langres die Rede sein. Die genaue Stellungnahme dieser Abgeordneten ist uns aber nicht bekannt, da die Quellen ihre Äußerungen meist übergehen. Sie fürchten bei der Erklärung vor allem die Gefahr einer falschen Auslegung durch das Volk. Sie fragen weiterhin, warum diese „unauslöschlichen Prinzipien“ überhaupt erklärt werden müßten, wenn sie die Natur schon in jedes Herz eingegraben habe.

Dieser Gruppe am nächsten stehen Delandine, der Herzog von Levis und Malouet, der sogar fast noch als prinzipieller Gegner der Erklärung angesehen werden kann. Sie lehnen jede Erklärung vor der Verfassung entschieden ab und wollen sie bis nach der Verfassung hinausschieben, da unter den augenblicklichen Umständen keine Zeit mit metaphysischen Diskussionen verloren werden dürfe, sondern positive Arbeit geleistet werden müsse. Man solle sich nicht mit dem Menschen im Naturzustand beschäftigen, sondern mit dem in der Gesellschaft. Man solle den Menschen erst frei machen, ehe man ihm erkläre, daß er es sei, denn nicht die Erklärung schaffe die Freiheit, sondern die Gesetze und eine Erklärung sei je nach dem Wert der Gesetzgebung nützlich, bedeutungslos oder schädlich. Man solle nicht von abstrakten und teilweise nur fiktiven Rechten reden, die nur falsch ausgelegt und ganz Frankreich ins Elend stürzen würden. Die Behauptung, daß eine solche Erklärung ein Hemmschuh gegen künftige Uebergriffe einer willkürlichen Gewalt bliden werde, weist Delandine treffend zurück. Seine Ausführungen sind eine kurze und klare Zusammenfassung aller wirklichen Einwände, die gegen eine Erklärung gemacht werden können. Andererseits geben diese drei Abgeordneten aber zu, daß die Menschen- und Bürgerrechte die Grundlage der Verfassung und das Vorbild für den Gesetzgeber bilden sollen, nur sollen diese Rechte

sofort in der Praxis verwirklicht und nicht erst vorher in einer abstrakten und metaphysischen Weise erklärt werden.

Mounier, Lally-Tollendal und die übrigen Anglikaner, soweit sie nicht wie Malouet der vorhergehenden Gruppe angehören, nehmen der Erklärung gegenüber eine wohlwollende, wenn nicht geradezu eine positive Haltung ein. Sie verlangen nur, und das ist wichtig, die Einheit zwischen Verfassung und Erklärung; gegen eine von der Verfassung getrennte Rechteerklärung machen sie im wesentlichen die gleichen Bedenken geltend wie Malouet und Delandine. Diese Gefahren glauben sie aber vermeiden zu können, wenn die Erklärung das erste Kapitel der Verfassung bilde und ihr unmittelbar die Erklärung der Prinzipien der Monarchie folge. Sie wollen vor allem praktische Arbeit leisten und deshalb möglichst rasch mit der Beratung der Verfassung beginnen. Aus diesem Grunde ist es auch zweifelhaft, ob ihre Einstellung zur Rechteerklärung ihren inneren Anschauungen entsprach, oder ob sie nicht weitgehend ein bloßes Zugeständnis an die öffentliche Meinung darstellte. Mounier scheint zwar aus innerer Ueberzeugung heraus für die Erklärung eingetreten zu sein, während von Lally-Tollendal nicht ohne weiteres das gleiche gesagt werden kann. Hat er doch einmal ernstlich den Gedanken erwogen für den Mirabeau'schen Verfassungsantrag<sup>12</sup> zu stimmen. Diese berechtigte Forderung der Anglikaner wurde auch verschiedentlich in die Praxis umgesetzt, so vor allem in der Plenumfassung des Projekts von Mounier, in dem Entwurf von Thouret und in gewissem Sinne auch in den drei großen Sammelwerken von Bouche, Gouges-Carton und Boislandry. Trotz dieser zum Teil gut gelungenen Versuche fand der Gedanke aber nicht den nötigen Anklang bei der Mehrheit und so wurde die Erklärung von der Verfassung getrennt.

Eine letzte Bewegung, die weit über den Rahmen der bisherigen Gruppen hinausgeht, versucht die Rechteerklärung mit einer solchen der Pflichten zu verbinden. Ihre Anhänger gruppieren sich aus allen Ständen, wenn auch der Klerus den größten Teil davon stellt. Durch die Verbindung der Rechte mit den entsprechenden Pflichten sollten die Gefahren, die eine von der Verfassung isolierte Erklärung der Rechte haben könnte, vermieden werden. Da nach

---

12. Vergl. S. 84, Anm. 24.

ihrer Anschauung Rechte und Pflichten korrelative Begriffe sind, die nicht ohne einander bestehen können, so kann es auch keine Rechteerklärung ohne eine solche der Pflichten geben. Dagegen wendet sich aber die Mehrheit. Diese bestreitet zwar nicht die Wechselbeziehungen zwischen den Rechten und Pflichten, sieht sie aber für so selbstverständlich an, daß eine besondere Erklärung der Pflichten nicht notwendig sei. Das Wort *citoyen* kündige den Gedanken der Pflicht schon hinreichend an. Eine vermittelnde Gruppe ist bereit, in die Rechteerklärung einige Pflichtenartikel aufzunehmen, ohne aber den Namen zu ändern. Eine Aufzählung der einzelnen Pflichten könne außerdem den Gedanken erwecken, daß es außer den hier genannten Pflichten keine anderen mehr geben würde. Die Mehrheit von fast 140 Stimmen, die sich dann am 4. August für eine bloße Rechteerklärung ausgesprochen hat, darf nicht nur als ein Sieg der radikaleren Elemente aufgefaßt werden. Für viele war sicher das Vorbild Amerikas maßgebend, das ja keine Pflichtenerklärung kennt. Im übrigen waren weite Kreise tatsächlich von dem Gedanken durchdrungen, daß es zunächst nötig sei, jeden seine Rechte zu lehren, er werde dann ganz von selbst seine Pflichten nicht nur kennen, sondern sogar lieben lernen, da erst sie ihm den freien Gebrauch seiner Rechte sichern.

Alle diese im Grunde berechtigten Einwände und Abänderungsvorschläge wurden von der Mehrheit zurückgewiesen. Man war einfach davon durchdrungen, daß die Wahrheit nie gefährlich sei, sondern nur die Unwissenheit. Die Erklärung sollte sofort vorgenommen werden, da man die Bürger nicht mehr länger in der Unwissenheit über ihre Rechte lassen wollte und man außerdem auch in einer isolierten Erklärung keineswegs das Mittel sah, eine gewaltsame Revolution heraufzuführen, sondern die Erklärung sollte ganz im Gegenteil zur Festigung, zur Wiederherstellung der politischen Ordnung dienen, sie sollte den Boden für die neue Verfassung vorbereiten, ihr Gültigkeit verleihen und die Unterwerfung unter die Gesetze sichern. In jedem Einwand gegen sie sah man dagegen sofort die grundsätzliche Opposition und den Versuch, die Freiheit zu sabotieren.

Dies sind einerseits etwa die Grundgedanken, die die Nationalversammlung bei der Aufstellung der Rechteerklärung leiteten und andererseits die Einwände und Abänderungsvorschläge, die dazu



vorgebracht wurden. Schon daraus gewinnt man ein ziemlich gutes Bild der politischen Anschauungen der Männer von 1789. Um dieses Bild aber besonders in Hinsicht auf das Verhältnis des einzelnen zum Staat vollends abzurunden, ist es nötig noch zu zeigen, was diese Zeit unter den Begriffen „Recht“ und „Pflicht“ verstand und wem sie diese zuerkannte bzw. auferlegte. Bei der Behandlung dieser Frage kommt es besonders darauf an, zu beweisen, daß 1789 in der Theorie nur dem Individuum nicht aber der Staat Rechte zuerkannt wurden und umgekehrt dem Bürger keine Pflichten gegen den Staat, sondern höchstens Pflichten gegen seine Mitbürger auferlegt wurden.

Das Individuum hat Rechte, und zwar sowohl passive Rechte für deren Aufrechterhaltung die Gesellschaft gegründet wurde, wie aktive oder politische Rechte, durch die die Gesellschaft gebildet wird.<sup>13</sup> Diese Tatsache geht aus allem, was über die Rechteerklärung gesprochen wurde, aus allen Projekten klar hervor, so daß es wohl kaum mehr nötig ist weitere Worte darüber zu verlieren.

Wichtig ist nun, daß umgekehrt dem Staat, d. h. den Organen des Staates oder der Gesellschaft in der Regel, abgesehen von einzelnen schüchternen Versuchen, keinerlei Rechte zugesprochen werden. Der Staat hat nur Pflichten gegenüber dem Bürger zu erfüllen, denn der Staat ist ja gar kein selbständiger Organismus, der ein eigenes Ziel, einen eigenen Zweck verfolgt, sondern er ist nur zum Schutze der Menschenrechte und zum Glück, zum Wohlergehen jedes einzelnen da. Auf die Spitze getrieben ist diese Anschauung in dem Projekt von Target, der bekanntlich so weit geht zu behaupten, daß jedes „corps politique“, in dem die Menschenrechte auch nur in Gefahr sind, eine Räuberbande sei. Die Begrenzung der Aufgabe der Regierung und damit des Staates auf den Schutz der Menschenrechte findet sich auch in den meisten anderen Projekten, aber in keinem anderen Entwurf kommt dieser Geist so kraß vom ersten bis zum letzten Artikel zum Ausdruck wie bei Target.

Mit dieser „Rechtlosigkeit“ des Staates steht die Tatsache scheinbar in Widerspruch, daß dem König, dem Träger der exekutiven Gewalt, Rechte zugesprochen werden. Mounier und Delan-

---

13. Vergl. Sieyès expos. raisonnée A.P. VIII, 259.

dine verlangen beide sogar ausdrücklich eine Erklärung der Rechte des Königs; ihnen schließt sich Lally-Tollendal an. Neben diesen mehr allgemeinen Forderungen werden dem König Rechte auch in den Projekten von Bouche und Gouges-Cartou zuerkannt und selbst da, wo solche Rechte des Königs nicht ausdrücklich erwähnt werden, weil es sich ja nur um die Aufstellung einer Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers handelt, ist nach der herrschenden Anschauung von 1789 meist anzunehmen, daß dem König ebenfalls Rechte zugebilligt werden.<sup>14</sup> Andererseits wäre aber zu sagen, daß es der gleichen Anschauung entspricht, daß der König kein anderes Interesse als das der Nation hat noch haben kann, also auch nichts Schlechtes wollen kann,<sup>15</sup> und daher die Rechte des Königs auch parallel laufen müssen mit den Rechten der Nation, mit den Rechten der Bürger, die sie bilden. Da zudem die Organe der Exekutive weitgehend vom Volk abhängig sind, so ergibt sich daraus ganz klar, daß von wirklich selbständigen Rechten des Königs, abgesehen von Aeüßerlichkeiten nicht die Rede sein kann. Deutlich anderer Ansicht sind allerdings die Anglikaner Mounier, Lally und Delandine, die dem König eine wirklich selbständige Macht und damit auch wirkliche Rechte in die Hand geben wollen. Am besten geht dies aus dem Verhalten von Delandine hervor, der sogar noch einen Schritt weiter geht und eine Erklärung „des droits de ceux qui exécutent la loi et qui tirent leur pouvoir et de la nation et du souverain“ verlangt. Hier kann man also wirklich davon sprechen, daß dem Staat eigene Rechte zuerkannt werden, was uns bei der sehr konservativen Einstellung Delandines nicht Wunder nimmt.

Ganz eigenartig ist der Fall, daß in Anlehnung an Rousseau ein allumfassendes Staatsrecht formuliert wird, wie im 17. Artikel bei Gouges-Cartou,<sup>16</sup> daß aber daraus nicht die geringste Konse-

---

14. Ich weise darauf hin, daß noch in der Verfassung von 1791 die Volkssouveränität und das Gottesgnadentum des Königs nebeneinander stehen.

15. Vergl. Target Art. 21.

16. Chaque homme dans l'état de nature jouissant sur lui-même d'un droit absolu et universel, il faut bien que la société possède aussi sur elle-même le même droit, c'est dire que la souveranité réside dans tous les mebres d'une société considérée collectivement.

quenz gezogen wird. Genau die gleiche Erscheinung findet sich im Projekt des Fünfer-Komitees, dessen 2. Artikel fast wörtlich den Rousseau'schen Unterwerfungsvertrag enthält.

Wenn nun dem Staat zwar auch nicht ausdrücklich Rechte zuerkannt werden, so besaß er doch de facto Rechte. Greifen wir ein Beispiel heraus. Der Staat hat de facto das Recht der Enteignung, allerdings nur im Falle einer öffentlichen Notwendigkeit und bei gleichwertiger Entschädigung. Nirgends finden wir aber diese Formulierung, überall heißt es: niemand kann seines Eigentums beraubt werden, außer im Falle einer öffentlichen Notwendigkeit und nach zum mindesten gleichwertiger Entschädigung.<sup>17</sup>

Genau das gleiche gilt für die Steuererhebung, obwohl sich hier einmal die Wendung findet „le corps national a le droit imprescriptible de le (= le tribut) percevoir pour l'intérêt et la sûreté de tous“.<sup>18</sup> Es zeigt sich darin einerseits deutlich das Mißtrauen, ja fast die Feindschaft, die damals gegen den Staat und seine Organe herrschte und andererseits der einseitig individualistische Standpunkt, der an Stelle eines positiv zu fassenden Staatsrechts nur die individuelle Schranke sieht, die der Ausübung dieses Rechts gesetzt werden soll. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, daß diese Denkweise durch die ständigen Uebergriffe und Vergewaltigungen der Staatsgewalt in den vorhergehenden Jahrhunderten begünstigt, ja geradezu groß gezogen wurde. So findet sich auch in den „droits de société“, die Artikel 16—71 der Erklärung von Gouges-Cartou umfassen, nicht ein einziger Artikel, der positiv ein Recht der Gesellschaft aufstellt. Im Gegenteil handelt es sich hier nur um Verfassungsprinzipien, um Vorschriften für die Regierenden, um Rechte des Bürgers, die der Staat zu achten hat, aus denen sich allerdings wie vorher beim Recht der Enteignung positive Rechte des Staates ableiten lassen.

Eine Ergänzung dieses Bildes ergibt sich aus der Betrachtung der „Pflichten“. So stark das Recht des Menschen und Bürgers 1789 betont und ständig im Mund geführt wird, so ungern spricht man von der Pflicht. In einem Punkt sind sich zwar sämtliche

---

17. Target 16, Thouret § 3, Bouche 54, 5er Komitee 12.

18. Périsset du Luc in der Debatte am 26. August. A.P. VIII, 487. Seine sonstige politische Einstellung ist unbekannt, da er kaum hervortritt.

Redner, alle Verfasser eines Projekts einig, nämlich darin, daß der Mensch Pflichten gegenüber seinesgleichen hat, die darin bestehen, die Rechte seiner Mitbürger zu achten. Sehr häufig, oder sogar in der Mehrzahl der Fälle, vermeidet man es aber, das Wort Pflicht auszusprechen und drückt sich folgendermaßen aus: jeder Mensch ist in der Ausübung seiner Rechte völlig frei unter der einzigen Bedingung, die Rechte anderer nicht zu verletzen. Durch die negative Formulierung wird der Gedanke der Pflichten natürlich erheblich abgeschwächt. Die Anhänger der Pflichtenerklärung und einige andere Abgeordnete, so teilweise Mounier und einmal sogar Target,<sup>19</sup> nennen diese Achtung vor den Rechten anderer aber ganz eindeutig eine Pflicht.<sup>20</sup>

Die Mehrheit, die eine Pflichtenerklärung ablehnt, die aber die Wechselbeziehungen zwischen Rechten und Pflichten doch zugeben muß, sucht diese Pflicht gegen den Mitmenschen möglichst geringfügig hinzustellen. Nicht genug damit, daß man sie nur indirekt als eine Schranke des individuellen Rechts erwähnt, geht man teilweise sogar so weit, und behauptet, daß der Mensch trotz dieser vermeintlichen Einschränkung ebenso frei bleibe wie zuvor, denn der Mensch habe nicht einmal außerhalb der Gesellschaft das Recht einem andern zu schaden.<sup>21</sup> Hat der Mensch dieses Recht aber nicht von Natur, so braucht er es auch gar nicht aufzugeben und, was das wichtigste ist, er braucht sich keine Pflicht aufzuerlegen. Durch diese Scheinlogik sucht man den einzelnen darüber hinwegzutäuschen, daß er wirklich seine Rechte einschränken muß, daß er wirklich Pflichten zu erfüllen hat. Daneben findet sich aber allerdings das ganz offene Bekenntnis bei Gouges-Cartou:<sup>22</sup> „Jeder Bürger muß auf alle die Rechte Verzicht leisten, die einem anderen schaden könnten. Dieses Opfer ist umso gerechter, da es der Preis für die Rechte ist, die ihm bleiben und deren freie Ausübung ihm durch die Gesellschaft vollauf garantiert wird“.

---

19. In seiner Rede am 1. 8. Vergl. S. 66 (A.P. VIII, 320); in seinem Projekt vermeidet er aber das Wort Pflicht auszusprechen.

20. Mounier B 8; Bouche 9—11; 6. Büro 7—10; Sinety, Gouges-Cartou 9.

21. Sieyès exposition raisonnée. A.P. VIII, 257. Vergl. auch Rabaud *Idées sur les bases de toute constitution*. A.P. VIII, 404.

22. Art. 9; außerdem Sinety Präambel.



Unter diesen Umständen sind wir nicht erstaunt, wenn wir bei der überwältigenden Mehrheit der Abgeordneten den Begriff der Pflicht gegen den Staat überhaupt nicht finden. Erinnern wir uns noch einmal daran, daß der Zweck des Staates 1789 nicht im Wohl der Allgemeinheit — obwohl sich diese Zwecksetzung vereinzelt findet z. B. bei Mounier und im Entwurfe des Fünfer-Komitees — sondern einzig und allein im Schutz der Menschenrechte gesehen wurde, daß dem Staat fast durchweg jedes eigene Recht abgesprochen und ihm nur Pflichten gegenüber dem einzelnen auferlegt wurden, so ergibt sich daraus ganz von selbst, daß in diesem System kein Pfatz für den Begriff der Pflicht des Bürgers gegen den Staat war.

Natürlich findet sich auch hier eine Minderheit, die andere Anschauungen hegte. Nach Malouet sind die Gesetze „das Ergebnis und der Ausdruck der natürlichen, zivilen und politischen Rechte und Pflichten“.<sup>23</sup> So wie man unter politischen Rechten Rechte gegenüber dem Staat verstand, so sind unter politischen Pflichten wohl Pflichten gegen den Staat gemeint. Deutlicher sind ein paar Einzelbeispiele. Périssé du Luc sieht in der Steuer eine „dette légitime à acquitter“.<sup>24</sup> Sinety sagt darüber „payer ce qu'on doit pour sa quotité de la contribution commune est un devoir pour tout citoyen“ (Art. 15). Sinety wie Bouche fordern vom Bürger die Liebe zum Vaterland als eine Pflicht gegen die Gesellschaft.<sup>25</sup> Am schärfsten kommt dieser Gedanke endlich im letzten Pflichtenartikel von Sinety zum Ausdruck, wenn es heißt „l'homme doit tout à la société“. Dies sind aber nur ganz vereinzelte Stimmen der Opposition. Die große Mehrheit kennt den Begriff und will den Begriff der Pflicht gegen den Staat nicht kennen. Er würde ihren ganzen Vorstellungen vom Staat einerseits und von den Rechten des Menschen und Bürgers andererseits widersprechen. Für die radikaleren Elemente ist das Wort Pflicht geradezu zum Schreckgespenst geworden etwa gleichbedeutend mit „Verrat an der Freiheit“. Wenn während den Schlußdebatten die gemäßigten Ele-

---

23. A.P. VIII, 322.

24. A.P. VIII, 487. Vergl. S. 103; eine ähnliche Wendung findet sich auch bei Pellerin A.P. VIII, 457.

25. Sinety Pflichten 2/16; Bouche 12.

mente einen Zusatzantrag stellten, der ihren Anschauungen entsprach, so z. B. Malouet, der die Annahme des 19. Artikels von Sieyès<sup>26</sup> verlangte, so suchten die Radikalen ihn dadurch zu Fall zu bringen, daß sie behaupteten, er würde eine Pflicht vorschreiben.<sup>27</sup> Das gleiche Argument wird gegen die drei Artikel des 6. Büros über die Religions- und Kultfreiheit und bei den Beratungen über die Pressefreiheit angewandt. Jede Einschränkung eines Rechts will man dadurch unmöglich machen, daß man erklärt, diese Einschränkung würde eine Pflichtenerklärung an Stelle einer Rechteerklärung schaffen. — De facto bestehen aber doch noch Pflichten gegen den Staat. So wird, um ein Beispiel herauszugreifen, an der Steuer festgehalten, aber die Steuererhebung wird nicht als Recht des Staates, noch ihre Bezahlung als Pflicht des Bürgers ihm gegenüber hingestellt, sondern der Bürger hat das Recht, an der Aufstellung der Steuer mitzuwirken und braucht keine andere Steuer zu bezahlen als die er oder seine Vertreter bewilligt haben. Aus einer Pflicht gegen den Staat wird also ein Recht des Bürgers gemacht.

Eine gewisse Einschränkung ist aber doch notwendig. Selbst nach den Anschauungen von 1789 hat der Bürger die Pflicht, dem Gesetz zu gehorchen oder, wie es unter Vermeidung des Wortes „devoir“ meist heißt, „Alle Bürger sind gleichermaßen dem Gesetz unterworfen“. Handelt es sich dabei aber nach den Anschauungen von 1789 um eine wirkliche Pflicht gegen den Staat, die eine Aufgabe eines Rechts voraussetzen würde? Da das Gesetz nur der Ausdruck des Allgemeinwillens sein kann, d. h. der Summe der Einzelwillen, so gehorcht der Mensch ja nur sich selber. Die Möglichkeit, daß das Gesetz auch nur der Ausdruck der Mehrheit sein könnte, wird in der Regel überhaupt nicht beachtet, oder wenn sie doch einmal erwähnt wird, so wird sie ganz im Sinne Rousseaus bei Seite geschoben, indem man ausführt, diese Mehrheit sei in Wirklichkeit eine mittelbare Einstimmigkeit, denn die, die sich einstimmig in der Absicht vereinigt haben, um die Vorteile der Gesellschaft zu genießen, haben auch einstimmig alle Mittel gewollt, die nötig sind, um sich diese Vorteile zu verschaffen.<sup>28</sup>

---

26. Sieyès 19: „Tout citoyen appelé ou saisi au nom de la loi, doit obéir à l'instant. Il se rend coupable par la résistance.

27. Journal III, 51; vergl. S. 92.

28. Sieyès expos. Raisonée A.P. VIII, 260; C.S. IV, 2.

Eine weitere ziemlich verbreitete Anschauung ist folgende. Das Gesetz ist nicht dazu da, um etwas zu erlauben, sondern einzig und allein um zu verbieten. Daher der Satz, alles, was durch das Gesetz nicht verboten ist, ist erlaubt und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was es nicht befiehlt.<sup>29</sup> Nach Target kann das Gesetz aber der freien Ausübung der persönlichen Rechte keine anderen Schranken setzen als das Leben, die Sicherheit, die Freiheit, die Ehre und das Eigentum der andern.<sup>30</sup> Das Gesetz hat also nur die Aufgabe die Rechte anderer zu schützen, Gehorsam gegen ein solches Gesetz ist aber nichts anderes als die Pflicht, die Rechte seiner Mitbürger nicht anzugreifen. So wird bei der großen Mehrheit der Gehorsam gegen die Gesetze nicht als Pflicht gegen den Staat angesehen, sondern entweder als Gehorsam gegen sich selbst oder als Pflicht gegen seine Mitbürger.

Wenn wir öfters Pflichten gegen Gott erwähnt finden und zwar jedesmal dann, wenn man in Gott und nicht allein in der Natur die Quelle der Menschenrechte sieht, so nimmt uns das nicht weiter Wunder. Diese Anschauung entsprach durchaus den allerdings ziemlich deistischen Religionsanschauungen weiter Kreise.<sup>31</sup> Auch vor dem König wird verschiedentlich Achtung verlangt. Ueber die Bedeutung dieser „Pflicht“ ist aber im wesentlichen das gleiche zu sagen, wie über die Rechte, die dem König zugestanden wurden, es handelt sich mehr um eine Aeüßerlichkeit als um eine wirkliche Pflicht.

Es ergibt sich also folgendes Bild. Nach den Vorstellungen — nach den Theorien — von 1789 hatte der Mensch und Bürger aktive und passive Rechte. Pflichten dagegen hatte er nur gegen seine Mitbürger. Die Mehrheit aber vermied es, diese Pflicht wirklich beim Namen zu nennen, man erwähnte sie nur beiläufig als Schranke der individuellen Rechte. Ja, man geht sogar so weit, zu behaupten, daß diese Pflicht ihrem Wesen nach gar keine Aufgabe eines Rechtes bedeute, da niemand, auch außerhalb der Gesellschaft nicht, das Recht habe, einem andern zu schaden. Eine sehr zahl-

---

29. Gouges-Cartou Art. 13/14.

30. Target Art. 12 und Rabaud in den Principes de toute Const. Art. I, II.

31. Vergl. d'Aravay Art. 1; Sinety I, 11; Bouche 10; weiter die Rede von d'Eymar A.P. VIII, 473; Pétion A.P. VIII, 475 und öfter.

reiche Minderheit spricht sich aber deutlich für den Begriff „Pflicht“ aus und gibt sogar zu, daß diese Pflicht eine tatsächliche Aufgabe von Rechten bedeute. Die Vorstellung, daß die einzelnen Pflichten gegen den Staat haben, findet sich bei der überwältigenden Mehrheit überhaupt nicht und selbst der Gehorsam gegen die Gesetze, der uns als eine solche erscheint, wird entweder als bloßer Gehorsam gegen sich selbst oder nur als Pflicht gegen seine Mitbürger hingestellt. Dementsprechend werden dem Staat auch, formal jedenfalls, keine Rechte zuerkannt, sondern der Staat hat nur Pflichten gegenüber dem einzelnen, dem er in jeder Hinsicht den freien Genuß seiner Rechte zu sichern hat. Dies sind die theoretischen Anschauungen von 1789. Dagegen kann aber kein Zweifel darüber sein, daß der Staat in der Praxis Rechte hat, ja haben muß, ebenso wie ein Pflichtenverhältnis zwischen dem Bürger und ihm de facto besteht, da es sonst überhaupt keinen Staat mehr geben würde. Dieses Verhältnis wird aber in der Theorie, abgesehen von einer Minderheit, die auch in ihren theoretischen Anschauungen von der Praxis ausging, nicht mehr anerkannt und aus dieser Tatsache mußte sich über kurz oder lang die Auflösung des Staates ergeben.

Ein solches Verkennen der Natur des Staates, dessen Wesen doch in einem Rechte- und Pflichtenverhältnis zwischen ihm und seinen Untertanen besteht, ist nur möglich bei einer Mißachtung und Verkennung der realen Verhältnisse und bei einer völlig unhistorischen Einstellung. Auf der Basis der Menschenrechte wollte man den neuen Staat aufbauen, dessen einziger Zweck im Schutz dieser Rechte bestehen sollte. Da diese Rechte aber in Wirklichkeit mehr fiktiv als real waren, so bedeutete dies nicht nur den schärfsten Bruch mit der Vergangenheit, sondern auch mit den tatsächlichen Verhältnissen. Die Rechteerklärung, die Grundlage der Verfassung und die Zielsetzung des Staates, sollte nicht für einen bestimmten Staat oder für dessen Bürger gelten, sondern für alle Völker und alle Zeiten. Jede Bindung an einen besonderen Staat und das positive Recht wurde deshalb mit der Begründung abgelehnt, „es handele sich hier nicht darum, eine Erklärung der Rechte für Frankreich aufzustellen, sondern für den Menschen im allgemeinen“.<sup>32</sup> Daraus mußte sich zuweilen sogar der offene Widerspruch zwischen diesen

---

32. Pétion de Villeneuve am 23. August. A.P. VIII, 475.



abstrakten Rechten und dem neuen positiven Recht ergeben, das die Verfassung schaffen sollte, eine Tatsache, die man aber nicht allzu ernst nahm. „Was tut es, wenn sie (die Rechte, die die Erklärung aufstellen sollte) der Verfassung widersprechen? Die Erklärung soll sie aufstellen, die Verfassung soll sie abändern und umschreiben“.<sup>33</sup> Dieser eine Satz, der unter der milderen Form, man solle alle Einschränkungen, alle Bindungen an das positive Recht erst in der Verfassung behandeln, häufig vorkommt, charakterisiert diese Zeit in ihrer ganzen Verkennung der realen Verhältnisse, und der historischen Ueberlieferung sehr gut.

Die Minderheit suchte diese unmöglichen Vorstellungen vergebens zu bekämpfen. Malouet fragt, welchen Wert es denn habe, zu einem Menschen, der sich in einer Gesellschaft befinde, zu sprechen, als ob er außerhalb von ihr lebe. Bei dieser Vorstellung von den Rechten nehmen wir gar keine Rücksicht auf das, was ist, auf die Tatsache, daß die natürlichen Rechte des Menschen in dem Augenblick andere sind, in dem er in einer Gesellschaft lebt. Es ist also unerläßlich, die Erklärung der Rechte dem „état obligé“ anzupassen, in dem sich der Mensch befindet, für den die Erklärung bestimmt ist.<sup>34</sup> Delandine verlangt ebenfalls Berücksichtigung des positiven Rechts. Wird das Volk bei einer unbeschränkten Rechteerklärung verstehen, daß die ursprüngliche Gleichheit nur eine philosophische Fiktion ist? Warum dem Volk abstrakte Erklärungen geben und nachher Kommentare dazu veröffentlichen, die es nicht lesen wird?<sup>35</sup> Auch bei der Beratung der einzelnen Artikel finden wir gelegentliche Versuche, diese mit den augenblicklichen Verhältnissen in Einklang zu bringen. So verlangt der Baron von Jessé die Streichung des Widerstandsrechts, da es in dem Augenblick, in dem ganz Frankreich sich in wilder Gärung befinde, zu gefährlich sei.<sup>36</sup> Aus dem gleichen Grund stößt das Recht des Waffentragens im Fünfer-Komitee auf so starken Widerstand, daß Mirabeau dieses Recht fallen lassen muß.<sup>37</sup> Solche Stimmen finden sich aber nur selten.

---

33. Duport am 18. August, A.P. VIII, 451.

34. Malouet 3. Aug. A.P. VIII, 323.

35. Delandine 3. Aug. A.P. VIII, 324.

36. Baron de Jessé 18. Aug. A.P. VIII, 452.

37. Mirabeau 18. Aug. A.P. VIII, 455.

Rücksichten auf das historisch Gewordene, Bestrebungen zur Beibehaltung oder Nachahmung historischer Einrichtungen des eigenen oder eines fremden Landes finden sich noch seltener. In der ganzen Geschichte Frankreichs seit Karl dem Großen sieht man nur Despotismus und Tyrannei, so daß ein radikaler Bruch mit dieser Vergangenheit als die erste Voraussetzung der Neuschaffung des Staates erscheint, denn das Alte ist zu verdorben, als daß Reformversuche im kleinen noch helfen könnten. Diese Auffassung kommt auch in der Mehrzahl der Einleitungen, die den verschiedenen Projekten vorausgehen, zum Ausdruck. Die öfters wiederkehrende Wendung „Pour la régénération de la constitution“ ist nur ganz formelhaft. Im Gegensatz dazu beginnt die Erklärung von Bouche allerdings tatsächlich mit einer historischen Einleitung „Le . . . du mois de . . . l'an 1789 après Jésus Christ, 1371 ans après Pharamond, premier roi de France, 892 ans après Hugues Capet . . . et la 16<sup>e</sup> année du règne de Louis XVI. Daraufhin spricht Bouche dann von der alten Verfassung und von den Umständen, die ein „retablissement“ dieser alten Verfassung notwendig gemacht haben.

Berücksichtigung und gewissermaßen sogar eine gerechte Würdigung erfährt die Vergangenheit Frankreichs auch in dem Komiteebericht Mouniers vom 7. Juli. Mounier spricht zunächst von den alten lois fondamentales, stellt aber fest, daß Frankreich trotzdem keine wirkliche Verfassung gehabt habe. Deshalb sei es im Interesse sowohl des Königs wie des Volks eine Verfassung zu schaffen ganz einerlei, ob es sich dabei um die Wiederherstellung der vermeintlichen alten Verfassung oder um eine Neuschöpfung handle, wenn sie nur die wahren Prinzipien enthalte. Er weist endlich noch darauf hin, daß Frankreich kein Volk sei, das erst frisch aus den Wäldern zusammengeströmt sei, sondern eine große Gesellschaft von 24 Millionen Menschen, die das Königreich regenerieren wollen, für die die Prinzipien der wahren Monarchie immer heilig sein werden. Das ist eine deutlich und entschiedene Abkehr von der herrschenden unhistorischen Auffassung der Mehrheit. Ganz ähnliche Worte findet Lally-Tollendal ein paar Tage später, als er sich gegen Lafayettes Rechteentwurf wandte.

Lally, eines der Häupter der Anglikaner, geht aber noch weiter.<sup>38</sup> Er sucht für die Rechteerklärung nach historischen Vor-

---

38. Rede vom 19. Aug. A.P. VIII, 458. Vergl. S. 84.

bildern und findet sie in England. Er zitiert die englischen „actes“ von der Magna Charta 1215 bis zur Petition of rights von 1688 und möchte, daß die französische Erklärung ebenso abgefaßt würde, daß sie nur Tatsachen enthalten soll und keine metaphysischen Grundsätze, die jeder Zeit angefochten werden können. „Wenn sie (die Engländer) gesagt haben, daß kein Mensch eingekerkert oder verhaftet werden dürfe außer auf Grund eines gesetzmäßigen Urteils seiner Pairs, so ist die Freiheit der Engländer ein Axiom geworden, niemand brauchte zu rasonnieren, niemand hat zu disputieren gewagt, jeder hat gewußt, daß er Herr über sich selbst sei, daß nur das Gesetz etwas gegen seine Freiheit unternehmen könne, daß aber das Gesetz von ihm seine Kraft erhalte“. Neben diesen Ausführungen Lally's, die den Unterschied zwischen den historisch-positiven Rechten der Engländer und den subjektiv-öffentlichen Rechten der Franzosen von 1789 gut herausarbeiten, bleiben gelegentliche Erwähnungen englischer Vorbilder bei den Debatten über die Strafprozeßbestimmungen ohne größere Bedeutung. Der Herzog du Châtelet empfiehlt den englischen warrant als Vorbild und Dupont weist auf die Habeas-Corpus-Akte und die Schwurgerichte hin. Wie wenig Anklang und Verständnis solche Erwägungen aber bei der überwältigenden Mehrheit fanden, zeigt einmal die endgültige Fassung der Rechteerklärung und weiter der Umstand, daß diese Mehrheit, die doch anderer Ansicht war, es gar nicht für nötig befand jene Anschauungen der Anglikaner zu widerlegen, sondern einfach darüber hinwegging. Sie war beseelt von durchaus vagen, aber idealen Anschauungen, blind von dem Glauben durchdrungen, daß das Heil einzig und allein in der möglichst unbeschränkten Freiheit des Einzelnen und der größtmöglichen Beschränkung und Bindung des Staates zu suchen sei. Alles, was diesen Vorstellungen widersprach, oder auch nur zu widersprechen schien, wurde ohne Rücksicht darauf, ob es richtig war oder nicht, einfach bei Seite geschoben.

## **2. Die existenzielle und substanzielle Abhängigkeit der Erklärung.**

Neben dem ideengeschichtlichen Beitrag zur Revolutionszeit, den uns die Erklärung liefern sollte, hat die Abhängigkeitsfrage immer unser besonderes Interesse beansprucht. Wir haben dabei immer zwischen dem Gedanken der Aufstellung einer Erklärung

und dem Inhalt der einzelnen Artikel unterschieden. Wenden wir uns zunächst dem ersten Problem zu und sehen wir, welche Aufschlüsse wir darüber aus den Debatten bekommen können. Es werden dort Rousseau, die Physiokraten, England und Amerika im Zusammenhang mit den Menschenrechten und der Erklärung erwähnt, aber nur die Hinweise auf Amerika kommen öfters vor. Rousseau wird in direktem Zusammenhang mit der Erklärung nur von Mirabeau im *Courrier de Provence*<sup>1</sup> zitiert, wo er darauf hinweist, daß schon vor den amerikanischen Erklärungen der *Contrat Social* erschienen sei. Crenière und Antraigues berufen sich an gewissen Stellen zwar auch auf Rousseau, ohne daß es sich dabei aber wirklich um die Erklärung handelte. Ähnlich ist es bei der Erwähnung Quesnay's und des Marquis de Mirabeau durch seinen Sohn, den Grafen Mirabeau. Die Hinweise auf England, namentlich bei Lally-Tollendal<sup>2</sup> und dem Herzog du Châtelet u. a. sind noch spezieller Natur. All diesen Zeugnissen kann jedenfalls eine Bedeutung für die Existenzabhängigkeit nicht zukommem.

Anders verhält es sich mit den Hinweisen auf Amerika. Schon am 11. Juli betont Lally-Tollendal Lafayette gegenüber den Unterschied zwischen Amerika und Frankreich und sucht dadurch dessen Pläne, die Erklärung nach amerikanischem Muster von der Verfassung zu isolieren, hinfällig zu machen.<sup>3</sup> Wichtiger ist eine Stelle bei Champion de Cicé: „Diese herrliche Idee (einer Erklärung), die in einer andern Welt gefaßt wurde, sollte zuerst bei uns heimisch werden“.<sup>4</sup> Er ist also der Ueberzeugung, daß der Gedanke einer Erklärung seine Heimat in Amerika hat und erst von dort nach Frankreich übertragen werden soll.

Entscheidend sind aber zwei andere Stellen, die schon von sich aus eine Scheidung zwischen dem Gedanken der Erklärung und ihrem Inhalt vornehmen. Montmorency sagt am 1. August: „Amerika hat uns ein großes Beispiel gegeben, das wir noch vervollkommen können, . . . ich denke, den Vorteil die Vernunft lauter anzurufen und sie eine reinere Sprache sprechen zu lassen,

---

1. *Courrier* 20, 20.

2. A.P. VIII, 458.

3. A.P. VIII, 222; vergl. S. 56.

4. A.P. VIII, 281. Vergl. S. 59.



sollte unserem Weltteil vor jenem zukommen“.<sup>5</sup> Der Redner betont hier ausdrücklich, daß der Gedanke aus Amerika stammt, wenn er auch den Inhalt und die Form der Erklärung noch „vervollkommen“ möchte. Fast noch deutlicher wird uns dies bei Rabaud de Saint-Etienne.<sup>6</sup> Die Cahiers haben uns eine Erklärung zur Pflicht gemacht, „und die Cahiers haben von ihr gesprochen, weil Frankreich Amerika als Vorbild gehabt hat“. Deutlicher kann man die existenzielle Abhängigkeit nicht mehr ausdrücken, und wenn Rabaud fortfährt, daß daraus keine Ähnlichkeit der Erklärung folgen müsse, da die beiderseitigen Verhältnisse verschieden seien, so kann dieser Nachsatz die erste Behauptung doch keineswegs entkräften. Die Bedeutung wird sogar dadurch erhöht, daß Rabaud auch Verfasser eines Projekts ist, das nicht im geringsten amerikanischen Einfluß vermuten läßt. Dies beweist, daß auch solche Projekte, was die Existenzabhängigkeit anlangt, unter amerikanischem Einfluß stehen können.

Es folgen nun eine Reihe weitere Erwähnungen. Gouges-Cartou nennt die amerikanischen Erklärungen unter den Quellen seines Projekts. Mirabeau beruft sich bei der Methode seiner Erklärung auf den Stil der amerikanischen Vorbilder.<sup>7</sup> Rabaud weist für die Religionsfreiheit ausdrücklich auf das Vorbild von Pennsylvania hin.<sup>8</sup> Endlich rühmt La Rochefoucauld bei der Diskussion über die Pressefreiheit das amerikanische Beispiel und zitiert dabei den 14. Artikel der virginischen Erklärung.<sup>9</sup> Auch das Bestreben der „Opposition“, nachzuweisen, daß das amerikanische Beispiel für Frankreich nicht ausschlaggebend sei, da die Verhältnisse hüben und drüben zu verschieden seien,<sup>10</sup> darf als ein weiterer Beweis für den amerikanischen Einfluß auf die Existenz der Erklärung angesehen werden. Und als Crenière am 18. August die amerikanischen Erklärungen für absurd hält, erwidert ihm Démeuniers scharf und weist den Vorwurf entschieden zurück.<sup>11</sup>

---

5. Courrier 22, 15. Vergl. S. 65.

6. A.P. VIII, 452. Vergl. S. 78/9.

7. A.P. VIII, 438.

8. A.P. VIII, 479. Vergl. S. 99.

9. Courrier 32, 8—9. Vergl. S. 100/101.

10. A.P. VIII, 322.

11. P.d.J. II, 161/62.

Außerdem ist noch die Stellungnahme der Zeitungen von Interesse. Am 1. August weisen Le Hodey wie Barrère de Vieuzac auf Amerika hin.<sup>12</sup> Im Point du Jour werden allerdings Zweifel laut, ob die amerikanischen Ideen so ohne weiteres für Frankreich passen würden. Am 4. August bemerkt der Point du Jour dann zur Rechteerklärung „cet exemple donné à la liberté française par la liberté américaine“.<sup>13</sup> Am 18. August heißt es: „Eine Rechteklärung ist für die Gesetzgeber ohne Zweifel eine neue Idee und das Beispiel, das uns das freie Amerika gegeben hat, hat uns noch nicht alle Schwierigkeiten eines solchen Werkes überwinden lassen“,<sup>14</sup> und am 20. August: „Die Rechteklärung ist übrigens eine neue Idee in der Gesetzgebung, die den Amerikanern durch dringende und stürmische Umstände eingegeben wurde; sie haben einen Teil der Verfassungsgesetze damit verbunden. Die Franzosen wollen daraus aber anscheinend nur ein préliminaire ihrer Verfassung machen, für sie ist sie das Licht, das dem Gesetz vorangehen soll, aber aus welchen Händen soll man die Fackel nehmen?“<sup>15</sup> Es ist richtig, daß der Point du Jour im Lauf der Debatten die Unterschiede zu den amerikanischen Erklärungen immer stärker betont, worauf Rees ganz besonderen Wert legt, aber immer sieht er den Ursprung des Gedankens in Amerika. Jedesmal, wenn der Point du Jour von der Rechteklärung redet, wird betont, daß es sich hier um eine neue Idee handle und daß diese Idee aus Amerika stamme.

Zum Schluß sei noch auf Lafayette hingewiesen. Selbst Rees,<sup>16</sup> ein erbitterter Gegner jedes amerikanischen Einflusses, kann nicht umhin, zuzugeben: „Lafayette hat die Anregung zu ihrer Aufstellung (der Rechteklärung) von Amerika empfangen“. In der Korrespondenz Lafayette's mit Washington finden sich immer wieder Hinweise auf die amerikanische Freiheit. Am 1. Januar 1788 heißt

---

12. Vergl. Debatten S. 62.

13. P.d.J. II, 20.

14. P.d.J. II, 161.

15. P.d.J. II, 168. Der letzte Satz bedeutet, welches der eingereichten Projekte sollen wir wählen, was aus dem folgenden einwandfrei hervorgeht. „Eine große Anzahl von Projekten sind eingereicht worden“ und nicht wie Rees S. 156 meint, nach welchem besseren Vorbild sollen wir uns umsehen.

16. Rees S. 220.

es in Hinsicht auf Frankreich: „Je souhaite avec ardeur un bill de droits et une constitution“.<sup>17</sup> Schon der Name „bill“ weist deutlich wie der übrige Inhalt auf Amerika. In einem kleinen Aufsatz über die Rechteerklärung, allerdings ohne Zeitangabe, führt Lafayette dann folgendes aus: Die Aera der amerikanischen Revolution, die man als den Beginn einer neuen Gesellschaftsordnung für die ganze Welt ansehen kann, ist eigentlich die Aera der Rechteerklärungen. „Virginia war der erste Staat, der eine wirkliche Erklärung der Rechte geschaffen hat“. Die erste Erklärung der Rechte im amerikanischen Sinn, die in Europa proklamiert wurde, ist die, die Lafayette der Nationversammlung vorgeschlagen hat.<sup>18</sup>

Konnte man bisher diese letztere Äußerung immer noch als spätere Anschauungen Lafayette's für nicht unbedingt beweiskräftig ansehen, so ist das seit der Veröffentlichung von bisher unbekanntem amerikanischen Material durch Otto Voßler<sup>19</sup> nicht mehr möglich. In dem Nachlaß Jefferson's, der von 1785 bis Sept. 1789 Gesandter der Vereinigten Staaten in Paris war, befinden sich zwei Entwürfe Lafayette's zu einer Erklärung der Menschenrechte, die deutlich die Vorstufe für seine Erklärung vom 11. Juli darstellen. Der zweite Entwurf, der vor dem 6. Juni entstanden sein muß, trägt Korrekturen von der Hand Jefferson's, die zwar an sich nicht sehr bedeutend sind, aber von Lafayette in seiner endgültigen Erklärung berücksichtigt wurden. Außerdem hat zwischen ihnen noch eine mündliche Aussprache über diesen Entwurf stattgefunden. Diese Tatsachen beweisen nun klar und unwiderleglich den amerikanischen Einfluß auf Lafayette.<sup>20</sup> Diese Tatsache ist deshalb von

---

17. Mémoires, correspondences et manuscrits du général Lafayette publiés par sa famille. Leipzig 1837. I, 486.

18. ib. II, 45/46; vergl. auch die Stelle II, 346, wo Lafayette sich ganz ähnlich ausdrückt: „Die amerikanische Schule lehrte die Politik der Menschenrechte“.

19. Studien zur Erklärung der Menschenrechte: Die Mitarbeit Jefferson's an der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789. H.Z. 142, Heft 3, S. 516 ff.

20. Allerdings warnt Voßler mit Recht davor, daraus sofort zu schließen, daß Jefferson und nicht Lafayette der eigentliche Urheber dieser Entwürfe sei. In diesem Fall hätte Jefferson seine Mitarbeit wohl nicht verschwiegen. Außerdem hat er aber auch noch am 3. Juni 1789 eine „Charter of Rights“ ausgearbeitet, in der die Rechte der französischen Nation feierlich anerkannt

so großer Bedeutung, da Lafayette zwar nicht die Rechteerklärung in der Nationalversammlung anregte, aber doch als erster einen Entwurf einreichte.

Fassen wir die Ergebnisse zusammen, so zeigt sich, daß die Redner sich ziemlich selten über die Herkunft des Gedankens einer Erklärung äußern, daß aber fast jedesmal, wenn es geschieht, von Amerika die Rede ist. Auch die Fälle, in denen sich einzelne Redner gegen die amerikanische Beeinflussung wenden, sind wertvoll, weil es ihnen darauf ankommt, die Erklärung oder jedenfalls eine von der Verfassung isolierte Erklärung zu Fall zu bringen und sie in dem amerikanischen Vorbild die Haupttriebfeder für dieses Vorgehen sehen. Wichtig ist ferner, daß Montmorency und Rabaud de Saint-Etienne, die beide für die Erklärung von Sieyès eintreten, die der Form und dem Inhalt nach sicher nicht von Amerika beeinflusst ist, gerade die existenzielle Abhängigkeit von dort betonen. Nehmen wir dazu noch das Ergebnis unserer früheren Untersuchungen, wo wir bereits zum Schluß kamen, daß der Gedanke an eine Erklärung nur amerikanischen Ursprungs sein könne, so ergibt sich daraus ganz bündig: Der Gedanke, eine Erklärung der Rechte aufzustellen, stammt aus Amerika.

Wesentlich schwieriger liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der inhaltlichen Abhängigkeit und zwar deshalb, weil hier mit einer Reihe von Einflüssen gerechnet werden muß. Es ist daher nötig, der Reihe nach sämtliche Einflüsse oder Einflußmöglichkeiten zu prüfen. Beginnen wir mit Montesquieu. Seiner ganzen Einstellung nach kann es sich bei ihm nur um die Herübernahme einzelner Gedanken in die Erklärung handeln. So geht die Gewaltenteilung auf ihn zurück und der Point du Jour unterstreicht dies ausdrücklich. Auch seine Definition der Freiheit, als das Recht alles tun zu dürfen, was das Gesetz nicht verbietet, hat in den meisten Projekten und dem Artikel 5 der Endredaktion einen entsprechenden Niederschlag gefunden. Darüber hinaus kann aber von einem Einfluß Montesquieu's nicht gesprochen werden. Er war den meisten der Männer von 1789 nicht revolutionär genug.

---

werden sollten. Hier zeigt sich nun der gleiche Abstand, den wir später bei einem Vergleich zwischen den amerikanischen Erklärungen und den französischen ganz allgemein werden feststellen können.



Besondere Beachtung verdient Rousseau, da es hier nicht nur darauf ankommt, ob die Erklärung gelegentliche Entlehnungen auf ihm aufweist, sondern auch darauf, wie Rousseau sich zu dem Begriff der Menschenrechte verhält. Daß der Gedanke einer Erklärung seinem System völlig widerspricht, wurde bereits im ersten Kapitel gezeigt. Jellinek hat Rousseau bekanntlich jeden Einfluß auf die Erklärung abgestritten, während Janet und Boutmy auf dem entgegengesetzten Standpunkt stehen. Auch Rees hat sich in seinem Schlußkapitel mit der Frage auseinandergesetzt, dabei aber die tiefen Widersprüche, die zwischen dem Contrat Social und der Rechteerklärung bestehen, nicht genügend gewürdigt. Der Grund für diese zwiespältige Beurteilung liegt im Wesen des Contrat Social selbst. Daher handelt es sich nicht nur darum, ob das Rousseau'sche System als solches dem Inhalt der Erklärung widerspricht, sondern ob die damalige Zeit dies empfunden hat.

Der Schwerpunkt des Contrat Social liegt in der Gesellschaft. Was vorausgeht, der sogenannte Naturzustand, ist mehr Fiktion als Tatsache und so läßt der Verfasser es auch im Dunkeln, ob der Mensch in ihm gewisse natürliche Rechte besitzt oder nicht. Unveräußerlich sind sie jedenfalls nicht, denn der acte d'association läßt sich auf die e i n e Bedingung zurückführen: „Die vollständige Entäußerung jedes Assoziierten mit allen seinen Rechten an die Gesamtheit“.<sup>21</sup> Diese vollständige Entäußerung an den Staat, die so weit geht, „daß kein Assoziierter mehr etwas zu fordern hat“, wird nur dadurch eingeschränkt, daß der Staat von dem, was der Einzelne opfert, nur das behält, was für den Gebrauch der Allgemeinheit notwendig ist. Richter über diese Notwendigkeit ist aber allein der Souverän.<sup>22</sup> Er hat auf Grund des Gesellschaftsvertrags ein absolutes Recht über alle seine Glieder.<sup>23</sup> Die Macht des Souveräns ist unbeschränkt und absolut und kann durch kein fundamentales Gesetz, selbst nicht durch den Contrat Social gebunden werden.<sup>24</sup> Ein schärferer Widerspruch zu dem Gedanken der Menschenrechte kann wohl kaum mehr gefunden werden.

---

21. C.S. I, 6.

22. C.S. II, 4.

23. C.S. II, 4.

24. C.S. I, 7.

Andererseits ist aber zu sagen, daß der Souverän durch seine Natur beschränkt wird. Er stellt die Summe der Einzelwillen dar „l'expression de la volonté générale“. „Da der Souverän aber nur aus den einzelnen besteht, die ihn bilden, so hat er und kann er kein Interesse haben, das dem ihren entgegengesetzt ist. Infolgedessen braucht die souveräne Gewalt keine Garantie gegenüber den Untertanen, da es unmöglich ist, daß der Körper allen seinen Gliedern schaden wollte und, wie wir nachher sehen werden, er keinem im besonderen schaden kann“.<sup>25</sup> Der Souverän ist also rechtlich doch in einem Punkt beschränkt, er kann nur gleichermaßen über alle seine Mitglieder beschließen und außerdem ist er durch sein Wesen beschränkt, da er sich nicht selbst schaden kann.

Dies sind die beiden einzigen Schranken für den allmächtigen Souverän und es fragt sich nun, ob sie die Möglichkeit bieten, damit den Gedanken des subjektiven Rechts zu verknüpfen. Eines ist von vornherein klar, um die Anerkennung außerstaatlicher Rechte kann es sich nicht handeln, sondern nur um die Anerkennung von Rechten im Staat. Aber selbst für diese Rechte scheinen uns die Schranken des Rousseau'schen Souveräns ungenügend. Die Männer von 1789 sahen die Dinge aber anders an. Ihr Staat, ihre Rechteerklärung, die sie schaffen wollten, war auf einen Idealmenschen, „den Menschen“ als abstrakten Begriff, zugeschnitten. Ein solcher Mensch will aber, als Glied des Souveräns, nur das, was allen nützt, und vermeidet alles, was andern schaden könnte, da er ja selbst nur sein Bestes will und sich nicht selber schaden kann. Das gleiche gilt natürlich für den Souverän, der nur die Summe dieser Idealbürger darstellt, auch er kann nur das wollen, was allen nützt. Die Schranke dieses Souveräns, die darin besteht, daß er seinen Gliedern nicht schaden kann (weder der Gesamtheit noch den einzelnen) ist aber nach den Anschauungen der damaligen Zeit nahezu gleichbedeutend mit dem Schutz der Menschenrechte.

Uns erscheint diese Interpretation vielleicht gewaltsam. Wir finden sie aber durch Crenière bestätigt, der uns in seiner Rede wertvolle Aufschlüsse zu dieser Frage gibt.<sup>26</sup> Im Naturzustand spricht er dem Menschen jedes Recht ab, der Mensch ist dort nicht

---

25. C.S. I, 7.

26. Vergl. S. 63 ff.

frei, sondern nur unabwängig. Rousseau hat sich nicht so klar und eindeutig ausgesprochen, ohne daß diese Auffassung aber seinen Gedanken widersprechen würde.<sup>27</sup> In der Gesellschaft, so fährt der Autor fort, kann sich der Mensch keine Pflichten auferlegen, ohne dafür entsprechende Rechte zu erwerben. Diese Rechte sind natürlich, da er auf seine lebensnotwendigen Bedürfnisse nicht verzichten, diese Rechte sind unveräußerlich, da er ihren freien Gebrauch nicht aufgeben kann, ohne die Gesellschaft aufzulösen. Diese natürlichen und unveräußerlichen Rechte faßt Crenière zusammen in zwei Sätze, die gleichmäßige Unterwerfung unter das Gesetz und die Mitwirkung an seiner Bildung. Das deckt sich genau mit den beiden Schranken des Souveräns, die wir bei Rousseau gefunden haben. Die Mitwirkung an dem Gesetz sichert dem Menschen seine Rechte. Was der allgemeine Wille dem einzelnen läßt, sind seine Rechte. Der allgemeine Wille ist aber nur die Summe der Einzelwillen und da der einzelne auf die Befriedigung seiner natürlichen Bedürfnisse nicht verzichten kann, so kann auch der Souverän nichts wollen, was mit der Befriedigung der natürlichen Bedürfnisse des einzelnen in Widerspruch steht. In dieser Weise kommt Crenière trotz der Annahme des Rousseau'schen Systems zu Rechten im Staat. Konsequenterweise sieht er in ihnen eigentlich keine Menschenrechte sondern die „Konstitution“, d. h. die Klauseln des Gesellschaftsvertrags. Ganz ähnliche Gedanken läßt das Projekt von Servan vermuten.

Wie wurden nun diese beiden Projekte, die systematisch auf Rousseau aufgebaut sind, von der Nationalversammlung beurteilt? Ueber das Projekt von Servan wissen wir überhaupt nichts. Gegen Crenière wendet sich Gouges-Cartou in der Vorrede seines Projekts, weil er dem Menschen im Naturzustand jedes Recht abspreche.<sup>28</sup> Dêmeuniers sieht als einziger tiefer und wirft ihm vor, sein System sei das von Hobbes, das von ganz Europa verworfen worden sei.<sup>29</sup> Die Mehrheit scheint aber an den beiden Projekten weiter keinen Anstoß genommen zu haben, wenn diese ihrerseits freilich auch ohne Einfluß auf die Endreaktion geblieben sind.

---

27. Vergl. C.S. I, 8.

28. A.P. VIII, 428.

29. A.P. VIII, 454.

Fassen wir zusammen. Der *Contrat Social* steht in offenem Widerspruch zu dem Gedanken unveräußerlicher, außerstaatlicher Rechte, d. h. wirklicher Menschenrechte. Alle Rechte entstehen erst durch den Staat und lassen sich zusammenfassen in das Recht der Gleichheit und das Recht der Mitwirkung an dem Gesetz. Diese beiden Rechte umfassen aber damals in den Augen gewisser Kreise die ganze Sphäre der Rechte, auf die der Mensch im Staat kraft seiner Natur Anspruch erheben kann, ja muß. Diese Rechte im Staat sind weiterhin noch den Anschauungen der gleichen Kreise identisch mit den Menschenrechten. Rousseau als Vertreter der Staatsomnipotenz ist den Männern von 1789 noch im wesentlichen fremd, sie sehen in ihm nur den Vertreter des Individualismus. Beide Richtungen sind ja schon in Rousseau's Werk vorhanden und unbewußt auch in den beiden Projekten. Rousseau, wie man ihn 1789 verstand, und eine Erklärung der Rechte, bei der unklar bliebe, ob es sich um die Garantie außerstaatlicher Menschenrechte handeln sollte, oder um die Anerkennung von bloßen Rechten im Staat, war kein äußerer Widerspruch. Innerlich war aber ein ständig latenter Gegensatz vorhanden. Er bleibt aber so lange im Dunkeln, als man von einem Idealmenschen ausgeht und den möglichen oder sogar notwendigen Widerspruch zwischen Allgemeinwillen und Einzelwillen übersieht. Der Individualismus ist so übersteigert, daß man im Allgemeinwillen ebenso wie im Staat nicht mehr ein Ganzes sieht, sondern immer nur die Summe der Einzelnen. Daß der Allgemeinwille auch nur der Ausdruck der Mehrheit und damit in Gegensatz zum Einzelwillen treten könnte, wird praktisch gar nicht bedacht.

Der Einfluß des *S y s t e m s* von Rousseau blieb im ganzen vereinzelt und zwar ohne Bedeutung für die Endreaktion. Dagegen verdanken eine ganze Reihe von Artikeln, die überall wiederkehren, ihren Ursprung Rousseau. Die Volkssouveränität, die Definition des Gesetzes und in geringerem Maß die Begründung der Gesellschaft auf dem *Contrat Social* werden aus ihm übernommen, ohne daraus aber die letzten Konsequenzen zu ziehen. Diesem Einfluß auf einzelne Artikel stehen aber auch Widersprüche zu andern gegenüber, so beim Eigentumsrecht und der religiösen Freiheit. So wenig also von einem unbedingten Gegensatz zwischen Rousseau und der Erklärung von 1789, sowohl was das Wesen wie der Inhalt



im einzelnen angeht, die Rede sein kann, so wenig darf man die mindestens ebenso großen Widersprüche übersehen. Auf gar keinen Fall ist die Rechteerklärung oder ihr Inhalt aber eine bloße Kodifizierung des *Contrat Social*.

Neben Rousseau hat noch eine andere philosophische Bewegung, nämlich die Physiokraten, Einfluß auf die Rechteerklärung ausgeübt. Ihre Theorie der natürlichen Rechte des *Ordre social* gipfelt in einer Erklärung der Rechte und Pflichten des Menschen durch die positive Gesetzgebung und diese Einheit zwischen positiver Gesetzgebung und Erklärung oder besser gesagt dieses Ineinanderaufgehen ist ein grundlegender Unterschied zu dem, was man 1789 wollte. Dazu kommt weiter ein schwerwiegender innerer Gegensatz. 1789 steht die Forderung nach politischer Freiheit und Gleichheit im Vordergrund. Davon wollen aber die Physiokraten schlechterdings nichts wissen. Sie verlangen nur wirtschaftliche Freiheit. Das Eigentumsrecht ist für sie das wichtigste und zugleich die Wurzel aller Rechte. Das Ideal ihrer Staatsform ist der aufgeklärte Absolutismus, der *despotisme légal*.

Trotz alledem darf aber nicht übersehen werden, daß manche physiokratische Ideen einen tiefgehenden Einfluß auf die Erklärung ausgeübt haben. Die Ansicht, daß die Verfassung nur der Ausfluß und die letzte Folge der Rechteerklärung sein dürfe,<sup>30</sup> deckt sich auffallend mit ihren Gedanken, daß die positive Gesetzgebung nichts anderes als die „Erklärung“ der natürlichen Rechte und Pflichten des Menschen sei. Diese Begründung und Ableitung der Verfassung aus den Menschenrechten ist ein besonderes Kennzeichen der französischen Erklärung und dürfte sicher auf ihren Einfluß zurückzuführen sein.

Weiterhin sind es gerade die Physiokraten, die die Notwendigkeit der Verbreitung dieser natürlichen Rechte betonen. Eine Vervollkommenung ihrer Kenntnis „würde die absolute Vollkommenheit der „monarchie économique“ schaffen, in der jeder Mißbrauch der souveränen Gewalt einerseits und jeder Ungehorsam gegen die Autorität andererseits unmöglich wäre“.<sup>31</sup> Dies deckt sich wieder

---

30. Vergl. S. 162/63.

31. L'abbé Baudeau: *Introduction à la philosophie économique* in *Collection des principaux économistes*. II, 2. S. 791.

genau mit der Absicht der Erklärung von 1789, die durch die bloße Kenntnis der Rechte jeden Uebergriff des Despotismus unmöglich zu machen glaubt und gleichzeitig den Gehorsam gegen das Gesetz zu erreichen denkt. Dazu kommt noch ein dritter Gedanke, der sich allerdings in der Nationalversammlung nicht durchsetzen konnte, der Gedanke einer gleichzeitigen Pflichtenerklärung. Rechte und Pflichten sind bei den Physiokraten untrennbare Begriffe, stets finden wir den Ausdruck *devoirs et droits réciproques*. Sie sprechen auch nur davon, daß die positive Gesetzgebung die Erklärung oder der Ausdruck der Rechte und Pflichten der Menschen sei. Es sind die gleichen Gedanken, die am 4. August zu Gunsten dieser Forderung angeführt wurden.

In diesem Fall konnte sich der physiokratische Einfluß aber nicht durchsetzen, und das gleiche beobachten wir zum Teil, wenn wir uns den Einzelforderungen zuwenden. In die Endredaktion ist neben dem Eigentumsrecht nur die Forderung aufgenommen worden, daß die freie Ausübung der Rechte seines Mitbürgers die Schranken für die Ausübung der eigenen Rechte bilden müsse. Die starke Betonung der wirtschaftlichen Freiheit und die Ableitung weiterer Rechte aus dem Eigentum finden sich zwar in zahlreichen Projekten wie Sieyès, Sinety, in der Enderklärung haben sie aber keinen Niederschlag gefunden. Wenn also auch nicht die ganze Erklärung oder wenigstens ihr Inhalt, wie Marcaggi meint, allein auf die Physiokraten zurückzuführen ist, so muß doch zugegeben werden, daß die physiokratischen Einflüsse auf die Zwecksetzung der Erklärung von geradezu ausschlaggebender Bedeutung gewesen sind. Aber der Gedanke einer von der Verfassung getrennten Erklärung fehlt bei ihnen, ebenso fehlt der inhaltlich wichtigste Teil der Erklärung von 1789, die politische Freiheit des Individuums.

Der Einfluß der Parlamente beschränkt sich demgegenüber auf inhaltliche Einzelbestimmungen. Die Parlamente waren vor allem die Wortführer gegen zahlreiche Mißstände des *ancien régime*, und in diesem Kampf haben sie auch die Menschenrechte zu ihrer Unterstützung herangezogen. Das Verlangen nach gesetzmäßigem Verfahren bei der Verhaftung, Einkerkierung und Verurteilung, nach der Abschaffung der *lettres de cachet*, nach humanem Gerichtsverfahren, die Forderung auf anständige Behandlung bis zur erfolgten Verurteilung, bis zu der jeder als unschuldig zu gelten hat, waren

durch die häufigen Remontrances zum Allgemeingut der damaligen Zeit geworden und haben dementsprechend auch Eingang in die Erklärung gefunden. Außerdem zeigt die ganze Terminologie und Wortwahl der Erklärung vielfach Aehnlichkeit mit denen der Remontrances der Parlamente. Dies wird uns nicht weiter wundernehmen, wenn wir bedenken, wie viele Juristen und Advokaten unter den Abgeordneten saßen.

Es bleibt jetzt noch übrig auf das Verhältnis der französischen Erklärung zu den amerikanischen Vorbildern einzugehen. Daß der Gedanke einer Rechteerklärung aus Amerika stammt, wurde bereits gesagt, jetzt aber fragt es sich, ob und wie weit auch ein inhaltlicher Einfluß vorliegt. Bei der Prüfung der verschiedenen Entwürfe haben wir eine Reihe wörtlicher oder nahezu wörtlicher Entlehnungen aus Amerika feststellen können. Oefters war mit Sicherheit anzunehmen, daß bei einzelnen Artikeln amerikanische Anregung vorlag. Diese Fälle hier noch einmal aufzuzählen, ist überflüssig und so verweise ich auf das, was ich bei der Betrachtung der Endredaktion und der einzelnen Entwürfe ausgeführt habe. Das genaue Maß dieses Einflusses abzuschätzen ist aber unmöglich, weil da, wo wörtliche Entlehnungen fehlen, oft kein sicherer Anhaltspunkt dafür gegeben ist, ob der Artikel heimischen Ursprungs ist oder von Amerika beeinflußt wurde. Es ist falsch, diese inhaltlichen Einflüsse geradezu als ausschlaggebend hinstellen, wie vor allem Jellinek das getan hat, ebenso wie ihnen eine ganz untergeordnete Rolle zuzuweisen. Von verschiedener Seite, namentlich von Rees und Marcaggi, wurde weiterhin behauptet, der Unterschied zwischen der französischen und den amerikanischen Erklärungen schließe von vornherein jede Möglichkeit einer Beeinflussung aus.

Sehen wir uns die amerikanischen Erklärungen einmal näher daraufhin an.<sup>32</sup> In Amerika handelt es sich um die Aufstellung einzelner, voneinander unabhängiger Rechte, die gleichzeitig den Charakter positiver Gesetze tragen. Die französische Erklärung ist dagegen die Aufstellung von Prinzipien, die diesen Rechtscharakter nicht besitzen, sondern nur Richtlinien für die eigentliche Gesetzgebung schaffen sollen. Sie wenden sich nur an die

---

32. Vergl. Marcaggi S. 8—42.

Gesetzgeber und nicht an die richterliche Gewalt. Damit ist der Zweck der Erklärung hüben und drüben ein ganz anderer. In Amerika stehen Erklärung und Verfassung gleichwertig auf einer Linie, während in Frankreich die Rechteerklärung der Verfassung übergeordnet ist, die Verfassung hat nur noch den Zweck für die Ausführung und Sicherung dieser Bestimmungen zu sorgen. In Frankreich soll durch den bloßen Akt der Erklärung die Freiheit geschaffen werden und jeder Uebergrieff einer willkürlichen Gewalt unmöglich gemacht werden. In Amerika dient die Erklärung nicht zur Schaffung dieser Rechte, die ja schon bestehen, sondern zu ihrer Sicherung. Sie ist eine Handhabe, um jeden Uebertreter vor Gericht zu bringen. Die amerikanischen Rechte tragen außerdem stark traditionellen Charakter, auch da, wo von natürlichen Rechten die Rede ist. Es findet bei ihnen eine Gleichsetzung und Durchdringung der nationalen Rechte mit den natürlichen Rechten statt. Diese Rechte werden als Rechte beansprucht, die die Bürger von der Natur als Bewohner eines amerikanischen Einzelstaates oder vielleicht besser gesagt als ehemalige Untertanen der britischen Krone erhalten haben. Von einer Ausdehnung dieser natürlichen Rechte auf alle Menschen ist aber gar keine Rede, darüber kann auch die Formulierung „All men . . . . have certain inherent rights“ nicht hinwegtäuschen, denn die Erklärungen sind immer ausdrücklich auf den betreffenden Einzelstaat beschränkt, wie das die Titel deutlich zum Ausdruck bringen.<sup>33</sup>

Die Franzosen haben diese Rechte sofort anders aufgefaßt, was uns bei ihrer damaligen geistigen Haltung nicht Wunder nehmen kann. Sie erst sind es gewesen, die das wirklich „Revolutionäre“ in die ganze amerikanische Revolution und die amerikanische Rechteerklärung hineingetragen haben.<sup>34</sup> Sie hielten sich wörtlich an die Formulierung, „alle Menschen haben gewisse natürliche Rechte“ und dachten dabei nicht mehr bloß an die Bewohner eines bestimmten Staates, sondern an alle Menschen. Hand in Hand damit ging dann die Wandlung vom konkreten Einzelrecht

---

33. Décl. des droits des habitants de la République de Mass., décl. des droits d. habitants de l'Etat de Pens. décl. d. droits qui doivent nous appartenir à nous et à notre postérité (Virginien).

34. Vergl. O. Voßler, Die amerik. Revolutionsideale in ihrem Verhältnis zu den europäischen, Beiheft 17 (1929) der Hist.Z. S. 53 ff. u. S. 187.



zum allgemeingültigen Rechtprinzip. Daß dies eine Neuerung war, haben die Franzosen wohl empfunden, nicht umsonst haben sie immer wieder betont, daß Amerika zwar das erste große Beispiel gegeben habe, daß es aber die Sache Frankreichs sei, der Welt ein neues Beispiel zu geben und das amerikanische Vorbild zu vervollkommen. Von einem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den beiden Erklärungen kann also schlechterdings nicht die Rede sein.

Diese Auffassung gibt uns auch den Schlüssel dazu in die Hand, warum die Franzosen, wenn sie das amerikanische Vorbild anerkannten, dieses nicht ausschließlich nachahmten, das es ja streng genommen nur eine Erklärung der Rechte geben konnte. Der erste, aber unvollkommene Versuch war jenseits des Meeres unternommen worden. Das Ideal einer Rechteerklärung sollte Frankreich der Welt geben und diese Weiterführung eines angefangenen Werks mußte natürlich innere Wandlungen verursachen.

Nach dieser ausführlichen Betrachtung der Abhängigkeitsfrage nach beiden Seiten hin dürfte es vielleicht am Platze sein, noch einmal auf die Theorie von Rees zurückzukommen, die in der Berufungsordre für die Generalstände die treibende Kraft sieht, die zur Rechteerklärung geführt hat. In Wirklichkeit ist diese Anschauung eine Verkenennung der Tatsachen. Rees nimmt den äußeren Anlaß für die tiefere Ursache. Es ist klar, daß erst die Berufungsordre die Möglichkeit einer Rechteerklärung in greifbare Nähe rückte und daß erst von diesem Tage an der Gedanke in weiteren Kreisen Fuß fassen konnte. Dieser Tag hat aber den Gedanken an eine Aufstellung der Menschenrechte nicht erst entstehen lassen, sondern nur vom Gebiet der reinen Theorie in das der Praxis verpflanzt. Die Anregung aus Amerika konnte jetzt erst auf wirklich fruchtbaren Boden fallen.

Damit sind wir am Schluß unserer Untersuchung angelangt und können nun versuchen die Ergebnisse zusammenzufassen. Die bisherige Fragestellung, ob der Ursprung der Erklärung der Rechte des Menschen und Bürgers von 1789/91 in Amerika oder in Frankreich zu suchen sei, hat sich als unrichtig herausgestellt. Sowohl Frankreich wie Amerika haben zu ihrem Zustandekommen beigetragen. In Frankreich hat die Philosophie des 18. Jahrhunderts den Boden vorbereitet und den Begriff der Menschenrechte herangebildet. Amerika hat dann das Vorbild und die Anregung

gegeben, eine besondere Erklärung dieser Rechte aufzustellen. Der Gedanke einer Erklärung stammt also aus Amerika, aber der Gedanke wurde in Frankreich nicht einfach wahllos übernommen, sondern zu einem französischen gemacht. Die Zwecksetzung der Erklärung wurde anders, radikaler, die Schranke, die sie noch an den einzelnen Staat fesselte, wurde gesprengt. Es wurde in Frankreich der Begriff der Menschenrechte und der Begriff der Rechteerklärung geschaffen, so wie wir ihn 1789 antreffen. Dieser Weiterentwicklung des Gedankens entspricht auch eine inhaltliche Neugestaltung. Der fremde Rahmen wurde mit französischen Gedanken erfüllt und man nahm diese, wo man sie fand, ohne viel danach zu fragen, ob der betreffende Autor oder die betreffende Schule ihrerseits dem Gedanken der Menschenrechte oder der Rechteerklärung feindlich gegenüberstand oder nicht. So haben Montesquieu, Rousseau, die Physiokraten und die Parlamente alle ihren Beitrag geliefert, die einen mehr, die andern weniger, aber auch Amerika blieb nicht ohne Einfluß auf den Inhalt. Daß die Endredaktion stärker unter amerikanischem Einfluß steht, kann bei der herrschenden Diskussionsmethode verschiedene Gründe haben, wird sich aber am wahrscheinlichsten daraus erklären, daß gerade die Wortführer für eine Rechteerklärung, besonders in den Spezialdebatten, stark unter amerikanischem Einfluß standen. Zu große Bedeutung darf man diesem Umstand jedenfalls nicht zuschreiben.

Die Erklärung liefert aber auch einen wichtigen Beitrag zur Geistes- und Ideengeschichte der beginnenden französischen Revolution. Sie macht uns die allmähliche Auflösung des französischen Staatswesens in den Jahren bis zur Schreckensherrschaft verständlich, eine Auflösung, die weniger die Folge des bewußten Handelns der leitenden Persönlichkeiten als die unbeabsichtigte, aber unausbleibliche Folge der geistigen Haltung, der politischen Ideen der Nationalversammlung und der überwältigenden Mehrheit des denkenden Teils der Franzosen war. Die Erklärung ist der höchste kaum mehr zu überbietende Triumph des Individualismus gegenüber dem Staat, der so weit geht, dem Staat jeden eigenen Zweck, jedes eigene Recht abzusprechen, der einzig und allein das Wohlergehen, das Glück und die Sicherheit des einzelnen wollte. Diese Anschauung wurde derartig auf die Spitze getrieben, daß das gegenseitige Rechte- und Pflichtenverhältnis zwischen Staat und

Bürger in der Theorie jedenfalls nicht mehr anerkannt wurde, daß der Einzelne nur noch Rechte gegenüber dem Staat, aber keine Pflichten mehr gegen ihn hatte.

Die Erklärung ist das typische Erzeugnis einer Generation, die ohne jede Rücksicht auf das historisch Gewordene und auf die tatsächlich herrschenden Verhältnisse und Möglichkeiten einen neuen Staat aus wilder Wurzel schaffen wollte. Sie war überzeugt davon, daß der Mensch von Natur gut sei und daß es also genüge, ihm das Gute zu zeigen, damit er es tue und alles Schlechte meide. Daß ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis bestehen könne, war dieser Generation völlig fremd. Je reiner und vollkommener ihnen eine Theorie erschien, desto leichter und erfolgreicher glaubte man sie in die Praxis umsetzen zu können. Die Rechteerklärung ist der stärkste Ausdruck dieser Zeitströmung. Es kann nicht davon die Rede sein, daß ihre Verfasser tatsächlich das mit ihr bezweckten, was nachher eintrat, ebenso falsch ist es aber auch zu glauben, daß es trotzdem gerade die Erklärung gewesen sei, die die Auflösung jeder Ordnung verursacht habe. Die Rechteerklärung als solche und ihre unmittelbare Wirkung ist sicher weit überschätzt worden, wenn man annahm, daß sie die Hauptschuld an den späteren Revolutionsjahren trage, daß sie die entscheidende Tat der französischen Revolution gewesen sei. Ihre Bedeutung liegt weit mehr darin, daß sie der reinste Ausdruck des Optimismus und der Ueberheblichkeit einerseits und des übersteigerten Individualismus andererseits ist, die letzten Endes zu einem großen, wenn nicht zum größten Teil die Schuld an dem kommenden Elend trugen. So ergibt sich die eigenartige Tatsache, daß das Werk, das die Männer von 1789 dazu ausersehen hatten, den kommenden Idealstaat vorzubereiten, die Ordnung wieder herzustellen und die Unterwerfung unter die Gesetze zu sichern, in Wirklichkeit die reinste Offenbarung geistiger und politischer Ideen darstellte, die zwar unbeabsichtigt, aber doch notwendigerweise zum Gegenteil, nämlich zur Auflösung des Staates, zur Anarchie führen mußten.





**Anhang.**

## Projet de déclaration des droits de l'homme et des devoirs du citoyen.

Par M. Sinety.<sup>1</sup>

Les représentants du peuple français, réunis et siégeant en Assemblée nationale ayant pour objet la régénération de l'Etat; considérant que l'ordre social et toute bonne constitution doivent avoir pour base des principes immuables; que l'homme, né pour être libre, ne s'est soumis au régime d'une société politique que pour mettre ses droits naturels sous la protection d'une force commune; que l'homme citoyen a des devoirs sacrés à remplir envers ses semblables et la Société; que la correspondance directe de ces devoirs avec ses droits naturels en assure la jouissance paisible; qu'une juste réciprocité de besoins et de secours limite, pour le bonheur de tous, les droits de l'homme et le dédommagement du sacrifice que tout citoyen doit faire à la société, de la portion de ses droits naturels, qui, exercés individuellement et sans rapport avec ses semblables, seraient nuisibles à tous; voulant consacrer et reconnaître solennellement, en présence du suprême législateur de l'Univers les droits naturels de l'homme et les devoirs du citoyen, et les exposer à la vénération publique par un tableau de correspondance de chaque article des uns et des autres, qui puisse inspirer à tous les individus, la juste confiance dans ses droits et le respect sacré pour ses devoirs; déclarent que ces droits et ces devoirs reposent sur les vérités suivantes.

## Projet de déclaration des droits de l'homme et du citoyen discuté dans le sixième bureau de l'Assemblée nationale.<sup>2</sup>

Les représentants du peuple français, réunis et siégeant en Assemblée nationale, à l'effet de régénérer la Constitution de l'Etat, et de déterminer les droits, l'exercice et les limites du pouvoir législatif et du pouvoir exécutif; considérant que l'ordre social et toute bonne constitution doivent avoir pour base des principes immuables; que l'homme, né pour être libre, ne s'est soumis au régime d'une société politique, que pour mettre ses droits naturels sous la protection d'une force commune; voulant consacrer et reconnaître solennellement, en présence du suprême législateur de l'univers, les droits de l'homme et du citoyen, déclarent que ces droits reposent essentiellement sur les vérités suivantes.

---

1. Vgl. S. 34 ff.

2. A. P. VIII, 431. Vgl. S. 37 ff.

## Droits de l'homme.

1. Chaque homme tient de la nature le droit de veiller à sa conservation et le désir d'être heureux.

2. Pour assurer sa conservation et se procurer le bien-être, chaque homme tient de la nature des facultés: c'est dans l'exercice de ses facultés que consiste la liberté.

3. De l'usage de ses facultés de l'homme dérive le droit de propriété; et chaque homme a un droit égal à sa liberté et à sa propriété.

4. La vie de l'homme, sa liberté, son honneur, son travail et les choses dont il doit disposer exclusivement, composent toutes ses propriétés et tous ses droits.

5. Chaque homme n'a pas reçu de la nature les mêmes moyens pour user de ses droits; de là naît l'inégalité entre les hommes: l'inégalité est donc dans la nature.

## Devoirs du citoyen.

1. Le véritable bonheur de l'homme ne peut exister que par la connaissance intime de l'Être suprême, qui l'a créé, le protège, l'éclaire, le console, et lui assure la recompense de ses vertus.

2. Le bien-être et la liberté de l'homme ne peuvent lui être assurés que par le patriotisme, la réciprocity des devoirs envers ses concitoyens et la bienfaisance toujours active en leur faveur.

3. L'usage des ses facultés ne peut être libre et entier, et le droit de propriété inaliénable, que par le respect de chacun pour la liberté et la propriété d'autrui, et par la soumission aux lois de la société.

4. Tout citoyen doit respecter les propriétés d'autrui, les lois doivent les garantir à tous, et tout attentat aux propriétés d'autrui est un crime capital.

5. Les hommes ne peuvent se préserver des dangers de l'inégalité que par le lien social, qui met le faible à l'abri des entreprises du fort; et ils se doivent tous des se-

## 6<sup>e</sup> bureau.

1. Chaque homme tient de la nature le droit de veiller à sa conservation et le désir d'être heureux.

2. Pour assurer sa conservation et se procurer le bien-être, chaque homme tient de la nature des facultés: c'est dans le plein et entier exercice de ses facultés que consiste la liberté.

3. De l'usage des ses facultés dérive le droit de propriété.

4. Chaque homme a un droit égal à sa liberté et à sa propriété.

5. Mais chaque homme n'a pas reçu de la nature les mêmes moyens pour user de ses droits. De là naît l'inégalité entre les hommes: l'inégalité est donc dans la nature.

## Droits.

## Devoirs.

cours mutuels d'humanité et de fraternité, qui corrigent cette inégalité.

6. La société s'est formé par le besoin de maintenir l'égalité des droits au milieu de l'inégalité des moyens; le but de toute société est donc l'établissement des lois.

6. La double relation des droits et des devoirs mutuels ne peut être maintenue que par les lois: c'est donc le respect seul pour les lois qui peut assurer les droits du citoyen et lui rendre cher ses devoirs.

6. La société s'est formée par le besoin de maintenir l'égalité des droits au milieu de l'inégalité des moyens.

7. Dans l'Etat de société chaque homme, pour obtenir l'exercice libre et légitime de ses facultés, doit le reconnaître dans ses sem- blables, le respecter et le faciliter.

8. De cette réciprocité nécessaire résulte, entre les hommes réunis, la double relation des droits et des devoirs.

9. Le but de toute société est de maintenir cette double relation; de là l'établissement des lois.

10. L'objet de la loi est donc de garantir tous les droits, et d'assurer l'observation de tous les de- voirs.

7. Le premier vœu de l'homme en société devant être de la servir selon sa capacité et ses talents, il a le droit d'être appelé à tout emploi public.

7. Les seuls titres de tout citoyen à l'exercice des emplois publics, doivent être la vertu, le patriotisme et les talents; la moindre tache à l'honneur et le scandale des mœurs doivent être des motifs d'exclusions.

11. Le premier devoir de tout ci- toyen étant de servir la société selon sa capacité et ses talents, il a le droit d'être appelé à tout emploi public.



12. La loi étant l'expression de la volonté générale, tout citoyen doit avoir coopéré immédiatement à la formation de la loi.

13. La loi doit être la même pour tous; et aucune autorité politique n'est obligatoire pour le citoyen, qu'autant qu'elle commande au nom de la loi.

14. Nul citoyen ne peut être accusé, ni troublé dans l'usage de sa propriété, ni gêné dans celui de sa liberté, qu'en vertu de la loi, avec les formes qu'elle a prescrites, et dans les cas qu'elle a prévus.

15. Quand la loi punit, la peine doit toujours être proportionnée au délit, sans aucune acception de rang, d'état ou de fortune.

16. La loi ne pouvant atteindre les délits secrets, c'est à la religion et à la morale à la suppléer. Il est donc essentiel pour le bon ordre même de la société, que l'une et l'autre soient respectées.

8. Les lois établies par les représentants légitimes des citoyens sont obligatoires pour tous. Nul ne peut s'y soustraire et aucune autorité politique ne peut commander et contraindre qu'au nom de la loi.

9. La loi seule veillant à la sûreté publique, à la poursuite des délits, nul ne peut se faire justice lui-même; le magistrat, seul exécuteur de la loi, a droit d'exercer la poursuite des crimes publics et particuliers: nul aussi ne doit tenter de soustraire un criminel à la poursuite des lois.

10. La loi étant obligatoire, nulle acception de rang, d'état ou de fortune ne peut soustraire un coupable à la peine qu'elle prononce.

11. La Religion étant le frein le plus efficace pour empêcher tous les vices; et c'est nuire essentiellement au bon ordre et à la Société de ne pas la respecter.

8. La loi étant l'expression de la volonté générale tout citoyen a droit de coopérer à sa formation, soit par lui-même, soit par des représentants librement élus.

9. Nul citoyen ne peut être accusé ni troublé dans l'usage de sa propriété, ni gêné dans celui de sa liberté qu'en vertu de la loi, avec les formes qu'elle a prescrites et dans les cas qu'elle a prévus.

10. Tout accusé convaincu ne peut subir qu'une peine proportionnée au délit qu'il a commis, et prononcée par la loi.

11. La loi ne pouvant atteindre les délits secrets, c'est à la Religion et à la morale à la suppléer; et l'homme n'en n'est comptable qu'à Dieu et à sa conscience.

## **Droits.**

12. Le maintien de la Religion exige un culte public; tout citoyen qui ne trouble pas le culte public, ne doit être inquiété.

13. La libre communication des pensées étant un droit de l'homme elle ne doit être restreinte qu'autant qu'elle nuit aux droits d'autrui.

14. La garantie des droits de l'homme nécessite une force publique. Cette force est donc instituée par l'avantage de tous, et non pour l'utilité de ceux auxquels elle est confiée; tout citoyen a droit de réclamer cette force pour la défense de ses droits.

15. Le maintien de la force publique nécessite une contribution commune; mais tout citoyen a le droit d'en constater la nécessité de la

## **Devoirs.**

12. Dieu seul ayant le droit de scruter les coeurs et le moyen d'éclairer les hommes, nul ne doit troubler ses concitoyens dans leur opinion religieuse. Mais tous doivent un respect absolu au culte public.

13. Nul ne doit attenter par ses paroles et par ses écrits au bon ordre de la Société et à l'honneur de ses concitoyens. La calomnie publique et privée doit être punie par la loi, qui doit s'assurer des moyens d'empêcher et de proscrire les écrits dangereux et calomnieux.

14. Tout citoyen revêtu d'un emploi public doit compte à la nation de l'exercice qu'il en fait. Tout abus de l'autorité doit donc être puni et tout homme revêtu de l'autorité doit protection et justice au citoyen qui le requiert.

15. Payer ce que l'on doit pour sa quotité de la contribution commune est un devoir pour tout citoyen, lorsque sa contribution a été fixée,

## **6<sup>e</sup> bureau.**

17. Le maintien de la Religion exige un culte public: Le respect pour le culte est donc indispensable.

18. Tout citoyen qui ne trouble pas le culte établi, ne doit point être inquiété.

19. La libre communication des pensées étant un droit de citoyen, elle ne doit être restreinte qu'autant qu'elle nuit aux droits d'autrui.

20. La garantie des droits de l'homme et du citoyen nécessite une force publique: cette force est donc instituée pour l'avantage de tous et non pour l'utilité particulière de ceux auxquels elle est confiée.

23. La société a le droit de demander compte à tout agent public de son administration.

21. Pour l'entretien de la force publique et les autres frais du gouvernement une contribution commune est indispensable et sa

consentir librement, d'en suivre l'emploi, d'en déterminer la quotité, l'assiette, le recouvrement, la taxe proportionnée à la fortune de chacun, et la durée.

16. Une bonne constitution ne peut avoir pour base solide que la garantie des droits de l'homme et des devoirs du citoyen envers la Société, l'établissement des lois qui la gouvernent et la séparation des pouvoirs qui en assurent l'exécution.

asse et répartie par les légitimes représentants de la Nation; et c'est manquer à la probité, que de chercher à s'y soustraire par des exemptions de faveurs.

16. L'homme doit tout à la Société et au maintien de l'ordre public qui lui assure sa liberté et sa propriété' et quoique la Constitution lui assure ses droits, le garant le plus sûr du bonheur de chaque individu est le patriotisme de tous.

répartition doit être rigoureusement proportionnelle entre tous les citoyens.

22. La contribution publique étant une portion retranchée de la propriété de chaque citoyen, il a le droit, d'en constater la nécessité, de la consentir librement, d'en suivre l'emploi, et d'en déterminer la quotité, l'assiette, le recouvrement et la durée.

24. Toute société dans laquelle la garantie des droits n'est pas assurée, et la séparation des pouvoirs déterminée, n'a pas une véritable constitution.











